Schleswig-Holsteinischer Landtag Plenarprotokoll **10/110**

10. Wahlperiode

03. 06. 87

110. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 3. Juni 1987

Mitteilungen des Präsidenten 6786, 6853

Nukleare Abrüstung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/2088

Björn Engholm (SPD) 6786
Klaus Kribben (CDU) 6789
Karl-Otto Meyer (SSW) 6790, 6799
Karl-Eduard Claussen, Innenminister ... 6792
Gert Börnsen (SPD) 6795
Peter Aniol (CDU) 6800

Beschluß: Ablehnung 6801

Finanzausstattung und Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Große Anfrage der Fraktion der SPD
Drucksache 10/1398

Antwort der Landesregierung
Drucksache 10/2118

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/2137

Uwe Gunnesson (SPD) 6801, 6819
Karl Eduard Claussen, Innenminister ... 6804
Dr. Klaus Klingner (SPD) 6808
Thomas Lorenzen (CDU) 6811
Karl-Otto Meyer (SSW) 6815
Heinrich Hagemann (CDU) 6817
Rainer Ute Harms (CDU) 6820

Beschluß: Ablehnung des Antrags Drucksache 10/2137 6821

Gemeinsame Beratung

a) Verbesserung der Situation Alleinerziehender

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/2096

b) Bericht über die Lebenssituation alleinerziehender Mütter und Väter in Schleswig-Holstein

Landtagsbeschluß vom 25. November 1986
Drucksache 10/1763

Bericht der Landesregierung
Drucksache 10/2107

Annemarie Schuster (CDU) 6821
Lianne Paulina-Mürl (SPD) 6821, 6825
Anke Gravert (CDU) 6828
Sigrid Warnicke (SPD) 6829
Karl-Otto Meyer (SSW) 6831
Dr. Eberhard Dall'Asta (CDU) 6832

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß und den Innen- und Rechtsausschuß . 6836

Bericht zum Sozialen Bürgerprogramm des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 10/2099

Ursula Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin 6836
Wilhelm Marschner (SPD) 6839, 6844
Bertold Sprenger (CDU) 6842
Karl-Otto Meyer (SSW) 6844

Beschluß: Für erledigt erklärt 6845

Kriminalpolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/10/2101

Peter Zahn (SPD) 6845
Heinrich Hagemann (CDU) 6847
Karl-Otto Meyer (SSW) 6849
Karl-Eduard Claussen, Innenminister ... 6849
Uwe Jensen (SPD) 6853

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß 6853

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1987

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 10/2111

Beschluß: Zur Kenntnis genommen und Erledigung der Eingaben bestätigt 6853

Regierungsbank:

Dr. Henning Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten und Minister für Bundesangelegenheiten

Karl Eduard Claussen, Innenminister

Ursula Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin

Roger Asmussen, Finanzminister

Günter Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Manfred Biermann, Minister für Wirtschaft und Verkehr

Dr. Peter Bendixen, Kultusminister

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Das Haus ist beschlußfähig.

Erkrankt sind die Herren Abgeordneten Ministerpräsident Dr. Barschel und Rösler; beurlaubt ist Herr Minister Hoffmann.

(Hans Detlef Stäcker [CDU]: Da sind aber noch ein paar andere im Wahlkampf; die haben sich selbst beurlaubt!)

Meine Damen und Herren, gemäß der Verabredung im Ältestenrat über die Einteilung der Beratungszeiten rufe ich jetzt Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Nukleare Abrüstung

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2088

Zur Begründung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Engholm das Wort.

Björn Engholm [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit vor 50 Jahren Albert Einstein seinen berühmt gewordenen Brief an den damaligen Präsidenten Roosevelt schrieb und darauf drängte, die Atombombe möglichst schnell zu bauen, sind die Atomarsenale weltweit auf eine Stückzahl von über 50 000 angewachsen. Allein in Europa lagern gegenwärtig mehr als 10 000 atomare Waffen; mehr als 7000 davon sind auf dem Boden der beiden deutschen Staaten stationiert.

Wenn man bedenkt, daß diese 7000 in den beiden deutschen Staaten gelagerten **Atomwaffen** etwa eine Sprengkraft haben, die einhundertvierzigtausendmal der Sprengkraft der Bombe von Hiroshima entspricht, dann weiß man, was wir auf dem Boden der **Bundesrepublik**, der **DDR** und des weiteren Europa angehäuft haben. Ich meine, daß man sowohl Willy Brandt als auch Herrn Honecker in der DDR zustimmen kann, wenn sie sagen: Dies ist ein „Teufelszeug", und es muß so schnell wie möglich von der Erde verschwinden.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wissen – ganz gleich, wo wir politisch stehen – spätestens seit Hiroshima, daß Atomwaffen nie wieder eingesetzt werden dürfen. Dennoch haben wir im Bewußtsein dieser Tatsache von Jahr zu Jahr und von Jahrzehnt zu Jahrzehnt mehr von diesen Waffen gebaut, stationiert, weiterentwickelt, gerüstet und nachgerüstet.

Heute haben sich die Supermächte entschlossen, auf diesem Felde einen Durchbruch zu erzielen. Dies – was sich die **Sowjetunion** und die **USA** vorgenommen haben – ist eine der wenigen großen Gelegenheiten, von denen ich sagen möchte: Sie sind eine historische Chance für die heute lebende Menschheit.

(Beifall bei der SPD)

Die Sowjetunion beabsichtigt, alle seit 1975 stationierten SS 20- und außerdem die noch verbliebenen SS 4-Raketen zu verschrotten; die Vereinigten Staaten scheinen bereit zu sein, auf alle Pershing II und auf alle darüber hinaus stationierten Marschflugkörper zu verzichten.

Sie wissen, daß es seit 1979 in der Bundesrepublik einen tiefgreifenden Streit gegeben hat, an dem auch meine Partei in Schleswig-Holstein mit kontroversen Positionen gegen die eigene Bundesregierung beteiligt gewesen ist. Wie immer man zu dem damaligen **Doppelbeschluß** der Regierung von Helmut Schmidt steht – die jetzt möglich erscheinende Lösung könnte einen inzwischen fast zehn Jahre dauernden Streit, einen Streit, der viele Herzen und Köpfe gerade junger Menschen mit großer Enttäuschung erfüllt hat, positiv beenden. Diese Chance muß unsere Gesellschaft jetzt nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Neben den Mittelstreckenraketen hat die **Sowjetunion** nach 1983 eine sogenannte **Nach-Nachrüstung** mit SS 22 und 23 betrieben, Kurzstreckenraketen also, die entlang der Grenze der DDR und der CSSR stationiert sind. Diese Raketen kürzerer Reichweite sind direkt auf grenznahe Regionen, also auch auf Bundesländer wie Schleswig-Holstein, gerichtet. Das heißt: Die Null-Lösung – der zweite Teil der Doppel-Null-Lösung – in kürzeren Reichweiten ist von elementarem Interesse für das Land Schleswig-Holstein selbst. Wir müssen diese Lösung haben.

(Beifall bei der SPD)

In der innenpolitischen Diskussion sind eine Reihe von Einwänden vorgetragen worden, insbesondere aus den Reihen der CDU und der CSU. Ich möchte darauf nicht im Detail, aber doch kurz eingehen.

Eines der Hauptargumente auch vieler Christdemokraten hier in Schleswig-Holstein – wie ich gehört habe – lautet, daß die **Null-Lösung** die Sowjetunion in ihrer gesamtmilitärischen Potenz – auch ihrer atomaren Potenz – stärken würde. Ich bin der Ansicht, daß diese Rechnung falsch ist. Sie werden – wenn Sie sich die Unterlagen ansehen, die ja auch der Bundesregierung bei ihrer gestrigen Koalitionsrunde zur Verfügung gestanden haben – feststellen,

(Björn Engholm)

daß die Sowjetunion deutlich mehr Raketen und Sprengköpfe zu beseitigen hat als die Gegenseite im Westen. Diese Chance muß genutzt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU sagt darüber hinaus, wir würden uns bei der **doppelten Null-Lösung** von dem amerikanischen Schutz abkoppeln. Nun hat der amerikanische Präsident am 29. April in einer Rede deutlich zum Ausdruck gebracht, daß auch bei einer doppelten Null-Lösung immer noch genügend Atomraketen der verschiedensten Art vorhanden wären, um einen wichtigen und starken Schutzschild aufrechtzuerhalten, also luft- und seegestützte Marschflugkörper, atombombenfähige Flugzeuge – was immer es auf diesem Feld noch gibt. Und ich denke, 250 000 amerikanische Soldaten mit ihren Frauen und Kindern in Europa sind die beste Gewähr dafür, daß eine enge Partnerschaft im Westen auch ohne diese Mittelstreckenraketen mit doppelten Reichweiten erhalten bleibt.

Sie haben uns in der Vergangenheit, wenn wir uns mit den Vereinigten Staaten kritisch auseinandergesetzt haben, Antiamerikanismus vorgeworfen – eine starke Überhöhung der Kritik, die wir an den USA geübt haben.

(Beifall bei der SPD)

Heute wäre es – so denke ich – gut, wenn die Christdemokraten in sich gingen und sich fragten, ob jetzt nicht sie diejenigen sind, die Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten säen, wenn man die **Partnerschaft** mit den **USA** in dieser Form – aus offensichtlich auch sehr eigennützigen Gründen – in Frage stellt.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderer Einwand – und diesen Einwand werden wir ernst zu nehmen haben – besteht darin, daß es eine konventionelle **Überlegenheit** der **Sowjetunion** im europäischen Bereich gibt. Dieses Argument wird man nicht ohne weiteres vom Tisch nehmen können. Nur: Wenn es eine solche Überlegenheit im konventionellen Bereich gibt, dann kann die Antwort des Westens und die Antwort der Bundesregierung darauf doch nicht heißen „Verhinderung der möglichen Doppel-Null-Lösung", dann kann die logische Konsequenz nur heißen, ein konkretes Konzept auch für strukturelle Abrüstung im konventionellen Bereich so schnell wie möglich zu erzielen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben – ich will das hier anfügen – als Sozialdemokraten auch in Gesprächen mit der SED in der DDR – was von Ihnen ja sehr stark kritisiert worden ist – ein Konzept entwickelt, das sich anlehnt an einen früheren Plan des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. Wir haben gesagt: Das Beste, was uns passieren kann – das betrifft nun sehr konkret uns Schleswig-Holsteiner –, wäre die Vereinbarung einer auf beiden Seite 150 km breiten **atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa**.

In diesen Bereichen könnten wir – und wir selbst können das noch erleben, wenn wir politisch wollen – ohne Atomraketen bzw. ohne Erreichbarkeit auch durch Atomraketen kürzerer Reichweiten leben. Ein großer Traum könnte wahr werden. Ich werbe heute dafür, daß die Christdemokraten dieser Idee eines atomwaffenfreien Korridors beitreten.

(Beifall bei der SPD)

Heute blicken fast alle Staaten in der Welt auf die Bundesregierung, weil die Staaten in sich einig sind, daß sie die Doppel-Null-Lösung möglichst ohne jede Konditionierung wollen: die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien, Italien, die Beneluxländer, unsere skandinavischen Nachbarn und selbst der französische Präsident. Alle schauen auf die Bonner Bundesregierung, auf ihre Zögerlichkeit, und warten auf eine einhellige Antwort, von der ich hoffe, daß sie am Donnerstag in der Regierungserklärung nun auch kommen wird.

Ich denke, die Deutschen selbst – wenn man Umfragen trauen darf – warten zu über 80 % darauf, daß ihr tiefster und sehnlichster Wunsch, in einer Welt mit immer weniger Atomraketen zu leben, auch durch die eigene Bundesregierung endlich nachhaltig und ohne Einwendungen vorangetrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß die meisten Menschen unserer Gesellschaft nicht verstehen, warum sich die **CDU** mit dieser **Doppel-Null-Lösung** so schwer getan hat. Mir scheint, das Grundproblem, das nicht bei allen, aber bei vielen Christdemokraten dahinter steht, ist ein falsches Verständnis von militärischer Rüstung und atomarer Abschreckung.

(Beifall bei der SPD)

Diese Christdemokraten haben ein falsches Verständnis oder – lassen Sie mich besser sagen – ein überholtes Verständnis von militärischer Stärke und atomarer Abschreckung.

(Beifall bei der SPD)

Es hat sich ein Denken breitgemacht – auch bei Sozialdemokraten hat es das gelegentlich gegeben –, das davon ausgeht, daß Sicherheit ohne Atomwaffen nicht vorstellbar ist. Und deshalb kommen bei jedem Abrüstungsschritt immer wieder Vorschläge, diesen parallel zu kompensieren oder – wie es heute modisch heißt – zu konditionieren. Das geht hin bis zu unsinnigen und – wie ich glaube – politisch tödlichen Vorschlägen, wie zum Beispiel der Vorsitzende der CSU einen gemacht hat. Er schlug die Errichtung einer eigenen europäischen Atomstreitmacht vor. Es wäre tödlich, wenn wir so etwas weiter verfolgten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen von diesem Denken, das sich auf der atomaren Eskalationsleiter ja immer weiter nach oben bewegt, herunterkommen, weil die Weltmächte dabei sind, uns vorzumachen, daß wir die Spirale,

(Björn Engholm)

die sich bisher nach oben gedreht hat, nun auch nach unten, in die umgekehrte Richtung, drehen können.

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Die französischen Sozialdemokraten denken darüber ein bißchen anders!)

Wenn jemand heute in Moskau, in Washington, Oslo, Rom oder Paris – meinetwegen auch in Leipzig – beschreiben sollte, was die Position der deutschen Bundesregierung in der Doppel-Null-Frage in den letzten Monaten gewesen sei, dann müßte er – denke ich – verzweifeln. An wen sollen sich verantwortliche Politiker in der Welt in dieser Frage wirklich orientieren? An Herrn Kohl? Herrn Genscher? Herrn Strauß? Herrn Rühe? Herrn Teltschik? Herrn Todenhöfer? „Jeder gegen jeden" war die Devise in den letzten Monaten. Und der Eindruck, den die deutsche Politik damit in der Welt gemacht hat, war katastrophal.

(Beifall bei der SPD)

Der Eindruck wird auch dadurch nicht besser, daß sich jetzt eine Lösung abzeichnet, die heißt: Wir sagen ja zur doppelten Null-Lösung, aber wir konditionieren sie dadurch, daß wir die veralteten 72 Pershing-Ia-Raketen beibehalten.

Niemand unter den Militärstrategen wird ernsthaft nachweisen können, daß diese kleine Anzahl veralteter Raketen, deren atomare Sprengköpfe sich ja übrigens in amerikanischem Besitz befinden, militär- oder bündnispolitisch auch nur irgendeinen Sinn haben – außer dem, die Fahne zu schwenken. Nur ist die Zeit fürs Fahneschwenken heute vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Worauf es heute ankommt, hat Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit" sehr einleuchtend beschrieben:

„In der neuen Phase, die nun anbricht, weil in Moskau ein neues Denken eingezogen ist, und weil alle eingesehen haben, daß die bisherige Politik auch ökonomisch nicht länger zu rechtfertigen ist, hängen Macht und Stärke nicht mehr vom militärischen Potential ab, sondern von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ihrer politischen Kreativität."

Das ist eine gute Umschreibung dessen, was seit über 15 Jahren Willy Brandt, Helmut Schmidt und andere als unsere **Entspannungspolitik** betrieben haben: die Abkehr von der militärischen Stärke hin zur Überzeugungsfähigkeit der Politik einer Nation. Und da müssen wir Deutschen uns wahrlich nicht verstecken.

(Beifall bei der SPD)

Diese Idee der Entspannungspolitik basiert auf der Einsicht, daß keine Seite die andere heute militärisch noch besiegen kann, und sie basiert – umgekehrt – auf der Erkenntnis, daß in der Zukunft nur Verträge, nur Zusammenarbeit, nur mehr menschliche Begegnung das stabilste Fundament für die Sicherung des Friedens darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Der Prozeß hin zu dieser Form von Entspannungs- und Begegnungspolitik war kein leichter. Beide Seiten – ich glaube, auch die CDU; und insbesondere Sie – haben dabei opfern müssen. Wir schon früher. Wir haben nämlich alle Gelüste nach Bestrafung, Überlegenheit und Einschüchterung opfern müssen. Der Osten hat seine Vorstellung opfern müssen, daß es eine alleinseligmachende Wahrheit in der Politik geben könnte. Wir sind heute an einem Punkt, wo die alten stereotypen Antworten der Vergangenheit auf beiden Seiten aufgegeben werden könnten zugunsten von mehr produktiver politischer und kultureller Nähe, als es sie je gegeben hat. Dies ist, um es noch einmal zu sagen, eine der ganz großen Chancen, die wir nutzen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir sollten einen Schritt weiter gehen. Wir sollten gemeinsam lernen, daß immer mehr Rüstung eben nicht immer mehr Sicherheit bedeutet. Und wir sollten lernen, daß Atomwaffen und die dadurch erzeugte Angst bei den Menschen eine insgesamt die Sicherheit furchtbar bedrohende Konstellation sind, weshalb wir **Angst** und **Atomwaffen** so schnell wie möglich beseitigen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Im Zeitalter der atomaren Bedrohung kann es in keiner Weise mehr Sicherheit vor dem Gegner geben, sondern nur noch eine Sicherheit, die gemeinsam mit dem Kontrahenten auf der jeweils anderen Seite vereinbart wird. Egon Bahr hat das „gemeinsame Sicherheit entwickeln" genannt, weil es Sicherheit vor dem anderen nicht mehr geben wird. Das ist eine absolut richtige Philosophie!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vor uns steht die mögliche Erfüllung oder ein Teil der möglichen Erfüllung eines großen Menschheitstraumes. Ich glaube, wir können ihn wahrmachen, indem wir anfangen, die Doppel-Null-Lösung ohne Wenn und Aber zu verwirklichen und darüber hinaus auf eine Welt zu drängen, in der am Ende alle Atomwaffen, die es dann noch gegeben hat, vom Erdboden verschwunden sind.

Gerade wir **Deutschen in Ost und West** haben aus unserer Geschichte, unserer schwierigen Geschichte heraus die erste Verpflichtung in der Welt, an der Spitze einer solchen Bewegung zu marschieren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kribben.

Klaus Kribben [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die **CDU-Fraktion** begrüßt die heutige Aussprache über Abrüstungsfragen. Sie gibt uns noch einmal die Möglichkeit, die Ziele – und ich füge hinzu –, die wahren Ziele unserer **Sicherheits- und Abrüstungspolitik** kurz zusammenzufassen. Ich meine auch, daß dies nach dem Beitrag des Kollegen Engholm dringend notwendig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich in der Nachkriegsgeschichte in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen so häufig geirrt hat wie die Deutsche Sozialdemokratie, ja, wer durch die Entwicklung in den letzten 40 Jahren so häufig widerlegt worden ist wie diese Partei – deren Vertreter, meine Damen und Herren, wäre sicherlich gut beraten, wenn er hier ein wenig selbstkritischer und problembewußter und vielleicht auch etwas bescheidener auftreten würde, als wir es gerade erlebt haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, bei allen sicherheitspolitischen Entscheidungen der Nachkriegsgeschichte war die Deutsche **Sozialdemokratie** die Partei des Irrtums.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Da Sie es offensichtlich nicht mehr wissen, bin ich gern bereit, dies zu begründen. Wie erbittert, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, haben Sie die Entscheidung zur **Aufstellung der** deutschen **Bundeswehr** bekämpft? Wie erbittert haben Sie den Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur **Atlantischen Allianz** bekämpft?

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, glauben Sie wirklich, es ist vergessen, welchen Zickzackkurs Sie in sicherheits- und abrüstungspolitischen Fragen, insbesondere beim **NATO-Doppelbeschluß**, in den letzten Monaten eingeschlagen haben?

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte Sie daran erinnern, daß es der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein war, der im Sommer 1981 als erster Landesverband in der Sozialdemokratie den Parteitagsbeschluß des Jahres 1979 aus Berlin in Frage stellte, in dem Sie sich damals eindeutig zum NATO-Doppelbeschluß bekannt hatten.

Und glauben Sie, meine Damen und Herren, es ist wirklich vergessen, daß sich nach der sowjetischen Ablehnung der beiderseitigen Null-Lösung im Februar 1982 Herr Bahr für eine einseitige auf den Westen beschränkte Null-Lösung aussprach? Es ist doch auch so, daß Sie noch auf Ihrem Nürnberger Parteitag 1986, Herr Kollege Engholm, beschlossen hatten, der Sowjetunion einseitig das Monopol von SS 20-Sprengköpfen zuzugestehen und die westliche Nachrüstung – ich bitte Sie, sich das noch einmal klarzumachen – vollständig zu beseitigen!

Meine Damen und Herren, was heißt das? – Sie waren noch wenige Wochen vor Reykjavik bereit, sich in der Abrüstung mit weniger zufriedenzugeben, als die Sowjetunion nachher zugestanden hat. So sah und sieht es auch aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben jetzt mit der greifbaren Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen größerer Reichweite etwas erreicht, was von den Sozialdemokraten vor wenigen Monaten noch als „Zumutung" und als eine „Überforderung" der Sowjetunion dargestellt wurde.

Meine Damen und Herren, das sind die Fakten. Ich meine, Sie geben wirklich nicht Anlaß, Herr Kollege Engholm, sich hier mit der Ihnen eigenen moralischen Attitüde hinzustellen und den Christdemokraten Vorwürfe zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir **Christlichen Demokraten** wollen **Abrüstung**. Wir wollen Abrüstung, die die Sicherheit aller erhöht, und zwar auch die Sicherheit der Deutschen. Deshalb treten wir für eine ausgewogene und nachprüfbare Abrüstung ein. Deshalb unterstützen wir alle Bestrebungen, Waffensysteme aller Art und Reichweiten in Ost und West soweit wie möglich, aber gleichgewichtig abzurüsten.

Die angestrebte Abrüstung der **atomaren Mittelstreckenraketen** mit einer Reichweite von über 1000 km ist ein historisch bedeutsames Ereignis in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen. Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte ist es damit zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen zwischen den Weltmächten gekommen. Wir begrüßen dies als einen bedeutsamen Erfolg. Ohne den NATO-Doppelbeschluß und insbesondere seinen Vollzug hätte es diese Bewegung in den Abrüstungsverhandlungen nicht gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Das hat übrigens, weil wir beide gern die „Zeit" zitieren, Helmut Schmidt in seinem „Zeit"-Artikel auch noch einmal ausdrücklich unterstrichen.

Ich will daran erinnern: Fünf Jahre hat die Sowjetunion den westlichen Verhandlungsvorschlag für eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen größerer Reichweite abgelehnt. Erst nach dem **Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses** ist die Sowjetunion an den Genfer Verhandlungstisch zurückgekehrt. Meine Damen und Herren, dies zeigt, daß der NATO-Doppelbeschluß politisch und militärisch richtig war. Dies ist ein Erfolg vor allen Dingen auch der Christlich-Demokratischen Union.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

– Ja, wollen Sie etwa sagen, daß Sie für den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses etwas getan haben, meine Damen und Herren?

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

(Klaus Kribben)

Denn erst unsere Festigkeit zu beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses hat den Erfolg in dieser Sache möglich gemacht.

Deshalb, meine Damen und Herren von der linken Seite des Hauses, wir benötigen keinen Nachhilfeunterricht in Abrüstungsfragen. Wir haben bewiesen, daß wir für Abrüstung eintreten. Allerdings - das füge ich hinzu - für eine Abrüstung in Sicherheit, und zwar auch in Sicherheit für unser Land.

(Beifall bei der CDU)

Damit komme ich kurz auf Ihren Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Schleswig-Holstein. Meine Damen und Herren, atomwaffenfreie Zonen - -

(Zuruf von der SPD: Was soll das?)

- Es ist der „Aufhänger" für die heutige Debatte, würde ich sagen, sonst wären wir kaum berechtigt, über diese Frage hier zu diskutieren.

Atomwaffenfreie Zonen haben nach unserem Verständnis nur einen Sinn, wenn sie mehr Sicherheit schaffen. Das ist aber aus meiner Sicht dann nicht der Fall, wenn diese Zonen von außerhalb erreicht werden können. Wäre unser Land eine **atomwaffenfreie Zone**, so wäre die Bedrohung, die von den sowjetischen Atomwaffen ausgeht, nicht von Schleswig-Holstein genommen. Das ist auch die eigentliche Begründung dafür, daß wir von einer solchen atomwaffenfreien Zone nach dem Palme-Plan nach wie vor nicht überzeugt sind.

Meine Damen und Herren, wir erwarten, daß die beiden Weltmächte die Verhandlungen auch über die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite aufnehmen. Diese konkreten Abrüstungsschritte sollen jedoch nicht nur auf Europa beschränkt sein, sondern weltweit gelten. Wir wollen weiter, daß die Abrüstungsgespräche unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen eines jeden Staates auch auf die Raketen mit einer Reichweite von weniger als 500 km ausgedehnt werden.

Schließlich ist es mit der Abrüstung **nuklearer Waffen** allein nicht getan. Es muß auch abgerüstet werden bei den **chemischen Waffen**, bei den **biologischen Waffen** und insbesondere auch bei den **konventionellen Waffen**. Wir wollen nämlich nicht nur die Raketen abrüsten, wir wollen auch, daß Panzer abgerüstet werden, daß die Artillerie abgerüstet wird, daß Flugzeuge und andere konventionelle Waffen abgerüstet werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben daran als Deutsche ein fundamentales Interesse. Denn kein anderes Land wird so von der Überlegenheit bei den konventionellen Waffen im Ostblock bedroht wie die Bundesrepublik Deutschland. Wenn ich richtig zugehört und Sie richtig verstanden habe, Herr Kollege Engholm, haben Sie auch diese konventionelle Überlegenheit des Ostblocks nicht in Frage gestellt.

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen. Wir Christlichen Demokraten Schleswig-Holsteins sind für Abrüstung. Abrüstung ist gut, wenn sie mehr Sicherheit bringt.

(Beifall bei der CDU)

Abrüstung ist gefährlich, wenn sie die Sicherheit beeinträchtigt. Abrüstung kann sich immer nur in Etappen vollziehen. Wir müssen ein gemeinsames Interesse daran haben, daß die Sicherheit bei jeder einzelnen Etappe gewährleistet ist, zumal wir nicht wissen, wie die weiteren Etappen aussehen und wie sie im einzelnen ausgestaltet werden.

Aber ich füge auch hinzu: Beide Vertragspartner müssen bereit sein, auch gewisse Risiken einzugehen. Die Einschätzung der eigenen Sicherheit darf nicht beckmesserisch erfolgen. Wir müssen auch Vertrauensvorschüsse an die andere Seite gewähren, aber diese müssen sich in den Grenzen halten, die wir für verantwortbar halten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich: Für die Christlichen Demokraten gehören Frieden und Freiheit untrennbar zusammen. Wir sagen „Ja" zu Frieden und Freiheit, „Ja" zu Abrüstung und Sicherheit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Das Wort erhält der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wir haben in der 9. Wahlperiode schon einmal über atomwaffenfreie Zonen gesprochen. Der Antrag wurde damals von SPD, F.D.P. und SSW eingereicht. Auch die CDU war damals aufgefordert, mitzumachen, aber sie wollte es nicht.

Ich hoffte, daß wir heute genauso verfahren wären, daß alle Fraktionen gefragt worden wären, so daß dieser Antrag von mehreren Fraktionen hätte unterschrieben werden können. Aber das ist nicht passiert; es ist nur ein Antrag der SPD-Fraktion. Ich bedauere das. Ich meine, wir hätten hier die Chance gehabt, gemeinsam zu handeln. Natürlich können wir in dieser Angelegenheit auch jetzt noch gemeinsam handeln, wenn wir nur wollen.

Ich begrüße diesen **Antrag der SPD-Fraktion** und bekenne offen, daß ich mich von Anfang an gegen die Remilitarisierung Deutschlands ausgesprochen habe, daß ich von Anfang an dagegen war, daß beide deutschen Staaten in irgendeinem militärischen Block eingebunden sein sollten.

Ich bin der Meinung, daß wir auch gestern, als wir über die Deutschlandpolitik und die Wiedervereinigung gesprochen haben, spüren konnten, daß gerade diese **Blockpolitik**, diese **Aufrüstung** einer Wiedervereinigung hindernd im Wege steht. Wenn wir **Wiedervereinigung** wirklich wollen, müssen wir für Entspannung und **Abrüstung** eintreten.

(Beifall bei der SPD)

(Karl-Otto Meyer)

Insofern ist dieser Antrag aktuell, und er ist auch realistisch. Wir können hin- und herdiskutieren, ob unser **NATO-Doppelbeschluß** zu der neuen Politik der Sowjetunion geführt hat oder nicht.

Ich bin der Meinung, die finanzielle Situation der beiden Großmächte hat dazu geführt, daß sowohl die **Sowjetunion** als auch die **USA** erkennen müssen, daß sie die Probleme der modernen Gesellschaft nicht mehr bewältigen können, wenn sie weiterhin diese sinnlose Aufrüstung betreiben.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Deshalb sind beide Großmächte gezwungen, jetzt endlich eine andere Politik zu betreiben und die Abrüstung anzugehen, damit man endlich Mittel hat, die Arbeitslosigkeit in der Welt zu bekämpfen, den Hunger zu beseitigen und bessere Verhältnisse in der Dritten Welt zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Björn Engholm [SPD])

Ich will hier gegen niemanden Attacken reiten, aber es ist doch bezeichnend, daß der Bundeskanzler dieser Bundesrepublik die Verhandlungen in Reykjavik mit den Verhandlungen in München im Jahre 1938 verglichen hat. Das zeigt in aller Deutlichkeit, daß, wenn einer die Situation falsch beurteilt, dies gerade der Bundeskanzler ist.

(Beifall bei der SPD – Kurt Hamer [SPD]: Der zählt ja sowieso nicht!)

Wir wollen **Abrüstung in Sicherheit**, da sind wir alle einig. Wenn wir für eine atomwaffenfreie Zone eintreten, dann bedeutet das nicht, daß wir damit die NATO abgeschrieben hätten. Es bedeutet auch nicht, daß die Verpflichtungen, die die NATO-Mitglieder eingegangen sind, entfallen. Wir können doch unseren Verbündeten vertrauen, daß sie zu ihrem Wort stehen.

Ich sehe nicht ein, daß eine Abrüstung oder eine atomwaffenfreie Zone auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs unsere Sicherheit mehr gefährdet, als es heute der Fall ist. Wir sollten uns nicht wünschen, eine Situation zu erleben, wo gerade die Bundesrepublik und die DDR – jeder in seinem Block – die eifrigsten sind, die gegen eine Abrüstung sprechen.

Es ist sicherlich richtig, daß wir nicht nur über die Abrüstung von Atomwaffen sprechen dürfen, sondern generell aller Waffen. Aber lassen wir uns doch einmal überhaupt anfangen, und das können wir hier jetzt tun, weil beide Großmächte bereit sind, hier etwas zu tun. Wir werden vom Osten bedroht, so wird gesagt. Tatsache ist aber, daß der **Osten** in den letzten Generationen stets vom Westen **angegriffen** wurde.

(Peter Aniol [CDU]: Das ist doch falsch! Denken Sie doch an Afghanistan! Sie verdrehen ja die Geschichte!)

– Ich kenne meine Geschichte und weiß, daß in den letzten Generationen der Osten stets vom Westen angegriffen worden ist. Wenn Sie das bestreiten, bestreiten Sie Tatsachen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß unsere östlichen Nachbarn das Gefühl haben, in Sicherheit leben zu können. Das müssen wir einfach akzeptieren.

(Beifall bei der SPD – Hans-Joachim Zimmermann [CDU]: Das erzählen Sie mal den Engländern und Franzosen! – Heinrich Stock [CDU]: Haben die nicht Ungarn und die CSSR angegriffen! – Peter Aniol [CDU]: Es gibt eine Lücke in Ihrer Geschichtskenntnis! – Weitere Zurufe von der CDU – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

– Wenn Sie mir etwas sagen wollen, kommen Sie hierher und sagen Sie mir das von hier vorn aus, aber bitte in einem anderen Ton, sonst kriegen Sie es von mir genauso zurück.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Mit mir macht man dieses Spiel nicht, Kollege Aniol, das können Sie mit Ihrer Fraktion machen, nicht mit mir!

(Beifall bei der SPD – Peter Aniol [CDU]: Wir sind hier im Parlament, und da kann jeder Zwischenrufe machen! Und das lasse ich mir auch nicht nehmen!)

– Ich habe nichts gegen Zwischenrufe, aber wenn Sie ganze Geschichten erzählen wollen, dann kommen Sie bitte nach vorn.

(Peter Aniol [CDU]: Nicht Geschichten, Geschichte! – Zurufe von der CDU und von der SPD)

– Gut, ich glaube, wir werden noch weiter darüber diskutieren. Wir haben ja zwei Stunden Zeit. Diesem Antrag der SPD-Fraktion kann ich also meine Zustimmung geben.

(Kurt Hamer [SPD]: Das ist gut!)

Ich bin auch bereit, über **realistische Änderungsanträge der CDU-Fraktion** zu reden. Vielleicht kommen wir ja noch zu einem gemeinsamen Antrag; ich weiß es nicht. Einige hier auf der rechten Seite werden es vielleicht ausschließen. Meine Bereitschaft ist vorhanden, in dieser ernsten Frage aktiv zu handeln und das zu unterstützen, was möglich ist, nämlich weniger Atomwaffen in dieser Welt zu haben. Wir sollten das realisieren, was der Bundeskanzler proklamiert hat: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen".

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Ich erteile das Wort dem Herrn Innenminister.

Karl Eduard Claussen, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ihr Stichwort, Herr Meyer, ist richtig. Frieden schaffen mit immer weniger Waffen, das ist die Zielsetzung der CDU/CSU gewesen, als wir im Herbst 1982 die Regierungsverantwortung übernommen haben.

(Zuruf von der SPD: Sie wollten doch gegen eine Null-Lösung demonstrieren! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Es ist doch schwierig, ein ernsthaftes Thema zu behandeln, wenn man ständig unterbrochen wird von Leuten, die von dieser Sache aber auch gar nichts verstehen.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

Dies ist unser Thema gewesen, dies hat der Bundeskanzler deutlich gemacht, und er hat damit erneut das oberste politische **Ziel der CDU** klargestellt, nämlich den **Frieden** in Deutschland und in Europa zu sichern und jeden Krieg, konventionell oder nuklear, zu verhindern.

Diese Zielsetzung gilt für uns, für die CDU auch des Landes Schleswig-Holstein, uneingeschränkt auch heute.

(Beifall bei der CDU)

Aber diese Zielsetzung darf natürlich nicht mißverstanden werden. Unser Ziel ist es, Frieden zu erhalten, und zwar Frieden in Freiheit zu erhalten; denn nach unserer Überzeugung – Herr Kribben hat das eben sehr klargemacht – gibt es Frieden nur in Freiheit.

Ein Instrument, dieses Ziel zu erreichen, ist die Abrüstung. Dabei fragen wir im Grundsatz nicht nach einzelnen Waffensystemen, sondern wir begrüßen und unterstützen alle Bestrebungen, Waffensysteme aller Art und aller Reichweiten in Ost und in West so schnell wie möglich abzuschaffen. Insofern, Herr Kollege Engholm, sind wir einer Meinung, denn eben haben Sie sich geäußert.

Das Ziel, Kriege zu verhindern und den Frieden zu sichern, kann man aber nach meiner Meinung nicht dadurch erreichen, daß man praktisch bedingungslos und in jeder Situation bereit wäre, Waffen irgendwelcher Systeme abzuschaffen. Als die unionsgeführte Bundesregierung 1982 die Verantwortung übernahm, war sie in diesem Bereich mit einem doppelten Erbe konfrontiert: einerseits mit dem von der vorherigen Bundesregierung – sprich: vom Bundeskanzler Helmut Schmidt – initiierten **NATO-Doppelbeschluß** und andererseits und zugleich mit einer starken öffentlichen Meinung, die gegen diesen Beschluß agitierte, wie bekannt bis hinein in die eigenen Reihen der Partei von Helmut Schmidt.

Die Sowjetunion versuchte seinerzeit, diese Situation zu nutzen, um mit allen Mitteln, wirklich mit allen Mitteln den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern. Wir alle wissen, daß die Nachrüstung dann vollzogen wurde, und ohne sie – das muß man einmal deutlich wiederholen, und ich unterstreiche, was Herr Kribben dazu gesagt hat –, ohne den Vollzug des Doppelbeschlusses, wäre die Sicherheit in Europa angesichts der einseitigen und gewaltigen Aufrüstung der Sowjetunion mit weitreichenden Mittelstreckenraketen nicht mehr gewährleistet gewesen.

Dies hatte der seinerzeitige Bundeskanzler Helmut Schmidt ja auch erkannt und deshalb diesen Beschluß initiiert und dafür gekämpft, so lange gekämpft, bis er auf dem Parteitag der SPD in Köln nur noch zu einer kleinen Minderheit gehörte. Ich sage es noch einmal deutlich: ohne den NATO-Doppelbeschluß und ohne seinen Vollzug hätte es heute keine Bewegung in den Abrüstungsverhandlungen gegeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin mit Ihnen, Herr Engholm, völlig einig, daß die jetzt gegebene Chance genutzt werden muß, nach Kräften genutzt werden muß. Aber ich will auch betonen, daß die Standhaftigkeit im Vollzug und in der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses zu dieser Chance geführt hat. Damals war es das Ziel der Sowjetunion – um im heutigen Sprachgebrauch zu bleiben –, mit der Verhinderung des NATO-Doppelbeschlusses eine einseitige Null-Lösung zugunsten des Ostens zu bekommen. Sie von der Opposition – Herr Kribben hat das ausgeführt – waren bereit, dies zu akzeptieren. Wir waren nicht bereit, dies zu akzeptieren, und wir sind auch nicht bereit, unter den veränderten politischen und militärischen Verhältnissen heute eine solche einseitige Lösung zu akzeptieren.

Entwicklung und Vollzug der Nachrüstung haben also dazu geführt, daß heute das Angebot einer beiderseitigen Null-Lösung auf dem Tisch liegt, und inzwischen ist dies ja nicht nur ein Angebot, sondern wir haben gestern zu unserer aller Freude – wie ich glaube – vernommen, daß sich aus dem Angebot nun ein erster **Vertragsentwurf** zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über **Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite** ergeben hat. Wir werden alles tun, um den Abschluß dieses Vertrages zu ermöglichen. Der Bundeskanzler hat ja erst vor kurzem geäußert, daß er damit rechne, daß dieser Teil der Abrüstungsverhandlungen noch im Laufe dieses Jahres abgeschlossen werden könne. Damit hätten wir einen wirklichen entscheidenden ersten Schritt getan.

(Beifall bei der CDU)

Seitdem dieser Vorschlag, der ja ursprünglich aus dem Westen kam und der bei der Sowjetunion fünf Jahre gebraucht hat, um sich zu konkretisieren, gemacht wurde, hat sich natürlich das politische und das militärische Umfeld erheblich verschoben. In der Zwischenzeit hat die Sowjetunion ihre Mittelstreckenrakten kürzerer Reichweite kräftig modernisiert und grenznah, das heißt in der DDR und in der CSSR, stationiert. Die Folge ist leider, daß bei einer Beschränkung auf eine Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite die Sowjetunion

(Minister Karl Eduard Claussen)

immer noch ganz Europa mit ihrem Kurzstreckensystem, das heißt mit den **Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite**, erreichen kann. Dies würde, wenn man es bei den Mittelstreckenraketen längerer Reichweite beläßt, bedeuten, daß die Sowjetunion nach wie vor ganz Europa mit den Waffen kürzerer Reichweite bestreichen kann, was andersherum bedeutet, daß die einseitige Null-Lösung zu Lasten des Westens, die seinerzeit von der Sowjetunion gewollt wurde, durch eine solche Vereinbarung erreicht werden könnte. Deshalb hat die CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages schon sehr rechtzeitig eine Ergänzung dieser Null-Lösung gefordert, die auch die Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite einbezieht.

Damals hat die Opposition dagegen polemisiert – und insofern haben mich Ihre Ausführungen, Herr Engholm, ein bißchen an die damalige Debatte erinnert – und dies als Konditionierung der Abrüstungsverhandlungen oder als ein Draufsatteln bezeichnet, von der bösen CDU nur zu dem Zweck erfunden, die Verhandlungen zu erschweren oder zu verhindern.

(Björn Engholm [SPD]: Konditionierung meint doch etwas ganz anderes!)

– Na gut. Damals haben wir das insofern konditioniert und gesagt, nicht nur die Waffen längerer Reichweiten sondern auch der kürzeren Reichweiten müßten einbezogen werden, weil die uns bedrohen. Sie sind jetzt dabei und haben es seit einiger Zeit getan, diese **doppelte Null-Lösung** in Ihre Politik zu übernehmen, und ich bin eigentlich sehr froh darüber, denn Sie übernehmen damit eine Politik, ein Ziel, das ursprünglich von der CDU/CSU formuliert worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber man darf natürlich bei dieser ganzen Debatte, insbesondere bei der doppelten Null-Lösung nicht vergessen, die Gesamtheit des sicherheitspolitischen Umfeldes zu betrachten. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen. Aber das Abschaffen von Waffen und insbesondere von Atomwaffen kann ja kein Selbstzweck sein, sondern es muß dazu dienen, Kriege zu verhüten und den Frieden sicherer zu machen. Das heißt, wir müssen auch über Sicherheit reden, und wir dürfen die Vor- und Überrüstung des Warschauer Paktes zum Beispiel bei den chemischen Waffen, den Gefechtsfeldwaffen nuklearer Art und im konventionellen Bereich nicht einfach vergessen, sondern wir müssen sie sehen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde, will ich noch einmal sehr deutlich sagen, was Herr Kribben hier auch schon sehr deutlich für die Fraktion der CDU gesagt hat, und das gilt auch für die Landesregierung: Wir sind für die doppelte Null-Lösung, denn wir sehen in ihr zum erstenmal nach dem Kriege eine wirkliche Chance, einen ernsthaften Schritt in Richtung Abrüstung, und zwar essentieller Abrüstung, zu machen. Diese Chance sollten wir unter allen Umständen nutzen.

Wenn ich das sage, meine Damen und Herren, dann sage ich natürlich auch, daß wir damit die Risiken nicht übersehen dürfen. Man muß doch einfach klarmachen, daß es im Bereich der Kurzstreckenraketen bis zu 500 km Reichweite ein ganz erhebliches, ein erdrückendes Übergewicht der Sowjetunion gibt. Diese Raketen bedrohen ja ausschließlich deutschen Boden in Ost und in West.

Wenn Sie sich die „KN" von gestern noch einmal ansehen, dann finden Sie dort ein sehr schönes Schaubild, in dem dargestellt ist, wie die doppelte Null-Lösung die **Raketenbedrohung** fast von ganz Europa wegnimmt – auch von der Sowjetunion wegnimmt –, und das, was an nuklearen Waffen nachbleibt, bedroht allein die **Bundesrepublik Deutschland** und die **DDR**.

(Zurufe von der SPD)

Dies kann doch nicht der Sinn einer Abrüstungsverhandlung sein.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens besteht unabhängig von den nuklearen Waffen ein ebenso erdrückendes Übergewicht des Warschauer Paktes bei den konventionellen, bei den chemischen und bei den biologischen Waffen. Wenn also die nukleare Abschreckung, die nukleare Bedrohung – nehmen wir mal alles in allem – von Europa weggenommen würde, dann würde diese Überlegenheit des Warschauer Paktes im konventionellen Bereich eine strategische Position einnehmen. Das können wir doch auch nicht billigen; denn wir können uns nicht, wenn die **atomare Bedrohung** weg ist, einer **konventionellen Bedrohung** aussetzen. Auch dagegen müssen wir uns schützen.

Dabei sage ich ja gar nicht, daß irgend jemand einen Krieg anfangen will. Aber schon die Erpreßbarkeit durch ein gewaltiges militärisches Potential kann man nicht hinnehmen, weil man dann nicht mehr freiheitliche Politik in einem selbständigen Staat betreiben kann. Deshalb müssen wir hierauf achten. Das heißt, die nukleare Abrüstung darf auf keinen Fall dazu führen, daß ein konventioneller Krieg in Europa wieder denkbar oder führbar wird.

Aus diesem Grund, Herr Engholm, ist es eigentlich auch verständlich, wenn sich eine Regierung – jetzt die Bundesregierung, die für diese Dinge verantwortlich ist – ein wenig mit einer solchen doppelten Null-Lösung schwertut und wenn sie intensiv darüber nachdenkt. Die Punkte, die Sie genannt haben – ich kann sie nicht alle aufführen, aber ich will zwei, drei aufnehmen – –

(Alfred Schulz [SPD]: Das langt auch schon!)

– Ja, das ist ein typischer Zwischenruf: an Abrüstung ernsthaft nicht interessiert, sondern ideologisch verbohrt zu sagen, Abrüstung auf Teufel komm raus.

(Beifall bei der CDU – Alfred Schulz [SPD]: Sie sind ein Westentaschenstratege!)

Aber ich nehme Sie, Herr Schulz, in diesem Punkt nicht ernst, weil ich weiß, daß Sie hier völlig verbohrt

(Minister Karl Eduard Claussen)

sind und nicht bereit sind, einsichtig in die notwendigen Fakten zu sein. Hören Sie doch erst einmal zu. Ich fand die Rede von Herrn Engholm sehr gut, weil man sich damit auseinandersetzen kann. Mit Ihnen kann man sich offensichtlich nicht auseinandersetzen. Und das ist das schlimme.

(Beifall bei der CDU - Fritz Latendorf [CDU]: Die Betonung liegt auf „setzen"! - Rolf Selzer [SPD]: Wir sind hier doch nicht in einer Wahlkundgebung!)

Herr Engholm, ich will Ihr Argument gern noch einmal aufnehmen, die Sowjetunion müsse mehr abrüsten. Das ist hinsichtlich der Zahl der Raketen und der Zahl der Sprengköpfe richtig. Nur, das Problem ist folgendes: Wenn die Sowjetunion in diesem Bereich mehr abrüsten muß als die Amerikaner, dann bleibt nach, daß die **Sowjetunion** jedenfalls für den Bereich Europa das, was sie an weiterreichenden Raketen abgebaut hat, ohne Probleme durch **andere Waffensysteme** ersetzen kann.

(Klaus Kribben [CDU]: So ist es!)

Man muß ein bißchen darüber nachdenken. Es ist es auch keine Vorleistung der Sowjetunion, sondern es ist durchaus als gleichgewichtig mit den Leistungen der Amerikaner anzusehen.

Weiter haben Sie ein wenig über Partnerschaft zwischen Sowjetunion und den USA oder den europäischen Staaten geredet. Ich habe bei Ihnen nicht das Stichwort von der Sicherheitspartnerschaft gehört. Ich warne auch nach wie vor, dieses Stichwort von der Sicherheitspartnerschaft zu benutzen, weil es natürlich keine gleichwertigen Partner sind.

(Maria Lindenmeier [SPD]: Doch, die Menschen in den Ländern!)

- Das mag sein, Frau Lindenmeier. Nur, die Politik ist keine gleichartige.

(Uwe Amthor [SPD]: Das muß sie auch nicht sein!)

Man muß im Grundsatz überhaupt fragen: Warum entstehen denn Waffensysteme? - Diese Waffensysteme entstehen, weil politisch ganz unterschiedliche Systeme im Ostblock und im Westen vorhanden sind. Diese **Bewaffnung** entsteht, weil **Mißtrauen** herrscht. Dieses Mißtrauen muß abgebaut werden. Da - so glaube ich - hat insbesondere die Sowjetunion noch sehr viel zu tun. Die Sowjetunion hätte es sehr leicht, von ihren aggressiven Absichten, die jedesmal beim Jahrestag der Oktoberrevolution verkündet werden, Abstand zu nehmen, um wirklich den Abbau des Mißtrauens zu dokumentieren. Denken Sie doch nur daran, wie leicht es der Sowjetunion wäre, aus **Afghanistan** abzuziehen.

(Beifall bei der CDU)

Wie leicht wäre es der **Sowjetunion**, den Staaten des Warschauer Paktes - das heißt den europäischen Staaten im Osten - **Freiheit** zu geben! Wie leicht wäre es der Sowjetunion, die **Menschenrechte**, deren Einhaltung sie in Helsinki unterschrieben hat, zu gewährleisten! Alles das würde dazu beitragen, daß der Westen sein Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion drastisch vermindern könnte.

Deshalb glaube ich, daß man hier doch ein bißchen vorsichtig sein und verstehen muß, daß die Bundesregierung hier ein wenig länger Zeit gebraucht hat, um zu einem Entschluß zu kommen. Der Bundeskanzler wird das ja morgen im Deutschen Bundestag verkünden. Ich hoffe sehr, daß das, was dort dann als Auffassung der Bundesregierung dargelegt werden wird, auch überwiegend die Zustimmung aller deutschen Politiker und auch die Zustimmung unserer Verbündeten finden wird. Die Äußerungen der verbündeten Politiker jedenfalls auf das, was die Koalition beschlossen hat, sind durchweg positiv, so daß ich hoffe, daß wir hier zu einer gemeinsamen Sprachregelung finden werden.

Herr Engholm, wenn Sie die Diskussion innerhalb der CDU/CSU - auch mit der F.D.P. - so ansehen, daß sie einen katastrophalen Eindruck gemacht habe, dann kann ich nur sagen, daß wir eine sehr demokratische und sehr offene Partei sind. Bei uns wird auch - ähnlich wie bei Ihnen - sehr intensiv und sehr kontrovers diskutiert.

(Kurt Hamer [SPD]: Sehr gut!)

Uns diese kontroverse Debatte nun als „katastrophalen Eindruck machend" anzukreiden, ist - so finde ich - ein bißchen unredlich.

(Kurt Hamer [SPD]: Sie haben früher so etwas immer anders bewertet!)

- Okay, wenn Sie das alles wegstreichen und das als demokratischen Meinungsbildungsprozeß akzeptieren,

(Lachen bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Björn Engholm [SPD] - Kurt Hamer [SPD]: Auch unter dem Eindruck von Wahlergebnissen!)

sind wir uns wieder einig. - Ja, das ist bei Ihnen ja nicht anders. Wir können uns gelegentlich revanchieren. Aber in einer ernsthaften Debatte sollten wir doch ein bißchen vorsichtig sein.

Aufgrund all dieser Erwägungen hat also die Debatte in Bonn ein bißchen länger gedauert. Der Bundeskanzler hat dann am 15. Mai dies einmal in einer Erklärung zusammengefaßt.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Das wurde auch langsam Zeit!)

Diese Erklärung hat sich dann im **Koalitionsbeschluß** niedergeschlagen und wird morgen - so vermute ich -

(Rolf Selzer [SPD]: Sicher ist es also nicht!)

während der **Regierungserklärung im Deutschen Bundestag** vorgestellt werden.

Ich möchte jetzt noch einmal den Kern dabei hervorheben, weil es mir wichtig zu sein scheint: Die **doppelte Null-Lösung** muß nach unserer Auffassung

(Minister Karl Eduard Claussen)

um Lösungen ergänzt werden, die das Ungleichgewicht im Kurzstreckenbereich und bei den konventionellen Waffen beseitigen. Wir müssen nach unserer Meinung unverzüglich **Anschlußverhandlungen** über den Einstieg in die konventionelle Rüstungskontrolle initiieren, und wir müssen vor allen Dingen auch Verhandlungen über Gefechtsfeldwaffen sowie über ein globales Verbot chemischer Waffen führen. Ich glaube, daß wir das zusammen mit den Amerikanern und mit unseren europäischen Partnern erreichen können.

Für uns als Deutsche ist dies von besonderer Wichtigkeit. Die Engländer und die Portugiesen oder die Norweger - oder wen auch immer Sie von unseren atlantischen Verbündeten in Europa nehmen – und die Amerikaner und die Kanadier sehen dies natürlich alles ganz anders als wir. Aber wir liegen nun einmal im Zentrum der politisch-militärischen Auseinandersetzung. Deshalb sind wir besonders gefährdet, und deshalb müssen wir besonders vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren, ich will das nun nicht weiter ausführen. Ich will nur noch einen Satz zu der von Ihnen erneut in die Diskussion gebrachten **atomwaffenfreien Zone** sagen. Ich glaube, Herr Kribben hat völlig recht. Das, was die Palme-Kommission seinerzeit vorgeschlagen hat, eine atomwaffenfreie Zone 150 km hüben und 150 km drüben, rückt zwar die Waffensysteme 300 km auseinander, verhindert damit aber nicht, daß wir von Atomwaffen bedroht sind. Insofern wird lediglich die Illusion einer größeren Sicherheit erzeugt.

Es kommt doch gar nicht darauf an, wo Atomwaffen, wo Nuklearwaffen stationiert sind, sondern es kommt allein darauf an, welches Ziel sie erreichen können. Solange irgenwelche Atomwaffen Ziele in Europa erreichen können, sind wir nicht aus dem Schneider, müssen wir weiterverhandeln, um wirklich eine umfassende Sicherheit vor Nuklearwaffen zu bekommen.

Ich sage es noch einmal: Wir lassen uns in der Bereitschaft zu Abrüstung und Friedenssicherung von niemandem etwas vormachen. Wir haben die Lehren aus der Geschichte gezogen. Ich verweise auf das, was Herr Kribben sagte. Wir sind der Auffassung, daß wir heute in einer Phase der Abrüstungsverhandlungen stehen, die uns eine wirkliche, eine gute Chance bietet.

Meine Damen und Herren, deswegen zum Schluß folgendes! Diese vor uns liegende **Phase der Abrüstung** ist zu begrüßen, zu unterstützen und mit allen Kräften voranzutreiben. Machen wir uns aber nichts vor. Diese vor uns liegende Phase der Abrüstung ist noch nicht die entscheidende Phase; sie ist aber notwendig, weil hier zum erstenmal nach dem Krieg eine qualitative Veränderung der militärischen Beziehungen zwischen Ost und West angedeutet wird. Wenn wir tatsächlich Verträge – wie es scheint – über Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite und auch noch über strategische Offensivwaffen bekommen, müssen, können und dürfen wir hierin den Beginn des richtigen Weges sehen, den Willen zu einer ernsthaft begründeten und politisch gewollten Abrüstung in Ost und West.

Meine Damen und Herren, wir müssen dann zu umfassenden Verhandlungen kommen. Ich habe vorhin schon die chemischen und die konventionellen Waffensysteme entwendet.

(Heiterkeit)

Darüber hinaus müssen wir dann - und der Warschauer Pakt - - Was denn?

(Alfred Schulz [SPD]: Sie haben „entwendet" gesagt! Sie haben sich versprochen! - Kurt Hamer [SPD]: Das wäre ein eigenwilliger Weg der Abrüstung! - Heiterkeit)

- Entschuldigung. Ich wollte sagen, daß wir über einzelne Waffensysteme hinaus verhandeln müssen, auch über die gesamten militärischen, politischen Beziehungen zwischen Ost und West. Auch hierbei deutet sich ja an, daß wir Erfolge erzielen können. Die Tagung der Warschauer-Pakt-Staaten vor wenigen Tagen in Warschau hat ja die Aussicht gebracht, auch über die beiderseitigen Militärdoktrinen zu verhandeln.

Meine Damen und Herren, dies gibt uns die ernsthafte Chance - auch wenn man es heute noch als Utopie ansieht –, eine **Gesamtkonzeption** zur Neuordnung aller Beziehungen zwischen **Ost und West** zu finden. Diese Chance müssen wir wahrnehmen. Unsere Friedenssehnsucht, unsere Abrüstungsbereitschaft steht jedenfalls außer Zweifel. Wir wollen Frieden schaffen mit immer weniger Waffen, und wir wollen, daß nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgeht, wir wollen aber auch, daß nie wieder ein Krieg auf deutschem Boden stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Börnsen.

Gert Börnsen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer heute hier über die Doppel-Null-Lösung diskutiert, muß wissen, daß er das unter den kritischen Augen und Ohren des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes tut; denn vor wenigen Tagen hat der Leiter der Verfassungsschutzabteilung in mehreren Zeitungen veröffentlicht, daß die Unterstützung dieses Teils der sowjetischen Außenpolitik DKP-Bündnispolitik sei und der Strategie des trojanischen Pferdes entspreche. Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, wenn etwas verbohrt und verbockt und ideologisch ist, dann ist es eine solche Äußerung in der aktuellen Abrüstungsdiskussion, wie sie hier geschehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kribben, Ihre Argumentation zum **NATO-Doppelbeschluß** ist ja ungeheuer überzeugend. Wenn Sie sagen, die **Doppel-Null-Lösung** sei ein Erfolg des NATO-Doppelbeschlusses, wie erklären Sie es denn eigentlich, daß der Bundeskanzler und die CDU/CSU-Fraktion so lange dagegen waren?

(Beifall bei der SPD)

(Gert Börnsen)

Dann spricht Herr Kribben von Reykjavik. Ich möchte das, was Sie gesagt haben, aus meiner Sicht folgendermaßen formulieren: Recht haben Sie, daß wir uns noch wenige Wochen vor Reykjavik für die Abrüstung ausgesprochen haben, auch für die einseitige Abrüstung; Sie haben sich Monate nach Reykjavik noch gegen den Abrüstungsprozeß gestemmt. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Beifall bei der SPD)

Zitieren Sie gern Helmut Schmidt, und denken Sie daran, daß Helmut Schmidt es gewesen ist, der der CDU/CSU im Bundestag vorgeworfen hat, sie sei nicht friedensfähig – gerade in der Abrüstungsdiskussion.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD in Schleswig-Holstein vertritt seit langem die Auffassung, daß die nukleare **Abschreckungsstrategie** den Frieden nicht sicherer gemacht hat, sondern uns immer mehr Rüstung beschert und damit an den Rand des Atomkrieges gebracht hat. Deshalb haben wir uns gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen der NATO auf europäischem Boden gewandt, weil jede Nachrüstung automatisch – mit einer schrecklichen Automatik – zu einer **Nach-Nachrüstung** der jeweils anderen Seite geführt hat.

(Beifall bei der SPD)

Auf die SS 20 folgten die Pershing II und die Cruise-Missiles, und darauf folgten direkt die SS 22 in der DDR und in der CSSR. Wer die Zeitungen aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß der Bundessicherheitsrat im vergangenen Monat über die Modernisierung der Pershing IA hat beraten sollen, das heißt über modernisierte Kurzstreckenraketen auf unserem Boden wiederum als Antwort auf das, was beim Warschauer Pakt geschehen ist. Diese schreckliche Spirale endlich zu durchbrechen, ist immer unser Ziel gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn jetzt die Amerikaner und die Sowjets übereinstimmend den Abbau dieser und weiterer Raketen beschließen wollen, kann das nur mit unserer entschiedenen Zustimmung und Unterstützung geschehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen darin unsere jahrelangen Bemühungen im Rahmen der internationalen Friedensbewegung als von einem großartigen Erfolg gekrönt. Für uns ist es eine realistische Chance und eine großartige Friedensperspektive, daß noch im Jahre 1987 die realistische Möglichkeit besteht, alle **Mittelstreckenraketen** der **USA** und der **UdSSR** aus Europa abzuziehen. Es ist eine phantastisch realistische Perspektive, weil sich beide Großmächte inzwischen entsprechend öffentlich geäußert haben, daß noch im Jahre 1987 weltweit die Chemiewaffen verschrottet werden. Das ist doch lange unsere Forderung gewesen. So etwas müßte doch wohl auch der Schleswig-Holsteinische Landtag gemeinsam unterstützen können – sollte man meinen.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern das gleiche, nämlich die Verschrottung ganzer Waffensysteme, auch für die Atomwaffen. Um es ganz deutlich zu sagen: Wir wollen keine fadenscheinige Gleichgewichtsdiskussion, wir wollen keine Wenn und Aber, wir wollen keine Ausnahmeregelungen, wir wollen keine Diskussion über Unter- und Obergrenzen. Für uns gibt es bei den Atomwaffen nur eine Obergrenze, und die ist null.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb den Vorschlag der beiden Großmächte begeistert aufgegriffen, weil er die **Null-Lösung** für die gefährlichsten potentiellen **Angriffswaffen** bedeutet, die überhaupt auf europäischem Boden stehen. Gleichzeitig – Herr Engholm hat darauf hingewiesen – waren wir enttäuscht und empört über die jämmerliche Haltung der CDU/CSU, die sich nicht nur dieser einzigartigen historischen Chance lange widersetzte und entgegenstellte, sondern gleichzeitig unumwunden auch Aufrüstungsparolen ausgab.

Meine Damen und Herren, wie 1969 und in den darauf folgenden Jahren, als die CDU/CSU der Quertreiber der internationalen Friedens- und Entspannungspolitik gewesen ist, genauso ist sie jetzt auch die einzige Regierungspartei Westeuropas, die die Verhandlungen der Großmächte zu erschweren sucht, indem sie an Atomraketen festhält. Dies ist unglaublich. Dies ist skandalös.

(Beifall bei der SPD)

Ich stelle fest: Die **SPD**, Herr Kribben, ist die einzige Partei in der Bundesrepublik,

(Berthold Sprenger [CDU]: Das glauben Sie!)

die die **doppelte Null-Lösung** für die Mittelstreckenraketen von Anfang an und uneingeschränkt unterstützt und gefördert hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion vom 7. Mai 1987 – das ist gerade vier Wochen her – mit der Forderung nach Unterstützung der doppelten Null-Lösung und der weiteren Forderung an die Bundesregierung, auch für die **Abrüstung** bei den **taktischen Nuklearwaffen** und für die Abrüstung bei den **konventionellen Waffen** ein Konzept vorzulegen, wurde gemeinsam von CDU/CSU, F.D.P. und GRÜNEN im Bundestag abgelehnt.

Wenn Mitglieder der schleswig-holsteinischen Landesregierung heute behaupten, schon vor sechs Wochen seien sie für die doppelte Null-Lösung gewesen – zum Beispiel der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein –, dann frage ich mich: Warum hat er eigentlich vor vier Wochen nicht Gelegenheit ergriffen, im Deutschen Bundestag zu reden? Er hätte doch die Möglichkeit gehabt. Warum haben eigentlich alle CDU-Bundestagsabgeordneten aus

(Gert Börnsen)

Schleswig-Holstein gegen diesen Antrag der SPD gestimmt? Sie können nicht nachträglich sagen, das sei ihre Position, wenn sie zunächst einmal diese Position im Deutschen Bundestag niedergestimmt haben.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU/CSU ist sogar so total konzeptionslos und verwirrt in dieser Abrüstungsdiskussion gewesen, daß sie sich auf nur einen einzigen Beschlußsatz im Deutschen Bundestag hat einigen können. Der lautet wörtlich:

„Der Bundestag begrüßt und unterstützt die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 7. Mai 1987."

– Punkt! Ende!

(Heiterkeit bei der SPD)

Und das in einer Überlebensfrage des deutschen Volkes!

Wenige Tage, nachdem die SPD-Fraktion dieses Landtages der Öffentlichkeit ihren Antrag für ein **atomwaffenfreies Schleswig-Holstein** vorgelegt hatte, faßte das **CDU-Landeskabinett** – das begrüßen wir im Grundsatz – einen Beschluß zur Abrüstungsdebatte. Nach der Darstellung von Bedenken – in Ordnung! – gegen den Abbau der Mittelstreckenwaffen mit kürzerer Reichweite heißt es dann wörtlich:

„Die Landesregierung sieht hierin allerdings keine zwingende Notwendigkeit, deshalb die sogenannte Doppel-Null-Lösung von vornherein abzulehnen."

Meine Damen und Herren, das ist die einzige, die positivste Äußerung, die Ihre Landesregierung in dieser Frage bisher getan hat – traurig!

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Herr Barschel dann in den Tagen nach Ihrer Wahlniederlage in Hamburg und Rheinland-Pfalz den Bundeskanzler angegriffen hat, er sei in der Abrüstungsdiskussion nicht klar und deutlich in der Argumentation hervorgetreten, fragt man sich, ob dieser Satz vielleicht die Klarheit und die Deutlichkeit der CDU/CSU-Argumentation bedeuten soll. Das kann es doch wohl nicht gewesen sein.

(Beifall bei der SPD)

Genauso steht es jetzt auch mit dem Beschluß des **Bundeskabinetts** von vorgestern, vom 1. Juni 1987. Da heißt es zuerst einmal, das NATO-Bündnis „könne auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten". Ich sage Ihnen deutlich: Wir sind da der entgegengesetzten Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

Dann wird der Abbau der Mittelstreckenraketen längerer Reichweite unterstützt – da stimmen wir überein –, um in den folgenden Absätzen die Forderung zu erheben nach einer „global geltenden Vereinbarung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, daß sie in Zukunft keine Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite, 500 bis 1000 km, haben werden".

Meine Damen und Herren, man könnte meinen, dies sei die zweite Null-Lösung, wenn da nicht der Pferdefuß wäre, der in diesen Beschluß des Bundeskabinetts eingebaut ist. Die 72 Pershing-IA-Raketen – Herr Engholm hat darauf hingewiesen –, **Raketen der Bundeswehr**, deren Atomsprengköpfe von den Amerikanern kontrolliert werden, sollen ausgenommen sein. Mit anderen Worten: Man fordert in dem Beschluß des Bundeskabinetts die beiden Weltmächte USA und UdSSR auf, ihre Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite grundsätzlich und total zu verschrotten, besteht aber darauf, daß die eigenen im Lande verbleiben. Ist das Konsequenz? Ist das Abrüstungspolitik, Herr Innenminister, Herr CDU-Fraktionsvorsitzender?

(Beifall bei der SPD)

Mehr noch: Der bayerische Ministerpräsident – über den man sagen kann, was man will; er liebt aber ein offenes Wort –, Herr Strauß also, kündigt an, daß diese längst veralteten Raketen „auch nach 1991 noch einsatzfähig gehalten werden müßten". Herr Wörner weist darauf hin, daß die Modernisierung dieser Raketen notwendig ist. Unumwunden wird mit diesen Waffensystemen auf deutschen Zugriff zu Atomwaffen spekuliert, meine Damen und Herren, denn die Amerikaner sollen die atomaren Sprengköpfe in die Verfügungsmacht des – so heißt es – „besitzenden Landes" legen.

Gleichzeitig wird die Dritt-Staaten-Theorie hervorgezogen, die angewendet wird gegenüber Großbritannien und Frankreich, das heißt gegenüber Atommächten, bei denen in der Tat richtig ist, daß diese Dritt-Staaten sich ihre Atomwaffen nicht – schön wär's, müßte man sagen – durch die beiden Großmächte wegverhandeln lassen. Jetzt soll die **Dritt-Staaten-Theorie** auf die **Bundesrepublik Deutschland** angewandt werden. Sind wir Atommacht? Wollen wir Atommacht werden? Wollen wir den Abrüstungsprozeß in Sachen Nuklearwaffen dadurch aufhalten, bremsen oder umkehren, daß wir jetzt zur Atommacht werden? Das ist doch wohl unglaublich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte diese Position des Bundeskabinetts für gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet.

(Hans Detlef Stäcker [CDU]: Wo steht das?)

Ich meine, das entspricht einer längst überholt geglaubten Rüstungsphilosophie und müßte in der öffentlichen Diskussion gemeinsam abgelehnt werden.

Mit dieser Position wird die Bundesregierung endgültig zum Störenfried der internationalen Abrüstungsdiskussion, denn ihr Bekenntnis zu der **zweiten Null-Lösung** – Herr Innenminister, wenn Sie im Detail diskutieren, will ich Ihnen gern antworten – wird nicht mehr eingelöst. Wenn die UdSSR nämlich wie

(Gert Börnsen)

angekündigt im Gegenzug zu den 216 amerikanischen Systemen der längeren Reichweite ihre 443 SS 20- und die 112 SS 4-Raketen abbaut und gleichzeitig zur Disposition stellt die 144 SS 22-Systeme der kürzeren Reichweite - die der Nach-Nachrüstung nämlich -, dann verbleiben für die zweite Null-Lösung nur noch die 72 Pershing-IA-Raketen und 300 sowjetische SCUD-Raketen. Die Sowjetunion bietet an, die SCUD-Raketen abzubauen - und wir wollen an den 72 Pershing-IA-Raketen festhalten? Wie soll denn daraus eine gemeinsame zweite Null-Lösung werden? Meine Damen und Herren, dies ist keine zweite Null-Lösung; dies ist Betrug.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie gern auf folgendes verweisen. Herr Dregger ist es, der vor einer „Denuklearisierung" Europas warnt. Gleichzeitig schlagen der Bundeskanzler und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident übereinstimmend vor, man müsse über Herrn Gorbatschow hinausgehen: Nicht nur die beiden Null-Lösungen, nein, Atomwaffen müssen grundsätzlich weg aus Europa!

(Hans Detlef Stäcker [CDU]: Richtig!)

Wir können nur sagen: Großartig! Fangen Sie doch endlich an!

Die Frage ist doch folgende. Die Abrüstung bei den taktischen Atomwaffen, bei den Kurzstreckenwaffen und bei den atomaren Gefechtsfeldwaffen - wie wollen wir die in den Griff bekommen? Die SPD-Fraktionen in den Ländern und im Bund haben dazu einen Vorschlag gemacht.

Herr Innenminister, Sie können doch nicht sagen, die atomwaffenfreie Zone führe dazu, daß die jeweiligen Waffen nur 150 km zurückgelegt werden, wenn gleichzeitig klar ist, daß es sich um Waffen handelt - weil alle anderen der Null-Lösung unterfallen -, die unterhalb der 150-km-Schwelle liegen. Das heißt, wenn wir Waffen zurückverlegen, die gar nicht über 150 km hinausreichen, hätte man in der Tat einen wesentlichen Abrüstungsschritt getan, indem man sie so weit zurücklegt, daß sie nicht mehr einsatzfähig sind

(Beifall bei der SPD)

und daß wir nicht mehr getroffen werden können.

Es gäbe also wirklich Möglichkeiten genug, den **Abrüstungsprozeß**, die Abrüstungsschritte auch durch eine landespolitische Offensive des Landes Schleswig-Holstein voranzutreiben. Ich weise Sie noch einmal darauf hin: Die 150-km-Zone, wie der Palme-Plan sie vorsah, betrifft das ganze Land Schleswig-Holstein, mit Ausnahme der Insel Helgoland, aber die ist zum Glück schon atomwaffenfrei.

Wenn Sie also einen solchen internationalen Plan unterstützen würden, täten Sie damit einen ersten großen Schritt hin zu einem **atomwaffenfreien Mitteleuropa**, indem Sie Schleswig-Holstein tatsächlich total atomwaffenfrei machen könnten.

(Beifall bei der SPD - Berthold Sprenger [CDU]: So ein Quatsch!)

Dies schlagen wir Ihnen vor. Wir meinen, daß es das gemeinsame Interesse im Schleswig-Holsteinischen Landtag sein müßte, klarzumachen: Der Palme-Plan war noch nie so vernünftig wie heute,

(Beifall bei der SPD)

weil daraus zusammen mit den beiden Null-Lösungen, die die Supermächte angeboten haben, ein großes Ganzes werden kann, das nicht nur Schleswig-Holstein, sondern ganz Mitteleuropa - leider immer noch mit Ausnahme von Großbritannien und Frankreich - tatsächlich atomwaffenfrei machen könnte. Dies ist unser Ziel; dies schlagen wir mit unserem Antrag vor, und wir warten eigentlich immer noch auf Ihre Antwort darauf. Weder der Innenminister noch der CDU-Fraktionsvorsitzende haben im Grunde gesagt, was sie denn dazu meinen und ob es zu einer gemeinsamen Abstimmung kommen kann, ob wir die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Schleswig-Holstein gemeinsam erheben wollen. Wir sind sehr gespannt, ob dazu noch eine Erklärung kommt oder ob Sie sich auch in diesem Punkte einfach so herausmogeln wollen.

(Minister Claussen: Das habe ich doch deutlich gesagt!)

Ich weise bei dieser Gelegenheit auch darauf hin, daß das, was wir da fordern, nicht utopisch, nicht illusionär ist. Egon Bahr hat ja mit maßgeblichen Politikern der DDR vertragliche Abmachungen vorbereitet, die der Bundesregierung vorliegen und die darauf hinausliefen, so etwas zu realisieren. Die DDR und die CSSR - also genau die Länder, die Sie auch genannt haben -, die Länder also, in denen die Kurzstreckenraketen und die Gefechtsfeldwaffen stehen, die uns bedrohen und die wir bedrohen, genau diese Länder um uns herum und die Sowjetunion haben sich ja bereit erklärt, dem Palme-Plan entsprechend zu handeln. Wann greifen wir das denn endlich auf, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Die SPD in Schleswig-Holstein wird diese Forderung zur Grundlage ihrer Regierungspolitik machen. Björn Engholm hat zu einem Friedensforum für den 16. Juni nach Neumünster eingeladen,

(Berthold Sprenger [CDU]: Gibt es dann auch einen Verteidigungsminister bei Ihnen? - Heiterkeit bei der CDU)

auf dem unsere Forderung öffentlich zur Diskussion gestellt werden soll. Wir werden in Schleswig-Holstein eine Unterschriftensammlung veranstalten, um die Bevölkerung zu fragen, ob sie mit uns das atomwaffenfreie Schleswig-Holstein will. Ich bin davon überzeugt: Diese Bevölkerung in Schleswig-Holstein ist friedensliebend genug, um diese Forderung mit zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Die **SPD** in Schleswig-Holstein unterstützt auch die große **Friedenskundgebung der Friedensbewegung**, die für den 13. Juni 1987 in Bonn vorgesehen ist.

(Beifall bei der SPD)

(Gert Börnsen)

Wir wollen auf diese Art und Weise der uneingeschränkten Doppel-Null-Lösung zum Durchbruch verhelfen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir werden mitdemonstrieren!)

Meine Damen und Herren, Sie können unseren Antrag im Blick auf die drei oder vier Schritte – oder wie viele es noch sein mögen – zur nuklearen Abrüstung hier im Landtag ablehnen. Aber verhindern können Sie nicht, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes eine Regierung wählt, für die Atomwaffenfreiheit keine Horrorvorstellung ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Die Rede des Herrn Innenministers war nach meiner Beurteilung wohltuend; sie bildet eine Grundlage dafür, daß wir uns vielleicht doch in etlichen Fragen über Abrüstung einigen könnten, wenn wir die Linie des Innenministers verfolgen; ich weiß natürlich nicht, ob auch die Fraktion das will.

Aber wiederum muß ich an dieser Stelle festhalten, daß wir weiterhin mit Zahlen operieren, anhand derer wir fordern, **militärisches Gleichgewicht** – auch auf dem Gebiet der **Atomwaffen** – herzustellen. Dabei ist es doch nun wirklich gleichgültig, ob eine der Mächte doppelt so viele Atomwaffen hat wie die andere. Es sind ja insgesamt so viele, daß wir unsere Welt fünf- und zehnmal total zerstören können. Und es ist doch eine Tatsache: Selbst wenn wir die Mittelstreckenraketen abschaffen und die Langstreckenraketen reduzieren, haben die USA – das sagen selbst die Experten dort – immer noch so viele Raketen, daß sie jede Stadt in der Sowjetunion treffen können. Das sind doch Tatsachen.

Deswegen ist es wirklich ungut, wenn wir weiterhin so diskutieren: Wenn die anderen soundso viele Raketen haben, müssen wir genauso viele haben. Darum geht es heute nicht mehr. Das galt vielleicht damals noch, als wir über Maschinengewehre und Panzer redeten, also bei den **konventionellen Waffen**; das gilt aber nicht mehr für die **Atomwaffen**. Daß die Sowjetunion auf dem Gebiet der konventionellen Waffen überlegen ist, ist eine Tatsache; der Westen war überlegen – war! – in bezug auf Atomwaffen.

Dies hat sich dann auf einmal geändert. Das Interessante war nun, daß in dem Augenblick, als es hieß, jetzt sei die Sowjetunion auch auf dem Gebiet der Atomwaffen überlegen, die Auflistung in der Form vorgenommen wurde, daß man die Atomwaffen in Frankreich und in England nicht mitzählte. So kann man natürlich auch verschiedene Rechnungen aufstellen, und es ist wohl logisch, daß man im Osten damit nicht einverstanden war und auch nicht einverstanden sein konnte.

Ob die Sowjetunion auf dem Gebiet der **chemischen Waffen** überlegen ist, weiß ich nicht. Was man darüber erfährt – von allen Seiten –, ist ziemlich dürftig, und wenn man einmal die Berichte der verschiedenen Nachrichtendienste der einzelnen Länder durchgeht, dann kommt man zu recht unterschiedlichen Zahlen; das sind dann auch die Zahlen, die wir in den Weißbüchern von verschiedenen Kommissionen finden.

Deswegen bin ich bei diesen Zahlenspielen immer vorsichtig, nur: Wir müssen jetzt die vorhandene Chance nutzen. Wenn wir uns hier einigen könnten, wäre schon viel erreicht.

Sie haben recht, Herr Minister: Ruhig werden wir erst, wenn wir wissen, daß keine Atomwaffen auf uns gerichtet sind. Aber das gilt ja nun nicht nur für uns, sondern das gilt auch für die Menschen im Osten. Atomwaffen sind nicht nur gegen uns gerichtet, sondern es gibt auch welche, die in Richtung Osten weisen. Das ist eine Tatsache.

Dann heißt es immer – auch der Herr Minister hat es wieder gesagt –, die Russen könnten ja zeigen, daß sie es ernst meinten, indem sie mehr Freiheit gewährten, **Afghanistan** verließen und so weiter. Das ist richtig;

(Hans Detlef Stäcker [CDU]: Das finde ich auch!)

völlig richtig. Ich denke jetzt aber einmal an die Zeit, als wir eine Diskussion über die Verhältnisse in der Türkei, unseren Verbündeten, geführt haben. Als ich die **Türkei** hart kritisierte, wurde mir und anderen von Kai-Uwe von Hassel gesagt, wir sollten die Türkei nicht immer kritisieren, sondern wir sollten berücksichtigen, was dort in den letzten Jahren an Positivem geschehen sei, daß dort doch mehr Freiheit gewährt worden sei. Obwohl Gewerkschafter in der Türkei in Gefängnissen saßen und gefoltert wurden, sollten wir uns damit abfinden, weil es dort jetzt doch mehr Freiheit gebe. So sagte es damals Kai-Uwe von Hassel.

Merkwürdigerweise denken wir nie in dieser Richtung, wenn wir über den Osten reden. Dort passiert ja im Augenblick etwas. Uns geht das zu langsam, es ist noch nicht genug, aber es geschieht doch etwas in der richtigen Richtung.

(Beifall bei der SPD – Thomas Lorenzen [CDU]: Bis jetzt wird doch nur geredet; passiert ist noch gar nichts!)

Aber das, was wir für unseren eigenen Verbündeten, zum Beispiel die Türkei, in Anspruch nehmen – bei der wir also mitverantwortlich sind für das, was sie macht –, wollen wir nicht gelten lassen, wenn wir über die Sowjetunion reden. Das kann nicht richtig sein.

Ich bin der Meinung, wir sollten jetzt die Chance nutzen. Für Gorbatschow ist von ausschlaggebender Bedeutung, daß er auf dem Gebiet der Abrüstung etwas erreicht, damit er endlich finanziell in der Lage ist, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in der **Sowjetunion** zu lösen und auch mehr **Freiheit** zu gewährleisten. Denn die Bürger in der Sowjetunion

(Karl-Otto Meyer)

erfahren jetzt durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten, wie es den Bürgern anderer Länder geht, die in Freiheit leben. Deswegen muß dort mehr Freiheit gewährt werden. Von daher müssen wir diese Chance jetzt nutzen. Damit helfen wir nicht nur uns selber, sondern auf diese Weise tragen wir dazu bei, daß andere Menschen, die die Freiheit, die wir haben, noch nicht besitzen, langsam auch etwas mehr Freiheit bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Aniol.

Peter Aniol [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier nur einige Gedanken anfügen. Ursprünglich hatte ich nicht die Absicht, einen Redebeitrag zu leisten. Aber aufgrund der Diskussion sehe ich mich veranlaßt – –

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe den Satz noch nicht beendet bei einem so ernsthaften Thema, da reden Sie dazwischen.

(Beifall bei der CDU)

Auch ich habe den Wunsch und den Willen, hier eine ernsthafte Diskussion zu bestreiten. Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, ich bin schon erstaunt, daß Ihre Stärke offenbar nur im Stören besteht.

(Karl-Otto Meyer [SSW]: Du warst eben nicht so zimperlich!)

Ja, ich gebe zu, Herr Kollege Meyer, daß da meine Emotionen mit mir durchgegangen sind.

(Kurt Hamer [SPD]: Das gehört zum Parlament!)

Herr Kollege Meyer, ich gebe Ihnen recht, daß diese Diskussion nicht allein mit Zahlen geführt werden kann. Man kann dieses Thema nicht nur unter dem Gesichtspunkt von Zahlenvergleichen betrachten. Ich halte es für zu kleinkariert angelegt, wenn hier ein militärisches Zahlenspiel durchgeführt wird. Vielmehr bin ich der Meinung, daß eine ganz andere Größenordnung zur Diskussion steht.

Kollege Engholm, ich glaube auch, daß mit Ihrem Antrag im Prinzip **Grundsätze der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik** berührt werden. Ich meine nicht, daß man einen solchen Themenbereich aus der Gesamtthematik herauslösen kann. Wir sollten uns auch bemühen, darüber nachzudenken: Wo besteht bei aller Unterschiedlichkeit im Detail und auch im Grundsatz doch noch ein Konsens beziehungsweise eine Konsensbreite bei einem so wichtigen Thema?

Festzustellen ist aus meiner Sicht, daß uns seit weit über 30 Jahren das **Atlantische Bündnis** Frieden und Freiheit gesichert hat. Ich betone das ausdrücklich: Das Atlantische Bündnis hat uns hier in der westlichen Welt Frieden und Freiheit gesichert!

(Beifall bei der CDU)

Und diese Leistung, Herr Kollege Engholm, beruht nicht nur auf dem gemeinsamen Willen seiner Mitglieder zur Verteidigung, sondern auch auf dem Bekenntnis zu gemeinsamen Werten. Ich nenne hier nur die Prinzipien der Demokratie, der Herrschaft des Rechts, der sozialen Gerechtigkeit, der Menschenwürde, insbesondere der Freiheit der Person und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Das heißt: Der NATO-Vertrag beziehungsweise die Mitgliedschaft innerhalb der NATO ist nicht nur militärischer Natur. Das Atlantische Bündnis ist nicht nur eine militärische Organisation, es ist mehr.

Nun sind sicherlich unterschiedliche Strategien und Vorstellungen beziehungsweise Konzeptionen entwickelt worden, die im Laufe der Zeit der Entwicklung angepaßt worden sind. Es würde zu weit führen, hier die unterschiedlichen NATO-Strategien darzulegen. Aber fest steht, daß das gültige **Prinzip** der Abschreckung, Herr Kollege Börnsen, der **beweglichen Abschreckung** – des „flexible response"; das heißt also eine angemessene Reaktion –, nach wie vor Bestandteil unserer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist. Dabei geht es um das Prinzip, daß für den potentiellen Angreifer das Risiko unkalkulierbar bleiben muß.

Ich gebe zu, es ist richtig, daß dieses Prinzip der Abschreckung auf der Grundlage einer angemessenen Antwort auf einem zu hohen Niveau – sowohl atomar, Herr Kollege Engholm, als auch konventionell – besteht. Weiter meine ich, daß es richtig ist, intensiv über Wege und Möglichkeiten nachzudenken, damit dieses hohe Waffenniveau schnell reduziert wird.

Dabei haben wir alle Sicherheitsinteressen. Die billige ich auch dem Osten zu. Natürlich stellt sich für uns auch die Situation in besonderer Weise dar, weil wir in einem geteilten Land leben. Auch diesen Gesichtspunkt dürfen wir ja nicht vergessen. Ich glaube, Rainer Barzel hat es kürzlich mal gesagt: Wir stehen – bildlich gesehen – mit beiden Füßen im westlichen Lager, haben aber die Hände nach Osten ausgestreckt.

(Zuruf des Abgeordneten Werner Liebrecht [SPD])

– Herr Kollege Liebrecht, kommen Sie doch her und setzen Sie sich mit mir auseinander! Ich meine, wir führen doch eine ernsthafte Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin hier mit keinem vorgefertigen Konzept hergekommen, sondern sehe mich – ausgelöst durch die Debatte – veranlaßt, mit mit diesem Thema wegen seiner Ernsthaftigkeit und der Tragweite zu befassen.

(Beifall bei der CDU)

(Peter Aniol)

Das heißt, Herr Kollege Börnsen, daß ich ja zur Abrüstung sage – wobei das Prinzip der Ausgewogenheit beziehungsweise des **Gleichgewichts der Kräfte** gewahrt bleiben muß. Nur habe ich hin und wieder – nicht bei Ihnen, sondern das betrifft Teile Ihrer Partei – den Eindruck, daß man in dieser Diskussion weitergeht und durchaus bereit ist, im Rahmen dieser Überlegungen eine Vorleistung zu erbringen. Dies würde ich, Herr Kollege Engholm, nicht mitmachen können. Nach meinem Verständnis würde dadurch die Ausgewogenheit beziehungsweise die Gleichgewichtigkeit gefährdet werden.

Ich stimme Ihnen zu, daß wir neben den Bemühungen auf dem militärischem Bereich alle politischen Anstrengungen unternehmen müssen, um – sagen wir mal – die Bewußtseinslage zu verändern oder dahin zu bringen, daß die Unmöglichkeit dessen erkannt wird, was wir machen, wenn wir so weitermachen. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bedenken wir bitte, daß es nach 1945 meines Wissens – ich verbürge mich nicht unbedingt für diese Zahl – durch -zig Kriege über 20 Millionen Tote gegeben hat. Ständig ist ja irgendwo Krieg. Ich glaube, es finden zirka 20 bis 23 Kriege in der Welt statt. In der westlichen Welt hat es aber nach 1945 keinen Krieg gegeben.

Ich glaube, Herr Kollege Meyer, auch das gehört zur Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Es ist nicht möglich, daß wir die Diskussion nur auf das eine Thema – nämlich Abrüstung der atomaren Waffen bis hin zur Bereitschaft einseitiger Vorleistungen – reduzieren. Es gibt ja insbesondere auch Äußerungen von GRÜNEN und einzelnen SPD-Kollegen, die den Austritt aus der NATO – unkontrolliert und ohne Gegenleistung – gefordert haben. Das geht mir zu weit.

Von daher – so meine ich – sollten wir aus einer solchen Diskussion nicht nur Teilaspekte herausnehmen, sondern uns immer bewußt sein, daß **Frieden**, **Sicherheit** und **Freiheit** durch das **Atlantische Bündnis** beziehungsweise durch unsere Mitgliedschaft in demselben gesichert werden. Dessen sollten wir uns bewußt sein.

Wenn wir über solche Dinge – auch über militärtaktische und militärtechnische Probleme –, sprechen, kann ein Gesichtspunkt nicht ausreichen. Wir haben noch nicht über die Bedrohung aus der Luft beziehungsweise aus dem Wasser gesprochen, wo stationäre Anbindungen nicht gegeben sind. Insofern ist festzustellen, daß dieses Thema also wirklich viel komplexer ist.

Ich meinte, diese Gedanken hier vortragen zu sollen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen in der Thematik sollten wir uns auch darauf besinnen, Herr Kollege Börnsen, daß wir eine große Konsensbreite zwischen den Parteien erreichen müssen, wenn wir wirklich Erfolge erreichen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Meine Damen und Herren, zu Punkt 7 der Tagesordnung liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung über den vorgelegten Antrag, Drucksache 10/2088. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe jetzt vereinbarungsgemäß den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Finanzausstattung und Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Große Anfrage der Fraktion der SPD

Drucksache 10/1398

Antwort der Landesregierung

Drucksache 10/2188

Zur Begründung hat der Herr Abgeordnete Gunnesson das Wort.

Uwe Gunnesson [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Begründung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion über die Finanzausstattung und Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände bringe ich heute die Argumente der SPD-Fraktion ein – über 15 Monate nach der Einreichung des Fragenkataloges. Schon dieser zeitliche Abstand, meine Damen und Herren, ist nicht nur erstaunlich, ich möchte sagen, er ist fast unerträglich für das Selbstverständnis des Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Seit 1970 besteht das **kommunale Finanzausgleichssystem** ohne grundlegende Änderung. Es ist seinerzeit einvernehmlich geschaffen worden, hat aber trotzdem nicht verhindern können, daß sich ein erhebliches Auseinanderdriften kommunaler Finanzausstattungen vollzog und immer noch vollzieht. Das typische Beispiel sind die Sozialhilfekosten, die insbesondere bei den kreisfreien Städten in dieser Größenordnung entstehen.

Korrekturen, wie sie die Landesregierung etwa durch Kürzung der Verbundgrundlage oder aber 1974 durch befristete Sonderdotationen für kreisfreie Städte in der Größenordnung von 160 Millionen DM vornahm, haben die Situation zunächst einmal für alle verschlechtert und auch im umgekehrten Falle die Finanzsituation der kreisfreien Städte nicht verbessern können.

Aber auch die Finanzsituation zahlreicher Insel- und Fremdenverkehrsgemeinden und Kreise – ich nenne als Beispiel Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, man könnte auch noch Plön nennen – ist nach wie vor äußerst gespannt. Sonderdotationen, wollte man sie erneut gewähren, zeigen aber nur, daß auch die Landesregierung die Korrekturnotwendigkeit anerkennen muß.

(Uwe Gunnesson)

Sinn des Finanzausgleichsgesetzes ist es doch, letztlich finanzschwächeren Gemeinden die Möglichkeit zu geben, mit Hilfe von Ausgleichszahlungen ihre Aufgaben zum Wohle der Bürger und damit zur Erreichung gleichwertiger Lebensbedingungen für die Bürger zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, frühzeitig hat die SPD-Fraktion erkannt, daß diese Entwicklung des Auseinanderdriftens und der schwierigen **Finanzsituation** zahlreicher Gemeinden – nicht nur der kreisfreien Städte, sondern auch anderer Gemeinden – gestoppt und korrigiert werden müßte und daß die Verzerrungen und Ungleichgewichte bei Bädergemeinden und die auf die kreisfreien Städte zukommenden Finanzzusammenbrüche, insbesondere natürlich wegen der Ausgabesteigerung bei der sozialen Sicherung, verhindert werden müßten. Aber alle parlamentarischen Anläufe, die wir von diesem Plenum aus unternommen haben, scheiterten bisher daran, daß die CDU-Mehrheit alles abgelehnt hat. Ich nenne hier nur die Haushaltsanträge, die wir in den Jahren 1985 und 1986 gestellt haben. Ich nenne des weiteren unseren Antrag zum Sozialhilfelastenausgleich, der auch abgelehnt worden ist.

Die Weigerung der Landesregierung engte damit weiterhin verschärfend die kommunale Selbstverwaltung vieler Gemeinden noch weiter ein.

Das hat uns letztlich zu dieser Großen Anfrage geführt, um Sie, meine Damen und Herren – das gilt auch für die Landesregierung –, zu zwingen, die **Finanzdaten der Kommunen**, das Finanzgebaren einzelner Gemeinden und der kreisfreien Städte zur Kenntnis zu nehmen, sie überhaupt erst einmal zur Kenntnis zu nehmen und dann gemeinsam zu überlegen, wie Verzerrungen beseitigt, Fehlentwicklungen verhindert und neue Strukturen in ein neues Finanzausgleichssystem, das neue Ungerechtigkeiten möglichst verhindern soll, einbezogen werden könnten.

Wir haben dabei überhaupt nicht – das ist auch an keiner Stelle nachweisbar – nur an die kreisfreien Städte gedacht, sondern die Große Anfrage ist so aufgebaut, daß wir auf objektive Kriterien für alle Finanzdaten abgestellt haben. Wir wollen überprüfen, ob das gegenwärtige **Finanzausgleichssystem**, das einwohner- und steuerkraftabhängig ist und aus aufgabenbezogenen Zentralitätsmitteln besteht, in der bisherigen Gewichtung der Idee des eigentlichen Finanzausgleichs, nämlich wirklich die Ausgleichsfunktion wahrzunehmen, noch gerecht wird oder ob neue Strukturen, stärker aufgabenbezogen, in dieses Finanzausgleichsgesetz eingeführt werden müßten.

Aufgebaut haben wir diese Große Anfrage entsprechend als eine landesweite **Bestandsaufnahme** der bereits vorhandenen Finanz- und Strukturdaten für 158 Gemeinden, Städte und Kreise für die Jahre 1981, 1983 und 1985, um möglichst dicht an die Gegenwart heranzukommen.

Dabei sind wir von dem gesicherten Wissen ausgegangen, daß Ende 1986/Anfang 1987 die letzten Daten über Einnahmen und Ausgaben der Verwaltungshaushalte, über Einnahmen und Ausgaben der Vermögenshaushalte, über Rücklagenbestand und Verschuldung, entsprechend natürlich auch über die Einzelpositionen wie Brandschutz, Rettungsdienst, Theater, Volkshochschule und Museen, Büchereien, Jugendhilfe, Sozialhilfe und Sport, für die kreisfreien Städte, die Kreise, einschließlich der Gemeinden und Ämter – also letztlich auch die Strukturdaten – vorliegen würden. Wir sind also von dieser gesicherten Kenntnis ausgegangen, von dem gesicherten Wissen.

Wir sind weiter davon ausgegangen, daß das ganze Jahr 1986 dafür genutzt wird, um entsprechende Computerprogramme zu entwerfen, die alle diese Daten, auch die letzten von 1985, umgehend in die angeforderten Tabellenformen umsetzen, eine Annahme, die von Fachleuten – und wir haben uns beraten lassen – als realistisch und realisierbar und keineswegs als unerfüllbar angesehen wird.

18 verschiedene Tabellen zum Teil gleicher **Finanz- und Strukturdaten** haben wir angefordert, um die Finanzsituation und das Finanzgebaren der kreisfreien Städte, der Kreise und Gemeinden durchschaubarer zu machen und insbesondere die Sonderbelastungen erkennbar werden zu lassen. Nach jahrelangen Vorbereitungen sind wir dabei zu der Erkenntnis gekommen, daß Finanz- und Strukturdaten der ohnehin vom Statistischen Landesamt gesammelten Daten – in dieser Form aufgearbeitet – überhaupt erst einen Sinn ergeben, erlauben sie doch die Möglichkeit vergleichender Betrachtung, ein Instrument der Wirtschaftswissenschaften, um zum Beispiel die Aufwands-, die Ertrags- und die Kostenstruktur zu beurteilen.

Meine Damen und Herren, wir bezwecken mit unserer Großen Anfrage auch, daß endlich einmal bewährte Methoden betriebswirtschaftlicher Erkenntnisse, wie zum Beispiel **Finanzanalysen**, Eingang in das administrative und kameralistische Denken des Innenministeriums finden. Deshalb befürworten wir auch ein Finanzausgleichssystem, das sich auch an den Ausgaben im Sinne vergleichender Analysen orientiert.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Sagten Sie Ausgaben?)

– Hören Sie bitte zu, Herr Abgeordneter Lorenzen! Das ist keineswegs eine Orientierung nach der Gemeinde mit den höchsten Ausgaben und eine Bestrafung sparsamer Gemeinden, sondern umgekehrt, Herr Lorenzen, wird ein Schuh daraus. Wer uns etwas anderes unterstellt –

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Herr Abgeordneter Gunnesson, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lorenzen?

Uwe Gunnesson [SPD]:

Ich möchte den Satz noch erst zu Ende führen, dann sehr gern.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sie meinen lesen!)

(Uwe Gunnesson)

Wer uns etwas anderes unterstellt, hat die Disziplinierungsfunktion vergleichender Betrachtung überhaupt nicht erkannt.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr gut vorgelesen!)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Jetzt können Sie Ihre Zwischenfrage stellen, Herr Abgeordneter Lorenzen.

Thomas Lorenzen [CDU]: Herr Kollege Gunnesson, habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie das Finanzausgleichsgesetz in der Form ändern wollen, daß es stärker ausgabenbezogen orientiert werden soll? Da haben Sie sich doch sicherlich versprochen.

Uwe Gunnesson [SPD]:

Das haben Sie mißverstanden, wie es Ihre Kollegen bisher auch mißverstanden haben.

(Fritz Latendorf [CDU]: Wir sitzen ruhig da und hören zu!)

Ich habe gesagt „aufgabenbezogen und auch an Ausgaben orientiert im Sinne vergleichender Betrachtung".

(Fritz Latendorf [CDU]: Also doch Ausgaben!)

– Das haben Sie bisher noch nicht verstanden.

(Widerspruch bei der CDU)

– Aus den Buhmännern, die Sie jetzt gern aufbauen möchten, wird nichts. Die werden wir hier einfach umschlagen.

(Beifall bei der SPD)

Die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion stellt deshalb auch auf zwei Vergleichsmethoden ab, nämlich

1. wollen wir innergemeindliche, innerbetriebliche Vergleiche in Form eines Zeitvergleichs durchführen – dazu muß man natürlich etwas über statistische Bearbeitungsmethoden wissen –, und

2. wollen wir zwischenbetriebliche, zwischengemeindliche Vergleiche im Sinne eines Gemeindevergleichs.

Um echte Vergleiche zu ermöglichen, stellte es sich als erforderlich heraus, daß einerseits die Finanz- und Strukturdaten der **kreisfreien Städte** denen der **Kreise** einschließlich der dazugehörenden Gemeinden und Ämter gegenübergestellt werden müssen. Andererseits sollen auf der Basis des Landesentwicklungsgrundsätzegesetzes und der Regionalpläne – etwas anderes steht ja nicht zur Verfügung – Gemeinden gleicher Zentralität miteinander verglichen werden.

Wir wissen, meine Damen und Herren, daß auch die **kommunalen Landesverbände** an derartigem Zahlenmaterial großes Interesse haben. Die SPD-Fraktion wäre schlecht beraten gewesen, wenn sie nicht bereits im Vorwege alle jetzt angeforderten Aufbereitungsmethoden gemeindlicher Finanz- und Strukturdaten erprobt und konkret mit Zahlen gefüllt hätte.

So liegen uns wesentliche Erkenntnisse aus den Jahren 1978 bis 1982 vor, über die der Innenminister nicht verfügt. Ich frage mich, wie er überhaupt zu seinen Erlassen kommen konnte. Die Aussagen, die wir heute schon treffen können, sind folgende.

1. Die in der letzten Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion von 1982 zur „Finanzausstattung der Kommunen in Schleswig-Holstein" vorgenommenen vergleichenden Rechnungen von kreisfreien Städten und kreisangehörigen Städten über 20 000 Einwohnern und Kreisverwaltungen jeweils isoliert sowohl für die Verwaltungshaushalte wie für die Vermögenshaushalte sind völlig unbrauchbar, da Gebietskörperschaften mit ungleichen Aufgaben miteinander verglichen wurden.

Dasselbe gilt für die Steuereinnahmen, für die Finanzzuweisungen und ganz besonders bei den Personalausgaben der reinen Verwaltung. Die Landesregierung ist durch diese unzulässigen Vergleiche zu völlig falschen Schlüssen gekommen. Ich will es mir ersparen, das noch zu vertiefen. Hier kann man aber dem Innenministerium fast Bösartigkeit unterstellen, zumal man mit diesen Zahlenvergleichen „bewußt" Stimmung gegen die kreisfreien Städte geschürt hat.

2. Tatsächliche Vergleiche von **kreisfreien Städten** mit **Kreisen** und den dazugehörenden Ämtern und Gemeinden zeigen denn auch ein ganz anderes Bild. Ich will das an einigen Beispielen aufzeigen. Wenn man die Einzelpläne aufgliedert, so zeigt sich, daß bei dem Einzelplan 0, **Allgemeine Verwaltung**, die Kosten, das heißt die Aufwendungen pro Kopf der Bevölkerung bei den kreisfreien Städten und den Kreisen einschließlich der Ämter und Gemeinden gleich hoch liegen, bei den Kreisen einschließlich der Ämter und Gemeinden sogar etwas höher. Das muß man einmal zur Kenntnis nehmen. Bisher ist das noch nicht geschehen.

Beim Einzelplan 1, **Öffentliche Sicherheit und Ordnung**, zeigt sich – dies gilt für die Jahre 1981 und 1982, die letzten Zahlen, die wir ermitteln konnten –, daß, wenn man die kreisfreien Städte mit den Kreisen einschließlich der Ämter und Gemeinden vergleicht, natürlich die kreisfreien Städte doppelt so stark belastet sind wie die Kreise einschließlich der Ämter und Gemeinden.

Und es zeigt sich bei den **Schulen** – das haben Sie möglicherweise auch noch nicht zur Kenntnis genommen –, daß die Kreise einschließlich der Ämter und Gemeinden stärker belastet sind als die kreisfreien Städte. Auch diese Erkenntnisse sind bisher noch nicht in Ihr Bewußtsein eingegangen, meine Damen und Herren.

Dies sind neue Erkenntnisse. Schon heute läßt sich sagen, daß die wesentlichen Ausgabenunterschiede in den unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten der Gebietskörperschaften begründet liegen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Herr Abgeordneter Gunnesson, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

Uwe Gunnesson [SPD]:

Bitte sehr!

Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Herr Kollege Gunnesson, man kann ja nur Gleiches mit Gleichem vergleichen.

(Zuruf von der SPD: Fragen stellen!)

Sind Sie nicht meiner Meinung, daß dieser Vergleich, den Sie eben herbeigeführt haben, nun wirklich nicht zieht?

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen.

– Sie sollten vielleicht zunächst Ihre Gedanken etwas ordnen, Herr Kollege Harms, dann sollten Sie zuhören, was ich sage, und dann können Sie vielleicht eine weitere Frage stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole: Schon heute läßt sich sagen, daß die wesentlichen Ausgabenunterschiede in den unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten der Gebietskörperschaften begründet liegen.

Im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung haben die kreisfreien Städte durch **Berufsfeuerwehr** und **soziale Struktur** wesentlich höhere Ausgaben je Kopf zu leisten. Das muß man wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Heinrich Hagemann [CDU])

Wir haben alles auf den Kopf der Bevölkerung abgestellt.

Im Bereich der **Schulen** zeigt sich, daß offensichtlich eine höhere Belastung bei den Kreisen vorliegt. Nach weiteren Erkenntnissen haben wir gefragt, deshalb haben wir ja die Große Anfrage zusammengestellt und entsprechende Fragen formuliert.

Im Bereich der Wissenschaft, Forschung und Kultur sind die Städte als kulturelle Zentren für **Theater**, **Museen**, **Volkshochschulen** und so weiter ganz anders gefordert als die Kreise und die dazugehörenden Gebietskörperschaften. Auch das muß man feststellen. Hier liegen die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung etwa vier- bis fünfmal so hoch.

Für den Bereich der **sozialen Sicherung** haben wir Zahlen von 1978 bis 1981/82. Darüber haben wir nun allerdings bereits genügend diskutiert, und wir haben deshalb nun auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Hier liegen die Belastungen bei den kreisfreien Städten insgesamt zwei- bis zweieinhalbmal so hoch.

Damit mag es der Zahlen genug sein, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Wir haben Ihnen eine Große Afrage präsentiert, die zum erstenmal in einem Bundesland gemeindliche Finanzpolitik durchschaubar machen soll, die die finanziellen Auswirkungen der unterschiedlichen gemeindlichen Aufgabenerfüllung aufzeigt – insbesondere bei kulturellen, sozialen und sportlichen Aufgabenstrukturen – und die auch nach Ausgaben für den öffentlichen Personennahverkehr, die Häfen und den Fremdenverkehr fragt. Aufgrund bereits vorliegender Erkenntnisse befürwortet die SPD-Landtagsfraktion ein neues **System kommunalen Finanzausgleichs** auf gesetzlicher Grundlage, das sich stärker nach den Aufgaben der Kommunen richtet, Herr Lorenzen, und sich auch – vielleicht verstehen Sie das etwas deutlicher – an Einnahmen und Ausgaben orientiert.

(Thomas Lorenzen [CDU]: Ich wollte das gar nicht glauben!)

Die landesweite Bestandsaufnahme der Finanz- und Strukturdaten soll der erste Schritt zur Veränderung des Finanzausgleichsgesetzes sein.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Egon Schübeler:

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Herrn Innenminister das Wort.

Karl Eduard Claussen, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es tut mir leid, Herr Gunnesson, daß ich die Große Anfrage nicht in dem Umfang habe beantworten können, wie Sie es gewünscht haben, aber die technischen Möglichkeiten sind im Augenblick einfach nicht vorhanden. Wir haben in unserem **Statistischen Landesamt** keine zentrale Datenbank, aus der wir je nach Bedarf entsprechende Tabellen abrufen können. Sobald das Statistische Landesamt in der Lage ist, diese Tabellen aufzustellen – das Amt ist dabei –, werden wir aber selbstverständlich dieses ganze Zahlenwerk dem Parlament, den Fraktionen vorlegen. Wir haben deshalb unsere Antwort auf das beschränkt, was man ohne diese Zahlen beantworten kann.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Zeit genug haben Sie gehabt!)

Sie haben in Ihrer Begründung, Herr Gunnesson, darauf hingewiesen, daß Dreh- und Angelpunkt ihrer Großen Anfrage die Frage ist, welche Folgerungen allgemein aus einem solchen Zahlenwerk für die Gestaltung des künftigen **kommunalen Finanzausgleichs** zu ziehen sind, und Sie haben uns gefragt, welche Folgerungen wir daraus ziehen werden.

Ich glaube, daß die Antwort auf eine solche Frage im Grunde eine politische Antwort sein muß. Sie ist – und das ist meine feste Überzeugung – nicht einfach errechenbar aus 230 000 Einzeldaten, aus einem Zahlenwerk, das den Umfang von fünf bis sechs statistischen Jahrbüchern hat. Die Antwort muß man aus dem Stellenwert finden, den die **kommunale Selbstverwaltung** in unserem Staatsaufbau einnehmen soll.

(Minister Karl Eduard Claussen)

Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen – Sie haben ja so gefragt, Herr Gunnesson, und Herr Lorenzen hat noch einmal dazwischengefragt –: Die Landesregierung lehnt eine Umgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs ab, die die Finanzausgleichszuweisungen dem Grunde nach vorrangig von den von den Kommunen selbst bestimmten Aufgaben und der Höhe nach von den insofern von den Kommunen selbst bestimmten Ausgaben abhängig macht.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen also keinen aufgaben- und ausgabenbezogenen Finanzausgleich. Ich sage das auch deshalb so deutlich, weil mir scheint, daß hier wirklich ein grundlegender Unterschied in unseren Auffassungen von kommunalem Finanzausgleich besteht. In der Ihnen vorliegenden Antwort wird dieser Standpunkt der Landesregierung sehr ausführlich erläutert.

(Präsident Rudolf Titzck übernimmt den Vorsitz)

Ich will mich deshalb damit hier nur kurz befassen.

Erstens: Eine stärkere Ausrichtung der Finanzzuweisungen auf die Aufgaben und damit auch auf die Ausgaben der Kommunen müßte doch zwangsläufig vorwiegend zu Lasten der **steuerschwachen Gemeinden** und damit auch zu Lasten der strukturschwachen Gebiete unseres Landes gehen.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU])

Es müßten dann nämlich – wie sollte das auch anders funktionieren – die einwohner- und steuerkraftabhängigen Zuweisungen gekürzt werden. Aber gerade diese Zuweisungen sind es doch, die insbesondere die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Kommunen gewährleisten. Deshalb haben sie für diese eine große Bedeutung.

Zweitens: Eine verstärkte Orientierung der Zuweisungen an den von wem auch immer bestimmten Aufgaben und den damit verbundenen tatsächlichen Ausgaben würde doch die **sparsam wirtschaftenden Gemeinden** zu Lasten der großzügiger wirtschaftenden Gemeinden und der ausgabefreudigen Gemeinden benachteiligen.

Das heißt, um es einmal drastisch zu sagen, meine Damen und Herren: Ein System, das dem, der viel Geld ausgibt, viel Geld gibt, und dem, der wenig Geld ausgibt, wenig Geld gibt, ist ein System, das wir für den Finanzausgleich für verhängnisvoll halten und nicht wollen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Schließlich muß bei einer solchen Umgestaltung des Finanzausgleichs über die **Aushöhlung der kommunalen Finanzverantwortung** hinaus auch großer Schaden für die kommunale Selbstverwaltung selbst insgesamt befürchtet werden, da bei einer Koppelung von Aufgaben und Ausgaben mit den Finanzzuweisungen die Möglichkeit, frei über die Verwendung der Mittel zu entscheiden, erheblich eingeschränkt würde. Je mehr man nämlich die Aufgaben und die damit verbundenen Ausgabebelastungen zum Anknüpfungspunkt für Finanzausgleichsleistungen macht, um so mehr nimmt man Einfluß auf Art um Umfang der Aufgabenwahrnehmung der Kommunen.

Kurz gesagt, meine Damen und Herren: Die Landesregierung lehnt eine **Umstrukturierung des Finanzausgleichs** nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion, wie sie Herr Gunnesson eben vorgetragen hat, ab; denn diese Umstrukturierung ist unsachgemäß im Hinblick auf die steuerschwachen Gemeinden und die strukturschwachen Gebiete, sie ist ungerecht gegenüber den sparsam wirtschaftenden Gemeinden, und sie ist auch, als Folgerung aus diesen beiden Punkten, verfassungsrechtlich bedenklich im Hinblick auf Artikel 42 unserer Landessatzung.

Die Landesregierung hält demgegenüber an den bewährten Prinzipien des schleswig-holsteinischen Landesfinanzausgleichs fest.

Erstens. Das Verhältnis zwischen den nicht aufgabenbezogenen und den aufgabenbezogenen **Zuweisungen** soll ausgewogen sein. Das ist jetzt der Fall. Wenn Sie sich diese Zahlen unter Einbeziehung der Zuweisungen außerhalb des Finanzausgleichs – denn auch das sind ja Ausgleichsmittel im weiteren Sinne; der Finanzminister weist ja immer wieder darauf hin –, also unter Zusammenrechnung beider Positionen ansehen, dann werden Sie feststellen, daß von den gesamten Zuweisungen des Landes an die Kommunen 47 % auf nicht aufgabenbezogene und 53 % auf aufgabenbezogene Zuweisungen entfallen. 1987 waren das insgesamt 1 760 000 DM, und damit werden die Gemeinden finanziell so ausgestattet, daß das, was in unserer Landessatzung in Artikel 42 steht, wirklich realisiert wird: Danach soll sowohl die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände gewährleistet als auch ein Ausgleich einer unterschiedlichen Belastung mit Aufgaben sichergestellt sein.

Zweitens. Nach diesem ersten Prinzip der Ausgewogenheit zwischen aufgaben- und nichtaufgabenbezogenen Ausgaben haben die **allgemeinen Zuweisungen** Vorrang vor den Zweckzuweisungen, und unser schleswig-holsteinisches Finanzausgleichsgesetz zeichnet sich eben durch einen hohen Anteil der allgemeinen, frei verfügbaren Finanzzuweisungen an die Kommunen aus. Über 85 % der Finanzausgleichsmasse sind frei verfügbare Mittel, und wenn man die anderen Mittel außerhalb des Finanzausgleichs wieder hineinrechnet, dann sind immer noch mehr als 60 % der Gesamtzuweisungen Mittel, über die die Gemeinden frei entscheiden können. Das heißt, die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Gewährleistung einer größtmöglichen Handlungsfreiheit der kommunalen Gremien ist das Ziel unserer Finanzausgleichspolitik, und ich glaube, daß die Kommunen und die Bürger unseres Landes gut damit gefahren sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, daß sich die **Finanzausstattung der Gemeinden** in-

(Minister Karl Eduard Claussen)

samkeit, seine Gerechtigkeit überprüfen müssen. Wenn die Wirksamkeit und die Gerechtigkeit nicht mehr gegeben waren, dann haben wir eine Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes vorgenommen.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD])

Seit 1970, seit der grundlegenden Umgestaltung des Finanzausgleichsgesetzes, hat es einige solcher Änderungen im Finanzausgleichsgesetz gegeben. Ich glaube, daß die grundsätzliche Frage, ob wir unser Finanzausgleichssystem, das wir jetzt haben, das wir 1970 eingeführt haben, aufgeben und zu den Regelungen von vor 1970 zurückkehren sollten, von niemandem positiv beantwortet wird.

(Werner Liebrecht [SPD]: Das will ja kein Mensch!)

Das heißt, die Änderungen in der Vergangenheit seit 1970 hatten in der Regel die Aufgabe, die **Finanzsituation der kreisfreien Städte** zu verbessern. Mit der Gesetzesnovelle von 1974 haben wir den Schulbeitrag wegfallen lassen; die Änderung von 1980 hat die Erhöhung der Zentralitätszuweisungen für die kreisfreien Städte gebracht, hat Theaterzuschüsse für Kiel und für Lübeck gebracht, und die Finanzausgleichsänderung von 1984 - das hat Herr Gunnesson schon erwähnt - hat besondere Hilfen in Höhe von 160 Millionen DM für die kreisfreien Städte vorgesehen.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Die Theaterzuschüsse haben Sie nur in den Finanzausgleich hineingeschmuggelt! Die waren vorher bei den Landesmitteln!)

- Sie sind doch aber deutlich erhöht worden.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Sie haben sie aber nicht erbracht, sondern verschoben! - Zuruf des Abgeordneten Werner Liebrecht [SPD])

- Lieber Herr Klingner, ich sage ja gerade, daß wir im Bereich des Finanzausgleichs immer wieder überprüft haben, ob Wirksamkeit und Gerechtigkeit nach den Prinzipien der Landessatzung gegeben sind. Wenn wir feststellen, daß die Verteilung nicht mehr den Notwendigkeiten entspricht, dann haben wir diese Verteilung geändert, und wir haben in allen diesen Fällen zugunsten der kreisfreien Städte und zu Lasten aller anderen Gemeinden diese Verschiebung innerhalb des Finanzausgleichs vorgenommen. Wir haben darüber hinaus in dem Haushaltsgesetz für das Jahr 1987 auch aus dem Landeshaushalt besondere Mittel, nämlich 13,5 Millionen DM, für die kreisfreien Städte bereitgestellt. Wir haben also über den Finanzausgleich hinausgehend noch etwas zusätzlich getan.

Meine Damen und Herren, dies alles waren Hilfen, die den Finanzausgleich in seiner Struktur nicht berührt haben. Deshalb glaube ich auch, daß diese Hilfen für die kreisfreien Städte von den anderen Kommunen - manchmal zwar murrend - immer mitgetragen worden sind. Deshalb sollten wir die Hilfe für die kreisfreien Städte auch erneut innerhalb der Struktur unseres Finanzausgleichsystems finden.

Ich wiederhole mich: Die kreisfreien Städte bedürfen nach unserer Auffassung auch jetzt wieder aufgrund der inzwischen eingetretenen Finanzlage der Hilfe. Das Land und - ich bin nach den langen Diskussionen eigentlich davon überzeugt - auch die Gesamtheit der übrigen Kommunen sind im Prinzip zu einer Hilfe bereit. Über den kommunalen Finanzausgleich soll diesen Erfordernissen - Sie fragten eben danach, Herr Marschner - gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode Rechnung getragen und entsprochen werden, dies schon mit Wirkung für das Jahr 1988. Dies ist unsere Absicht. Ich habe diese Absicht auch wiederholt allen kommunalen Landesverbänden zur Kenntnis gebracht.

Daß nun die in diesem Zusammenhang genannten Zahlen skeptisch von denen gesehen werden, zu deren Lasten das gehen muß, ist nur zu verständlich. Ich war ja auch einmal ländlicher Bürgermeister.

(Horst Hager [SPD]: Das waren noch Zeiten!)

Ich kann deshalb die Vorbehalte gegen diese Regelung verstehen. Sachlich sind diese Vorbehalte aber nicht gerechtfertigt.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, das waren in der Tat noch Zeiten.

(Manfred Sickmann [SPD]: Die Chancen steigen! Sie werden es bald wieder! - Heiterkeit)

- Nein, nein, geben Sie sich keinen Hoffnungen hin. Wir wollen darüber hier nicht streiten. Das wird - -

(Wilhelm Marschner [SPD]: Die Stelle ist auch besetzt! - Dr. Klaus Klingner [SPD]: Das entscheiden andere!)

- Wie bitte?

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Das entscheiden andere!)

- Das entscheiden andere. Das wollte ich gerade sagen. Das entscheiden die Wähler am 13. September, und dann werden Sie sehen - -

(Karl-Otto Meyer [SSW]: Politiker ohne Hoffnung gibt es doch nicht! - Heiterkeit)

- Das ist ja das Schöne, Herr Meyer. Deshalb möchte ich Herrn Hager und Herrn Klingner und all den Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite des Hauses die Hoffnung nicht nehmen. Ich sage nur: Geben Sie sich nicht zu sehr falschen Hoffnungen hin; die Enttäuschung ist dann möglicherweise um so größer.

(Horst Hager [SPD]: Wir werden sehen!)

- Na ja!

Ich möchte zum Finanzausgleich sagen, daß die Einwände, die aus den anderen kommunalen Landesverbänden kommen, verständlich sind, aber sie sind nach meiner Meinung nicht gerechtfertigt; denn

(Minister Karl Eduard Claussen)

folge dieser eben kurz geschilderten Politik der Landesregierung in den letzten Jahren nicht schlecht entwickelt hat. Sie hat sich in der Tat seit 1981 auch erheblich verändert:

1. Die **Schlüsselzuweisungen** sind seit 1981 erheblich, nämlich um etwas mehr als eine Viertelmilliarde DM gestiegen. Sie betragen in diesem Jahr 1 123 000 000 DM, und dabei sind die Mittel, die wir für die Erledigung der Sozialhilfeaufgaben übertragen haben, nicht mit eingerechnet.

2. Die **Zuweisungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs** sind seither um 60 Millionen DM auf jetzt 420 Millionen DM gestiegen. Ich glaube, auch das ist eine beachtliche Leistung des Landes für die Gemeinden.

3. Schließlich muß ich, wenn man von der Finanzsituation der Gemeinden redet, auch noch erwähnen, daß sich der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** in diesem Zeitraum um 170 Millionen DM auf 1,032 Milliarden DM in 1986 erhöht hat. Wir erwarten in diesem Jahr einen weiteren deutlichen Anstieg auf 1,1 Milliarde DM.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr beachtlich!)

Damit, meine Damen und Herren, sind entscheidende Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die Finanzlage der Gesamtheit der Kommunen in den letzten Jahren durchaus zufriedenstellend entwickeln konnte.

Es hat – das muß man dankbar feststellen – erfreuliche Konsolidierungsfortschritte gegeben. Ergebnis ist: Nach wie vor tragen unsere Gemeinden mit 1187 DM je Einwohner – das war Ende 1986 – weit weniger Schulden pro Kopf der Bevölkerung als die Kommunen in den meisten anderen Flächenländern. Es gibt deshalb im kommunalen Bereich auch keine Probleme, die Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes grundsätzlicher Art erfordern.

Sehen Sie sich in unserem Land um: Von den meisten Fachkundigen, die vom Finanzausgleichsgesetz etwas verstehen, wird unser Finanzausgleichssystem grundsätzlich nicht in Frage gestellt.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Das bedeutet jedoch nicht, daß es keine Finanzprobleme einzelner Kommunen gibt.

(Latendorf [CDU]: Das geht quer durch alle Schichten!)

– So ist es. Quer durch alle Schichten gibt es diese Probleme, aber wir wissen insbesondere um die finanziellen Probleme der **kreisfreien Städte**.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Der Landesrechnungshof auch!)

– Der Landesrechnungshof auch!

Dies sind jedoch keine Probleme, meine Damen und Herren, die die bewährten Prinzipien des Finanzausgleichs berühren. Zunächst einmal – ich habe das immer wieder gesagt – sind die kreisfreien Städte auch selbst gefordert. Die weitgehend auch den kreisfreien Städten zweckbindungsfrei gewährten Zuweisungen beinhalten eben auch eine erhebliche Portion Eigenverantwortung, eine Eigenverantwortung, mit den vorhandenen Mitteln so zu wirtschaften, daß man damit auskommt. Nicht nur der Landesrechnungshof, verehrter Herr Kollege, auch der Bund der Steuerzahler hat sich ja gelegentlich mit diesem Problem beschäftigt. Ich will nun durchaus nicht sagen, daß alle kritischen Hinweise richtig sind; davon bin ich weit entfernt. Aber, Herr Marschner, man muß ja mindestens diese Hinweise in jedem Fall einmal prüfen und diskutieren. Da sind wir uns sicherlich einig.

Ich bin aber auch weit davon entfernt – ich habe das immer wieder gesagt – zu sagen, daß die Finanzsituation der kreisfreien Städte hausgemacht ist. Ich betone auch heute: Es gibt finanzielle Probleme, die sich aus der Struktur der kreisfreien Städte ergeben haben. Die Haushaltsprobleme der kreisfreien Städte sind überwiegend in einer besonderen Situation entstanden. Zur Lösung dieser besonderen Situation brauchen wir deshalb besondere Maßnahmen.

(Wilhelm Marschner [SPD]: 1990?)

Diese besondere Situation – ich komme gleich darauf, Herr Marschner! – ist einfach aus der Entwicklung in den kreisfreien Städten heraus entstanden, und diese Entwicklung ist anders gelaufen als in den anderen Städten und Gemeinden unseres Landes. Da gibt es ein paar Fakten; ich will nur zwei, drei nennen.

Da ist einmal der **Einwohnerrückgang**. Wir haben in den letzten zehn, fünfzehn Jahren über 70 000 Einwohner in den kreisfreien Städten verloren. Das wirkt sich unmittelbar natürlich auf die Schlüsselzuweisungen aus, und es wirkt sich unmittelbar auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aus.

Dann gibt es die wenig befriedigende Entwicklung bei den Einnahmen aus der **Gewerbesteuer**. Weiter gibt es – das möchte ich besonders unterstreichen – die hohen **Sozialhilfebelastungen**. Einiges mehr wäre zu nennen. Es gibt also strukturelle Probleme. Darüber, Herr Gunnesson, brauchen wir gar nicht zu streiten; ich habe das immer wieder so gesagt. Ich habe das auch bei Vorträgen vor dem Landkreistag, vor dem Städtebund gesagt, und ich habe das auch bei Vorträgen vor dem Gemeindetag gesagt. Ich habe – ich erwähne das nur, weil Sie das noch einmal sagten – davor gewarnt, nun eine emotionale Front gegen die kreisfreien Städte aufzubauen, weil uns das nicht weiterbringt. Ich habe überall, in allen anderen kommunalen Bereichen um Verständnis für die kreisfreien Städte geworben. Ich hoffe, daß sich in der Diskussion der letzten eineinhalb bis zwei Jahre dieses Verständnis auch langsam entwickelt hat.

Die Finanzprobleme der kreisfreien Städte müssen also durch besondere Maßnahmen gelöst werden. Dies ist aber leider nichts Ungewöhnliches und nichts Einmaliges. Der **kommunale Finanzausgleich** ist von uns ja auch nie statisch gesehen worden, sondern wir haben das immer so gesehen, daß wir unter Wahrung der bewährten Grundprinzipien seine Wirk-

(Minister Karl Eduard Claussen)

über eines müssen wir uns klar sein: Finanzzuweisungen sind kein Besitzstand, sondern Finanzzuweisungen können entsprechend den Notwendigkeiten jeweils geändert werden.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es so, daß der Finanzausgleich seiner Aufgabe nur gerecht wird, wenn die Finanzzuweisungen immer so bemessen sind, daß jede Gemeinde in die Lage versetzt wird, die unbedingt notwendigen Aufgaben für die Bürger auch tatsächlich zu erfüllen.

Die angekündigte **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes** mit Umschichtungen schon für 1988 soll die Einnahmesituation der kreisfreien Städte grundlegend verbessern. Sie wird an der bewährten Grundkonzeption des Finanzausgleichsgesetzes aber wiederum nichts ändern. Ziel wird es sein, vor allem die allgemein frei verfügbaren **Zuweisungen für die kreisfreien Städte** deutlich anzuheben. Es soll aber – das ist wirklich meine Überzeugung – nicht vorgeschrieben werden, wofür wie viele Mittel in den kreisfreien Städten ausgegeben werden können. Die kreisfreien Städte sollen – um es einmal andersherum zu sagen – aus ihrer **kommunalen Selbstverantwortung** nicht entlassen werden. Sie sollen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und auch für ihre Finanzen weiterhin selbst verantwortlich bleiben; denn – das ist etwas, was eigentlich selbstverständlich ist – auch die kreisfreien Städte haben Anspruch auf kommunale Selbstverwaltung. Sie sind Teil der kommunalen Familie. Deshalb haben sie auch Anspruch auf die Solidarität der übrigen Kommunen, aber auch auf die Unterstützung des Landes. Das Land wird ihnen – wie bisher – diese Unterstützung gewähren.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Dr. Klingner, Sie haben das Wort.

Dr. Klaus Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß mit einer unangenehmen Angelegenheit beginnen. Ich denke, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, daß ich für Sie alle spreche, wenn ich sage, daß die Landesregierung zu rügen ist, weil sie es in fast 16 Monaten nicht geschafft hat, die Anfrage einer Fraktion dieses Hohen Hauses sachgerecht zu beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Zu rügen ist, daß die Landesregierung die erfragten Tatsachen nicht nennen kann oder nicht nennen will, obwohl – wie wir wissen – diese Tatsachen beim **Statistischen Landesamt** bekannt sind. Alles, was jetzt zur Bewertung von Fakten gesagt wird, ist deswegen zu einem erheblichen Teil Rühren im Kaffeesatz, weil wir Fakten bewerten, die wir noch nicht kennen. Wir müssen die erfragten Fakten kennen; dann können wir daraus Bewertungen ableiten, Schlüsse ziehen und Ergebnisse erzielen, die letztlich – das ist richtig – eine politische Bewertung erfordern. Die politische Bewertung darf sich aber nicht auf das Rühren im Kaffeesatz beziehen, sondern muß auf konkrete Fakten Bezug nehmen, wie sie von der Fraktion der SPD erfragt worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, so ein Statistisches Landesamt ist eine notwendige Angelegenheit. Wir verstehen diese Einrichtung nicht als Datenfriedhof, wo die Erkenntnisse irgendwo abgeheftet sind, sondern sie sollen zur Verwendung durch Regierung, Verwaltung und Parlament zur Verfügung stehen. Das Monitum des Landesrechnungshofs in dieser Richtung ist ja durchaus angemessen und unterstreicht, was wir hier gesagt haben, nämlich daß wir keinen Datenfriedhof brauchen, sondern verwendbare Daten, um auf den politischen Bewertungen aufbauen zu können.

Meine Damen und Herren, wenn sich die Erfahrung, die wir jetzt machen, auch auf die Ergebnisse der Volkszählung erstreckt, sind die Aussagen, die Sie und andere hier getroffen haben, was mit den Daten anzufangen ist, außerordentlich leichtsinnig. Ich sehe dem, was daraus wird, mit Spannung entgegen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Tatsachen statt Werturteile! Die Landesregierung hat versagt, als von ihr mit dieser Großen Anfrage – es war wirklich eine Große Anfrage; sie mußte es sein – Leistung statt Öffentlichkeitsarbeit verlangt worden ist. Wo Leistung verlangt wurde, hat die Landesregierung versagt. Diese sogenannte Antwort ist Nichterfüllung des Auftrages. Das, was hier als Antwort bezeichnet wird, ist wegen Nichterfüllung des vom Parlament gestellten Auftrages zurückzuweisen. Das, was hier nicht geleistet worden ist, ist eine Mißachtung des Parlaments.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Anlaß – nicht der Grund; ich bitte, das zu unterscheiden – ist die bekannte Schieflage in den **Finanzen der kreisfreien Städte** und weiterer Kommunen – das möchte ich betonen. Der Kollege Gunnesson hat es bezeichnet. Dabei gebe ich dem Innenminister insoweit recht, als bei den weiteren Kommunen eine Behebung der Mängel mit Bordmitteln ohne weiteres möglich erscheint – ohne Eingriff in die Struktur des Finanzausgleichs. Wie man das – bei der Größenordnung der Schieflage und so, wie sie sich verschärft hat – bei den kreisfreien Städten darstellen will, wie man dort ohne Struktureingriffe klarkommen will, dem sehe ich mit Neugier entgegen. Mir ist klar, daß dies nicht mit Bordmitteln behebbar ist, mit zeitweiligen oder begrenzten Maßnahmen am System vorbei. Die Größenordnung des Problems – so denke ich – verbietet das. Ich glaube, das wäre eine Illusion.

Die **Deckungslücke** der kreisfreien Städte beträgt jetzt über 100 Millionen DM. Im vergangenen Jahr waren es fast 100 Millionen DM, und 1987 sind es 125 Millionen DM. Der Landesrechnungshof – ich bitte, sich die Denkschrift von diesem Jahr noch

(Dr. Klaus Klingner)

einmal anzusehen – hat festgestellt, daß die Monita, die es da gegeben hat, im wesentlichen behoben sind. Deshalb ist diese Deckungslücke im wesentlichen unvermeidbar gewesen, so daß also – insoweit stimme ich mit dem Innenminister überein – Abhilfe durch das Land aus den kommunalen Mitteln geschaffen werden muß. Die Deckungslücke ist – wie gesagt – so groß – und sie wächst ungeachtet der Maßnahmen, die hier bezeichnet worden sind –, daß dort dringend etwas geschehen muß.

Ein Weiteres! Auf der rechten Seite und bei der Regierungsbank werden Sie noch – wenn Sie es denn machen müßten – –

(Peter Aniol [CDU]: Davon kann man ausgehen! – Thomas Lorenzen [CDU]: Das hoffen die Kommunen!)

Umgekehrt: Wir alle werden uns noch deshalb die Zähne daran ausbeißen, weil der günstigste Zeitpunkt für eine **Reform des Finanzausgleichs** verpaßt worden ist. Es ist zutreffend beschrieben worden, wie die Ausgleichsmasse in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Das war ein Zeitraum, in dem sich Änderungen schmerzfrei darstellen ließen. In dem Moment, in dem die Ausgleichsmasse nicht mehr wächst, fängt es an zu kneifen, und dieser Zeitpunkt ist gekommen.

Ohne weiteres ergibt sich das aus den **Steuerschätzungen**. Das Minus 1987 des Landes einschließlich der Finanzausgleichsmittel von 161 Millionen DM und das für 1988 vorausgesagte Minus von 200 Millionen DM übersteigen mit den sich daraus ergebenden Belastungen des Finanzausgleichs den Zuwachs, der in unserem Finanzplan vorausgesagt worden ist, so daß auch ohne gesetzliche Maßnahmen die Ausgleichsmasse 1988 kleiner ist als 1987. Nun gehen wir daran und sagen, daraus müsse jetzt noch Hilfe für für die kreisfreien Städte geschnitten werden. Das wird eine außerordentlich schwierige Operation. Ich sage es noch einmal: Durch die Verweigerungshaltung von Landesregierung und CDU, die in den Jahren mit Zuwachs diese Operation verneint haben, kommen wir alle in eine außerordentlich schwierige Situation. Ich muß rügen, wenn die Landesregierung ihr Wissen um die Zusammenhänge der Fraktion der CDU nicht hinreichend nahegebracht hat, um das in den Jahren 1985, 1986 und Anfang dieses Jahres, als wir dringend **Ausgleichsmaßnahmen** gefordert haben, durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich nehme an, daß die Landesverwaltung und der Innenminister wußten, was auf uns zukommt. Sie haben es nicht gewollt oder nicht geschafft, zur rechten Zeit das Nötige zu tun.

(Beifall des Abgeordneten Gert Börnsen [SPD])

Das hat uns die sich vergrößernden Lücken bei den kreisfreien Städten eingebracht und den Zustand, daß bei schrumpfender Ausgleichsmasse solche Ausgleichsoperationen nötig sind.

Meine Damen und Herren, wir erleben es in diesen Tagen wieder, daß eine wichtige Aufgabe nicht erledigt worden ist, weil sie eine politische Anstrengung erforderte, zu der CDU und Landesregierung unfähig waren. Es fehlt der Rechten dieses Hauses – das ist das, was ihr zu sagen ist – an Sachkompetenz.

(Beifall der Abgeordneten Gisela Böhrk [SPD])

Sie stellt politische Taktik über das Notwendige.

In diesem Zusammenhang noch eines! Die Landesregierung – das geht nicht an die Mehrheitsfraktion, sondern an die Regierung – ist aufgefordert, auch in dieser Debatte Klarheit über die Finanzlage von Land, Städten und Gemeinden zu schaffen. Wenn wir über Finanzausgleich reden, muß Klarheit über den Umfang der **Ausgleichsmasse** jetzt und in naher Zukunft geschaffen werden. Ohne daß wir wissen, wie groß die Masse ist, und ohne daß die Regierung Klarheit darüber schafft – das ist deren Aufgabe –, reden wir hier zwar nicht über ungelegte Eier – das will ich nicht sagen –, aber da sind wir wieder beim Kaffeesatzrühren.

Ich darf die Zahlen, die mir bekannt sind, nennen, verbunden mit der Aufforderung an die Landesregierung, diese zu ergänzen.

Die jüngste **Steuerschätzung** bedeutet einen Einbruch für die Landesfinanzen einschließlich Finanzausgleich von 830 Millionen DM bis 1990. Das ist kein Kleingeld mehr. Dazu kommen Verluste für die Gemeinden bei den eigenen Steuereinnahmen, die ich nicht kenne, die ich aber mit 300 Millionen DM und mehr bis 1990 annehmen muß.

Nun kann es – ich denke, darüber sollten wir uns einig sein – nicht hingenommen werden, daß sich die Landesregierung bis zum 13. September – das Datum ist schon genannt worden – drückt sowohl um die Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung als auch um die Eckdaten für den Haushalt 1988 als auch um die Berechnung der Ausfälle für die Kommunen als auch um einen Haushaltserlaß als Grundlage für die Aufstellung der kommunalen Haushalte.

Ich habe den Eindruck, Herr Innenminister, Herr Finanzminister, daß Sie dies alles nur vor sich herschieben, weil Sie nicht wollen, daß das Finanzchaos, das die Bundesregierung mit Hilfe dieser Landesregierung angerichtet hat, hier vor dem 13. September in aller Deutlichkeit vor Augen tritt.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört auch eine Aufforderung an die Landesregierung, wie wir sie schriftlich formuliert hatten, eine weitere Schwächung der Landes- und Kommunalhaushalte durch den Bundesminister der Finanzen, Dr. Stoltenberg, im Bundesrat abzublocken.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit Wohlwollen die Haltung der Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur Kenntnis genommen. Darin finden Sie unsere Unterstützung. Nur, meine Damen und Herren – –

(Minister Karl Eduard Claussen: Na also!)

– Soweit, so gut!

(Dr. Klaus Klingner)

Wir sehen aber auch mit sehr großem Interesse, wie lange die Landesregierung diese Haltung gegenüber dem Landesvorsitzenden der CDU durchhält. Denn der hat entschieden gesagt, das wolle er nicht. Wieweit der Mut vor Königsthronen reicht, haben wir in der Vergangenheit gelegentlich erfahren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen unser Antrag, hier möglichst einvernehmlich die Haltung des Hauses zur Unterstützung der bisherigen Einstellung der Landesregierung in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen!

Nun gibt es dazu Äußerungen. Der Landesfinanzminister hat kürzlich in Ostholstein dazu gesagt:

„Wir müssen uns überlegen, wie wir im Bereich der Ausgaben mit dieser Situation fertig werden".

Ich habe aber auf der anderen Seite ein paar Texte über den Ministerpräsidenten: „Großzügiger Gast auf Helgoland"; „Mehrere Millionengeschenke"; „60 Milliarden öffentliche Bauinvestitionen". Ich habe noch mehr solcher Zettel. Die älteren kennen Sie alle schon.

Was besagt dies alles vor dem Hintergrund der Lücke, die ich eben beschrieben habe und die für das Land mittelfristig 1,5 Milliarden DM ausmacht und zu der die Lücke bei den Kommunen hinzukommt? Wir sehen das Finanzchaos, das Bund und Land angerichtet haben,

(Beifall des Abgeordneten Uwe Gunnesson [SPD])

und da streut der Herr Ministerpräsident – andere tun es ihm dann nach – die Geschenke aus. Hier ist ein bißchen mehr Klarheit erforderlich. Ich will hinzufügen – –

(Fritz Latendorf [CDU]: Was sagen Sie zu den Forderungen aus Ihren Reihen? Das ist doch genau dasselbe! – Beifall bei der CDU – Fritz Latendorf [CDU]: Überall, wo ich hinkomme, muß ich bremsen, und Sie haben schon Vollgas gegeben, ohne daß Sprit im Tank ist!)

– Wir sind nicht so leichtsinnig, den Bürgern und Bürgerinnen dieses Landes zu versprechen, daß wir sie von Steuern in Höhe von 600 Millionen DM im Jahr – allein auf Schleswig-Holstein bezogen – entlasten können. Zu solchen leichtfertigen Versprechungen sind nur Herr Stoltenberg und die CDU in der Lage.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen zwar auch nicht, wie sie das decken sollen, aber versprechen kann man ja immerhin einmal.

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Dr. Klingner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Herr Dr. Klingner, habe ich Sie eben richtig verstanden, daß Sie die Unterstützung der Nordseeinsel Helgoland für nicht richtig und sinnvoll halten?

(Uwe Gunnesson [SPD]: Was für ein Quatsch!)

Dr. Klaus Klingner [SPD]:

Lieber Herr Kollege Harms, ich halte viele Maßnahmen für richtig und nötig. Aber ich gehe davon aus, daß derjenige, der Geschenke verteilt, erst einmal Geld im Sack haben muß.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CDU – Heinrich Stock [CDU]: Herr Dr. Klingner!)

– Ja?

(Der Abgeordnete Heinrich Stock [CDU] faßt sich an seine Nase)

– Ich mache solche Versprechungen nicht.

Ich darf hinzufügen: Die Erblast der 37 Jahre wird schrecklich.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind aber – wie gesagt – frohen Mutes, damit aufzuräumen.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu den Ausgaben. Wir haben in dem ersten Komplex einen Bereich, der uns zunehmend und verstärkt Sorgen macht. Das ist der Bereich **Sozialhilfe**. Von der Sozialhilfe abhängig zu werden, ist zunächst einmal etwas, das für die Betroffenen schrecklich ist. Wir werden beim Thema Alleinerziehende noch darüber reden müssen. Hier, in diesem Zusammenhang: Die Massendauerarbeitslosigkeit und die Pflegebedürftigkeit als herauszugreifende Punkte bedeuten ein sprunghaftes Anwachsen der Sozialhilfelast für Land und Gemeinden – ich sagte: sprunghaft ansteigend! Wir hatten von 1985 auf 1986 eine Steigerungsrate von 13 % auf inzwischen 1,137 Milliarden DM bei Land und Gemeinden! Allein von 1982 bis 1986 stieg die Sozialhilfelast von 807 Millionen DM auf 1,137 Milliarden DM, also um mehr als ein Drittel seit der Wende.

In diesen im wesentlichen für die Gemeinden unvermeidbaren Ausgaben steckt Sprengkraft für unser Finanzausgleichssystem. Es ist einmal der Umfang des Betrages, der die Dynamik und die Sprengkraft hat, und es ist die ungleiche Verteilung. Da sind wir in der Lage, daß sich diese Belastung in den **kreisfreien Städten** konzentriert. Sie ist dort mehr als doppelt so hoch wie in den Kreisen – über 600 DM pro Einwohner!

In den kreisfreien Städten bedeutet die Sozialhilfelast inzwischen, daß mehr als 80 % der eigenen Steuereinnahmen allein für diesen Zweck aufgewendet werden müssen.

(Beifall bei der SPD – Wilhelm Marschner [SPD]: Das ist hausgemacht!)

Da steckt – wie gesagt – Sprengkraft drin. Da muß etwas geschehen. Das ist eine Angelegenheit, die wir schon 1985 mit unserem Antrag angesprochen haben

(Dr. Klaus Klingner)

– **Sozialhilfelastenausgleich** als eine Möglichkeit –, die wieder auf den Tisch kommen muß. Wenn wir darüber sprechen, müssen wir zunächst über die Notwendigkeit aktiver Beschäftigungspolitik sprechen, damit die Lasten der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit von Grund auf beseitigt werden.

Aber wenn sie denn schon entstehen, dann ist es nicht Aufgabe der Sozialhilfe, hier Abhilfe zu schaffen, sondern es ist eine Angelegenheit des Bundes und der Arbeitslosenversicherung. Es kann nicht angehen, daß in Nürnberg Milliarden thesauriert werden und die Gemeinden hier im Lande mit der Sozialhilfelast alleingelassen werden. Da ist Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Daß in der letzten Zeit einiges in dieser Hinsicht geschehen ist, will ich ja zugeben, nur ist das lediglich eine Teilwiedergutmachung dessen, was mit der Wende zu Lasten von Land und Gemeinden an Belastungen verschoben worden ist. Es war doch ein Teil der – angeblichen! – Sanierung, daß man die Lasten vom **Bund** und von der **Bundesanstalt für Arbeit** auf die Länder und die Gemeinden hinuntergeschoben hat, und uns hängt diese Last jetzt an. Daß das jetzt zum Teil korrigiert wird, ist ja richtig, aber eine vollständige Korrektur ist geboten.

Der zweite Komplex – das Risiko der **Pflegebedürftigkeit**! Dieses Thema liegt jetzt durch Initiativen der Länder Bayern und Rheinland Pfalz im Bundesrat erneut auf dem Tisch. In der Vergangenheit gehörte Schleswig-Holstein zu jenen Ländern, die die Anträge verschiedener Länder, das Risiko der Pflegebedürftigkeit besser abzudecken, blockiert haben. Das muß sich ändern.

Wir wissen um die Verweigerungshaltung des Bundesministers der Finanzen gerade in dieser Frage. Der Zwei-Jahre-Beschluß gegen neue Leistungsgesetze betrifft ja genau diesen Punkt – gerade dies will er ja nicht. Aber wir müssen diese Verweigerungshaltung des Bundesministers der Finanzen Dr. Stoltenberg – das betrifft das Land und die Gemeinden, und dahin geht die Aufforderung an die Landesregierung – überwinden.

(Beifall bei der SPD)

Das Risiko der Pflegebedürftigkeit muß abgesichert werden, es kann nicht der Sozialhilfe anheimgegeben werden. Das kann keine Lösung sein.

In dieser Hinsicht sehen wir mit Interesse dem Abstimmungsverhalten der Landesregierung bei der Entscheidung über die Anträge aus Süddeutschland entgegen, ob sie ihr Verhalten jetzt ändern wird, nachdem sie sieht, was hier angerichtet wird.

Meine Damen und Herren, wir stimmen darin überein, daß eine **Vorabregelung für die kreisfreien Städte** noch in diesem Jahr – wirksam für das Jahr 1988 – nötig ist. Sie müssen die am dringendsten erforderlichen Mittel zum Ausgleich der Altlasten – das heißt der Verlustvorträge aus früheren Jahren – erhalten. Dies ist – darin stimme ich mit dem Innenminister überein – unabweisbar, und dafür ist – insofern bitte ich noch einmal um ein klares Wort, Herr Innenminister – der von Ihnen auch dem Gemeindetag genannte Betrag von 100 Millionen DM unverzichtbar. Diesen Betrag haben Sie heute nicht erneut genannt, aber ich denke, daß wir nicht unter dieser Summe bleiben können, wenn wir wirklich etwas bewegen wollen.

Im Jahre 1988 muß dann, sobald die jetzt verweigerten Daten vorliegen, ein **gerechter Finanzausgleich** in Zusammenarbeit mit Städten, Gemeinden und Kreisen sowie deren Verbänden – Kollege Gunnesson hat darüber gesprochen – erarbeitet und gestaltet werden. Das ist die Aufgabe der neuen Regierung. Das wissen wir; dieser Aufgabe werden wir uns zügig annehmen. Daran führt ja auch kein Weg vorbei. Aus den Gründen, die der Kollege Gunnesson genannt hat, brauchen wir dies.

Nun möchte ich noch eine letzte Bemerkung zur Struktur machen. Ein gerechter Finanzausgleich muß die frei verfügbaren Mittel der Städte und Gemeinden betonen, auch zu Lasten der Zweckzuweisungen.

(Beifall bei der SPD)

„Aufgabenorientierung" heißt nicht, daß die Aufgabenerfüllung im einzelnen dotiert wird, sondern daß die Aufgabe zur Grundlage der **zweckfreien Zuweisung** gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Dies gilt im übrigen auch für die Ausgleichsfunktion der Kreise. Das möchte ich jetzt aber nicht weiter ausführen.

Ich möchte nur noch einen Schlußsatz hinzufügen: Leitbild der Sozialdemokraten ist eine Stärkung der Selbstverwaltung durch einen gerechten Finanzausgleich.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Lorenzen hat das Wort.

Thomas Lorenzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es ist etwas mühsam, auf Ihren teilweise sehr breit angelegten Beitrag, Herr Kollege Klingner, unmittelbar einzugehen. Ich möchte es gleichwohl versuchen und zunächst auf den Vorwurf eingehen, die Landesregierung habe ihre Schularbeiten nicht gemacht und die Große Anfrage nicht vollständig beantwortet.

(Zurufe von der SPD – Heinz-Werner Arens [SPD]: Das kann die Landesregierung ja selbst sagen!)

Dazu kann ich nur sagen, daß in dem **Bericht** ausdrücklich steht, daß die letzten Zahlen – das müssen Sie doch objektiv auch zugestehen –, die erfragt worden sind, nämlich die Zahlen für 1985, erst im Januar oder Februar 1987 vorlagen. Dann müssen Sie aber wohl objektiverweise auch zugeben, daß es ein

(Thomas Lorenzen)

bißchen schwierig ist, diese Zahlen in dem gesamten übrigen Material, das abgefragt worden ist, bis heute zu verarbeiten, vor allem aber auch zu bewerten.

(Uwe Gunnesson [SPD]: Wir haben jetzt Juni!)

Es ist wohl – davon konnten Sie sich, wenn Sie wollten, auch überzeugen – objektiv kaum möglich gewesen, das bis heute zu schaffen.

(Alfred Schulz [SPD]: Sie erklären also, daß die Landesregierung überfordert gewesen sei? – Weitere Zurufe von der SPD – Hans Detlef Stäcker [CDU]: Quatscht doch nicht immer dazwischen; das ist ja fürchterlich!)

– Ja, aber es ist ja nun nicht böser Wille gewesen, daß diese Zahlen nicht vorgelegt worden sind, sondern beruhte eben darauf, daß das bis jetzt objektiv nicht fertig sein konnte.

(Werner Liebrecht [SPD]: Das ist eine typische Taktik zur Verschleierung der wahren Verhältnisse!)

Nun zu Ihren Bemerkungen in bezug auf die **Steuerreform** und zu der Forderung in Ihrem Antrag, die Steuersenkung abzulehnen, wenn sie zu Mindereinnahmen bei Land, Kreisen und auf kommunaler Ebene führt! Das entspricht nun genau der Taktik „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!" oder „Ich will den Kuchen aufessen und ihn auch behalten!". Beides geht doch im Grunde nicht. Wenn Sie ständig in Versammlungen draußen im Lande oder bei allen möglichen Veranstaltungen und Kundgebungen erklären, daß die Steuersenkung nicht ausreiche, daß mehr geschehen müsse – ich erinnere nur an die Bundestagswahl; es gab da ja einmal einen Rau-Tarif, von dem Sie jetzt gar nicht mehr reden –, und wenn Sie auf der anderen Seite mehr Geld fordern für staatliche Beschäftigungsprogramme,

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Aber aufkommensneutral!)

– ja, ja – für Mehrausgaben auf allen Ebenen, Abgaben für alle möglichen Tatbestände – das Programm „Arbeit und Umwelt" ist hierfür ein treffendes Beispiel –, auf der anderen Seite dann aber bei den von der Steuersenkung negativ Betroffenen wie beispielsweise den Ländern, Kreisen und Gemeinden den Eindruck erwecken, als seien Sie dafür, die Steuersenkung nicht in der vorgesehenen Breite durchzuführen, dann zeigt das doch, daß Sie je nachdem, wo Sie gerade sind, den Leuten nach dem Munde zu reden versuchen.

(Beifall bei der CDU)

Mit dieser Taktik beweisen Sie nur, daß Sie überhaupt nicht verantwortungs- und auch nicht regierungsfähig sind. Ich sage Ihnen das hier einmal in aller Freundschaft.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren von der SPD, werden wir auch Ihren Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt ablehnen. Dessen können Sie sicher sein.

Um damit auf die Große Anfrage zurückzukommen – der Antrag berührt dies ja nur teilweise und nur am Rande –: Wir können hier feststellen, daß ein finanzieller Schwerpunkt unserer Politik im Lande stets die Hilfen für unsere Gemeinden waren. Das wird auch an folgenden Daten deutlich.

Die **Ausgaben des Landes** an seine **Kommunen**, wie sie aus dem Haushaltsplan in jedem Jahr wieder zu ersehen sind, sind einer der größten Ausgabenblöcke unseres Landeshaushalts. So entfallen zum Beispiel im Jahre 1987 mehr als 2 Milliarden DM – oder rund 21 % der gesamten Nettoausgaben – auf Leistungen an den kommunalen Bereich.

(Fritz Latendorf [CDU]: Hört, hört!)

Die im Landeshaushalt für Zahlungen an unsere Gemeinden enthaltenen Ausgaben sind seit Beginn dieser Legislaturperiode um immerhin rund 3 % stärker angestiegen als die Nettoausgaben des Landes. Auch die Entwicklung ist also positiv, sofern man – zugegeben – immer die gesamte kommunale Ebene im Verhältnis zum Land betrachtet. Allein in diesem Jahr nehmen die Leistungen innerhalb des **kommunalen Finanzausgleichs** gegenüber 1986 um rund 100 Millionen DM oder rund 8,3 % zu. Das Land stellt nicht nur Jahr für Jahr erhebliche Beträge innerhalb des kommunalen Finanzausgleichs bereit, sondern es unterstützt unsere Kommunen auch darüber hinaus mit namhaften Mitteln. Ich nenne hier beispielhaft nur folgende wichtige Positionen: Städtebauförderung, öffentlicher Personennahverkehr, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes", Krankenhausfinanzierung und Abwasserbeseitigung.

Der Erfolg dieser von meiner Fraktion getragenen Politik kann sich in jeder Hinsicht sehen lassen; davon sind wir zutiefst überzeugt. Nach wie vor sind unsere Gemeinden mit den geringsten **Schulden je Einwohner** im Vergleich der Flächenländer belastet.

(Beifall bei der CDU – Fritz Latendorf [CDU]: Das muß einmal gesagt werden!)

Mit 1187 DM je Einwohner – wie auch vorhin vom Innenminister festgestellt wurde – lagen sie zum Beispiel 1986 um rund 800 DM unter dem Durchschnitt der Flächenländer.

(Fritz Latendorf [CDU]: Auch ein Beweis der richtigen Politik der Gemeinden!)

– Richtig, Herr Kollege Latendorf, vielen Dank! – Das ist ein Indiz für die kommunalfreundliche Handlungsweise der Landesregierung und der sie tragenden Fraktion.

Das sieht aber etwas anders aus, wenn man die Verschuldung beim Land selber betrachtet. Mit Ausnahme des Saarlandes ist die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes höher als in allen anderen Flächenlän-

(Thomas Lorenzen)

dern. 1986 lagen wir mit 5944 DM je Einwohner um 1600 DM über dem Durchschnitt der Flächenländer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist die Erbschaft 37jähriger CDU-Herrschaft!)

– Ich versuche, hier wirklich ein objektives Bild der Lage zu geben, Herr Kollege Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Es ist leider wahr, was ich sage!)

– Soweit sollten Sie mich aus den Verhandlungen im Finanzausschuß kennen.

Wenn man das aber objektiv vergleichen will, kann man letzten Endes nur die Verschuldung auf kommunaler und die auf Landesebene zusammenzählen. Denn die Verschuldung kann durch einfache Landesgesetze leicht von der einen Seite hin zur anderen verschoben werden. Bei dieser Art des Vergleichs sieht es dann teilweise etwas anders aus. Da liegen wir in Schleswig-Holstein mit 7131 DM pro Einwohner – also die Schulden zusammengerechnet – um knapp 800 DM über dem Durchschnitt. Bei der Verschuldung des Landes allein sind es 1600 DM.

Nach dem Ausreißer Saarland, der über 10 000 DM Schulden pro Einwohner hat – dafür gibt es ja auch mancherlei Erklärungen –, sowie nach Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren von der Opposition, das 7662 DM Verschuldung pro Einwohner – kommunale Ebene und Landesebene zusammengerechnet – aufweist und damit an zweiter Stelle liegt, kommen wir mit 7131 DM an dritter Stelle, dicht gefolgt von Hessen mit 7120 DM. Fast gleichauf liegen Rheinland-Pfalz mit 6977 DM und Niedersachsen mit 6905 DM. Auch die anderen Flächenländer liegen dicht bei 7000 DM, also auf fast gleichem Niveau.

Die beiden einzigen FLächenländer, die – deutlich davon abgehoben – nach unten tendieren und in der Verschuldung bedeutend niedriger liegen, sind Baden-Württemberg mit 5000 DM und Bayern mit 3954 DM. Damit liegt Bayern – bei der Zusammenrechnung – an günstigster Stelle.

Von daher ist es ein Maßstab, daß insgesamt – zusammengerechnet – die **Verschuldung pro Kopf** in Schleswig-Holstein durchaus im Rahmen liegt. Wir haben uns aber zugunsten der kommunalen Ebene höher verschuldet als andere Bundesländer. Das ist ein deutliches Indiz für unsere Kommunalfreundlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Das wollte ich hier nur noch einmal ganz kurz feststellen.

Wir haben unsere finanziellen Möglichkeiten im Grunde bereits bis an die Grenze des gerade noch Tragbaren ausgeschöpft. Das muß ich hier von dieser Stelle aus auch noch einmal deutlich sagen. Das kann, meine Damen und Herren – und hier spreche ich das ganze Haus an –, bei einer in der nächsten Legislaturperiode notwendig werdenden **Änderung des Finanzausgleichsgesetzes** nur dazu führen, daß innerhalb des Finanzausgleichsgesetzes Finanzmittel von der einen Seite hin zur anderen – und zwar innerhalb der kommunalen Familie – verlagert werden.

Um das hier ganz deutlich zu sagen: Eine Verlagerung von zusätzlichen Landesmitteln in den kommunalen Finanzausgleich ist – und die Zahlen, die ich eben genannt habe, sprechen ja für sich; ich hoffe, wir sehen das einvernehmlich so – nicht möglich. Das muß man, glaube ich, auch vor einer Wahl hier ganz klar und deutlich sagen.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Ich will mit diesen Zahlen aber wirklich keine Schönfärberei betreiben – auch nicht dadurch, daß ich sage, daß es der kommunalen Familie insgesamt vertretbar gut geht. Daher möchte ich ganz offen sagen, daß mir insbesondere die Finanzlage unserer vier **kreisfreien Städte** Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster große Sorgen macht. Das sind zweifellos innerhalb der kommunalen Familie die Sorgenkinder. Auf die Ursachen im einzelnen hier einzugehen, würde meinen Redebeitrag wohl etwas sprengen. Vielleicht wird der Kollege Hagemann nachher noch etwas näher darauf eingehen. Aber das wird ja auch ausführlich in der Vorlage beziehungsweise in der Antwort der Landesregierung dargestellt.

Festzuhalten bleibt jedoch: Wir haben als Land – insbesondere auch in dieser Legislaturperiode – bereits große Anstrengungen unternommen, um den besonderen Belangen der kreisfreien Städte Rechnung zu tragen. Seit 1984 wurden den kreisfreien Städten insgesamt 160 Millionen DM zur Überwindung besonderer Haushaltsschwierigkeiten im Rahmen des Finanzausgleichs zur Verfügung gestellt. Die letzte Rate dieses Betrages in Höhe von 30 Millionen DM wird in diesem Jahr ausgezahlt.

Die im Jahre 1987 an die kreisfreien Städte aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes zu zahlenden **Schlüsselzuweisungen** sind darüber hinaus in einem wirklichen finanziellen Kraftakt, den wir in der nächsten Legislaturperiode, meine ich, nicht wiederholen können, um 13,5 Millionen DM aufgestockt worden. Ich meine, das sollte hier mit als ein Indiz für die Kommunalfreundlichkeit des Landes genommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Und weitere Schritte werden, wie eben gesagt, auch nach Auffassung meiner Fraktion in der nächsten Legislatuperiode im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs unternommen werden müssen.

Ich spreche jetzt insbesondere Herrn Kollegen Gunnesson beziehungsweise seine Äußerungen zu Beginn der Debatte an. Deshalb hatte ich ja noch einmal im Rahmen einer Zwischenfrage nachgefragt; ich konnte das ja kaum glauben, was Sie dort als Kriterium mit einführen wollten. Das darf aber doch nicht dazu führen, meine Damen und Herren von der Opposition, daß nach Änderung des Finanzausgleichsgesetzes die **Zuweisungen** einfach nur an der Höhe des **Haushaltsdefizits** ausgerichtet werden.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Das hat er nicht gesagt!)

(Thomas Lorenzen)

Das kann nicht nach dem Muster geschehen: Wer die größten Defizite hat, kriegt auch das meiste Geld! Das kann doch wohl wirklich nicht sein, meine Damen und Herren von der Opposition! Haushaltsdefizite sind ein Hinweis für die Schieflage der finanziellen Verhältnisse. Aber sie sind kein objektiver Maßstab.

Ich bin ja auch als ehrenamtlicher Bürgermeister auf der kommunalen Ebene tätig. Haushalte mit hohen Defiziten vorzulegen, ist überhaupt kein Problem. Das lernt man im Grunde schon in der ersten Stunde in einer Gemeinderatssitzung, wenn man ein klein wenig lernfähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Und Sie führen so etwas hier mit in die Diskussion ein! Ich dachte, ich könnte meinen Ohren nicht trauen. Und ich nahm an, Sie hätten sich versprochen, Herr Kollege Gunnesson.

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Gunnesson [SPD])

– Ja, deshalb habe ich nachgefragt. Und ich bitte darum, daß Sie das dann vielleicht noch einmal bestätigen. Sie haben gesagt, daß Sie die Ausgleichsfunktion nach mangelnder Steuerkraft möglichst erhalten wollen, daß Sie aber die Finanzzuweisungen nach dem FAG stärker aufgabenbezogen und an Ausgaben orientiert gestalten wollen.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Nehmen Sie doch die Sozialhilfe als Beispiel!)

– Ja, ich komme nachher noch in anderem Zusammenhang auf diesen Punkt zurück. Denn auch die Anhörung zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs im Hinblick auf die Untersuchung der kreisfreien Städte ergab ja einige sehr interessante Indizien in bezug auf die Haltung dort.

Das heißt – auf Plattdeutsch gesagt –: Wer mehr Geld utgivt, de krigt ok mehr.

(Zuruf des Abgeordneten Fritz Latendorf [CDU])

– So ist es!

Oder mit anderen Worten gesagt: Wenn ich einen kleinen Mercedes fahre – wir kriegen ja alle die gleichen Diäten –, bekomme ich 42 Pfennig für den Kilometer. Wenn aber der Kollege Lohmann – oder ein anderer Kollege – einen großen BMW oder Audi fährt, bekommt er 50 Pfennig. Der Kollege Kerssenbrock hingegen kriegt, wenn er nur einen kleinen Golf fährt, lediglich 30 Pfennig Kilometergeld. Das entspricht dem, was Sie für diesen Bereich vorgesehen haben. Umgekehrt ergäbe es noch einen Sinn, wenn man dazu käme, vielleicht sparsamere Wagen zu fahren.

(Fritz Latendorf [CDU]: Dann würde der Präsident 10 Pfennig fürs Fahrradfahren bekommen! – Zuruf von der SPD)

– Ja, das würde Ihr Vorschlag letzen Endes bedeuten, die Finanzzuweisungen stärker ausgabenorientiert zu vergeben.

Da schließt sich der Kreis auch im Hinblick auf die Untersuchungen des Landesrechnungshofs, aber auch in bezug auf die Auffassung, die die Vertreter der kreisfreien Städte bei der Anhörung, die wir ja im Finanzausschuß zu diesem Thema durchführten, geäußert haben. Diese Auffassung haben Sie damals bei der Abfassung der Voten vertreten. Auch heute haben Sie sie wieder übernommen. Dabei geht es nämlich darum, daß eine Allzuständigkeit der kommunalen Ebene besteht – da sind wir einer Meinung – und daß die Aufgaben von der kommunalen Ebene selbst definiert werden; das ist soweit auch in Ordnung. Nur heißt es in der **Landessatzung** – das ist auch unsere Auffassung – „im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten". Das muß der Rahmen sein, in dem sich auch die Aufgabendefinition auf kommunaler Ebene bewegt. Und Sie sagen, wie es auch in der Anhörung deutlich wurde: Wir definieren die Aufgaben selber im Rahmen unserer kommunalen Hoheit, und das dafür notwendige Geld – auch für die aufgabenbezogenen Ausgaben – muß uns dann vom Land herübergereicht werden, und sei es auch zu Lasten der anderen kommunalen Ebenen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das wird nicht funktionieren, das wird nicht gehen.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Das ist Unfug, was Sie da sagen! Das ist Ihr Buhmann und nicht unsere Position!)

Das wird nicht gehen, wenn Sie gleichzeitig meinen, auf diese Art und Weise die steuerschwachen, die strukturschwachen Gebiete stärker fördern zu können. Sie können es nur von der einen Seite wegnehmen und zur anderen hin verlagern, Sie können im Grunde nicht beides auf einmal. Das sollten wir ganz deutlich sagen und nicht versuchen, es zu verkleistern.

Ich komme zum Schluß und stelle fest, daß meine Fraktion mit Nachdruck die Feststellung der Landesregierung unterstreicht, daß sich die Finanzlage der Gesamtheit der schleswig-holsteinischen Kommunen in den letzten Jahren durchaus zufriedenstellend entwickelt hat. Die kommunalfreundliche Politik meiner Fraktion und der von uns getragenen Landesregierung hat dazu wesentlich beigetragen. Wir werden diesen Weg mit Augenmaß konsequent fortsetzen.

(Dr. Klaus Klingner [SPD]: Das wird schwer sein!)

– Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Wir werden die Beratungen pünktlich um 15.00 Uhr wieder aufnehmen. Als nächster Redner ist Herr Abgeordneter Meyer vorgesehen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.02 Uhr

Wiederbeginn: 15.00 Uhr

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, es ist 15.00 Uhr. Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Herr Abgeordneter Meyer hat das Wort.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es liegt jetzt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD vor, jedoch nur die Beantwortung des letzten Fragenkomplexes, der sich mit der Bewertung des Finanzausgleiches und der Schlüsselzuweisungen und den Folgerungen befaßt. Ich habe die Auseinandersetzung über die Beantwortung dieser Großen Anfrage und die Ankündigung der Landesregierung verfolgt, daß es nicht möglich sei, eine solche Große Anfrage in der zur Verfügung stehenden Zeit zu beantworten.

Ich will diese Auseinandersetzung nicht aufwärmen. Allerdings hätte ich schon gern gesehen, daß es zwischen der Landesregierung und der Fraktion der SPD zu einer Übereinstimmung hinsichtlich der Möglichkeiten der Beantwortung weiterer Fragenkomplexe gekommen wäre, weil die angesprochenen Themen doch so wichtig sind.

Jetzt bleibt es bei einer Rumpf-Beantwortung zu einem Komplex – eine Beantwortung, die an sich wichtig genug ist. Aber in dieser Form ist sie losgelöst von dem notwendigen Hintergrundmaterial.

Und so ist dann auch die Restantwort zu bewerten, die darin gipfelt, daß bei der Frage der **Handlungsfreiheit der Kommunen** in finanzieller Hinsicht folgende Feststellung getroffen wird:

> „Über die Verwendung von über 60 % aller Zuweisungen des Landes an die Kommunen können die kommunalen Gremien frei entscheiden. Der Anteil der frei verfügbaren Mittel an der Finanzausgleichsmasse beträgt sogar über 85 %."

Das ist auf Seite 22 zu lesen.

Ich frage mich, welche Bedeutung und welchen Sinn eine solche Feststellung haben soll. Was soll eine Gemeindevertreterin oder ein Gemeindevertreter mit einer derartigen Feststellung anfangen? So darf man in finanziell schwierigen Zeiten für die Kommunen nicht mit den Gemeinden umspringen, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse und Entscheidungsmöglichkeiten berücksichtigen will.

Dies kennzeichnet doch nun wirklich nicht die tatsächliche finanzielle Lage der Gemeinden. Bevor solche Informationen weitergeleitet werden, sollte eine Erklärung beigefügt werden, in der nun deutlich gesagt wird, daß „freie Entscheidungen" und „freie Verfügbarkeit" nicht bedeuten: „freier Handlungsspielraum" oder „Mittel, um eigenständige Politik zu machen".

Wir alle wissen doch, daß das finanzielle Handeln in den Kommunen ganz anders aussieht und daß die Klagen der Kommunalpolitiker doch dahin gehen, daß es keine Mittel mehr gibt, Politik in den Gemeinden zu machen, weil alle zur Verfügung stehenden Mittel entweder zweckgebunden weitergeleitet beziehungsweise zur Lösung notwendiger und dringender Aufgaben eingesetzt werden müssen. Nein, solche Feststellungen geben keinen Sinn und helfen uns wahrlich nicht weiter bei der wirklich schwierigen Situation in den Gemeinden.

Ähnlich zu bewerten ist die Information beziehungsweise Feststellung:

> „Die anderen aufgabenorientierten Zuweisungen sind allgemeine, frei verfügbare Deckungsmittel, auch wenn sie für die Abgeltung eines Bündels von Aufgaben gewährt werden, oder pauschalierte Zuweisungen".

Diese Deckungsmittel sind eben nicht „frei verfügbar". Sie fließen von vornherein weiter für Aufgaben, die für eine Kommune zwingend notwendig sind, wenn sie lebensfähig und attraktiv sein will.

Denn die Kommunen können ja nicht frei entscheiden, ob sie diese Aufgaben lösen wollen oder nicht. Schulen, Kindergärten, vernünftige Straßenverhältnisse mit entsprechender Beleuchtung, Abwasserversorgung, Sozialstationen sowie kulturelle und Freizeiteinrichtungen sind doch heute keine Einrichtungen beziehungsweise Aufgaben, über die in der Kommune noch frei entschieden werden kann. Das sind doch Aufgaben, die sein müssen – einmal, um die Zuweisungen überhaupt bekommen zu können, und zum anderen, um die Gemeinde lebensfähig und attraktiv zu erhalten.

Nein, solche Aussagen geben in dieser Form keinen Sinn. Oft ist es doch so, daß wir Kommunalpolitiker uns sagen: Ja, für eine selbständige beziehungsweise eigenständige Politik haben wir nur 4 % zur Verfügung.

(Widerspruch bei der CDU)

– Doch, im großen und ganzen ist das so. Alles andere liegt doch schon fest. Überlegt euch das mal ganz genau! Zumindest dann, wenn ich einen zentralen Ort wie meine Gemeinde nehme, ist es so. Da sitzen dann 13 erwachsene Kommunalpolitiker an zehn Abenden im Jahr in Gemeinderatssitzungen und verwalten das verhältnismäßig wenige Geld.

Es geht also bei der übrig gebliebenen Antwort zur Großen Anfrage im Kern darum, ob der **kommunale Finanzausgleich** in seiner Ausgestaltung und seiner Wirkung noch zeitgemäß und funktional ist. Mir ist sehr wohl bekannt, daß es im Laufe der Zeit immer wieder Anpassungen gegeben hat, um neue beziehungsweise aktuelle Anforderungen und Situationen zu meistern. Erkennbar ist aber, daß für große und wichtige Bereiche der Finanzausgleich in dieser Form viele unserer dringenden finanziellen Probleme nicht mehr lösen kann.

Ich darf hier als Beispiel die finanzielle Situation der **kreisfreien Städte** ansprechen. Die berechtigten Klagen dieser Städte will ich hier gar nicht ansprechen beziehungsweise wiederholen. Darüber haben wir hier im Hause genug gesprochen, und es liegen

(Karl-Otto Meyer)

ausreichende Dokumentationen vor. Wir wissen aber auch, daß im Zuge der sogenannten großen Steuerreform noch weitere finanzielle Schwierigkeiten auf die Städte und Gemeinden zukommen. Wir wissen also, daß die Probleme eher noch größer werden und daß kosmetische Eingriffe nicht mehr ausreichen.

Gründe für die katastrophale finanzielle Situation der kreisfreien Städte im Lande sind nicht nur sinkende Einnahmen durch übergeordnete Entscheidungen in steuerlicher Hinsicht und ausbleibende Wirkungen des wirtschaftlichen Aufschwunges, sondern auch zunehmende Aufgabenzuweisungen ohne entsprechende Ausgleichszuweisungen. Und dazu gehören – das ist ganz entscheidend – Aufgaben, die ihrer Funktion nach übergeordnet sind und dem Sinne nach keinen kommunalen Charakter haben.

Nun stehen wir in der im Grunde genommen grotesken Situation, daß der zuständige Minister sagen kann, das alles habe nichts mit dem kommunalen Finanzausgleich zu tun. Und das wäre streng genommen nicht einmal falsch, weil es ja übergeordnete Verhältnisse sind. Nur kann und will – da bin ich sicher – der zuständige Innenminister so nicht sprechen, weil er dann seine Verantwortung mißachtet.

Es wäre dann aber nur konsequent, wenn der Minister sich dafür einsetzen würde, daß diese **Belastungen durch übergeordnete Aufgaben** – ich denke da insbesondere an die enorm steigenden Sozialhilfeleistungen als Folge der Dauerarbeitslosigkeit von immer mehr Menschen – von der kommunalen Ebene abgehoben und dort angesiedelt werden, wo sie der Natur der Sache nach hingehören. Auch müßte die Funktion des kommunalen Finanzausgleichs für die kreisfreien Städte neu überdacht werden, weil allein die Faktoren Einwohnerzahl, Steuerkraft und Dekkungsmittel offensichtlich nicht mehr ausreichen, die schwierigen finanziellen Probleme der kreisfreien Städte zu lösen.

Die jetzige Landesregierung hat angekündigt, daß sie zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine **Änderung des kommunalen Finanzausgleichs** durchführen will, wonach die kreisfreien Städte auf Dauer an dem Zuwachs der Finanzausgleichsmasse partizipieren sollen. Herr Minister, Sie wissen aber auch, daß allein diese Mittel – von etwa 100 Millionen DM ist die Rede – nicht ausreichen werden, die finanzielle Situation dieser Städte grundlegend zu verbessern. Auf Dauer kommen wir nicht umhin, über Aufgabenzuordnung und damit korrespondierende Mittel zu sprechen.

In der Antwort auf die Große Anfrage wird dies noch verneint. Aber auf Sicht werden wir dazu gezwungen werden, wenn wir die **kommunale Selbstverwaltung** ernst nehmen und leistungsfähige Gemeinden in unserem Lande haben und erhalten wollen, die tatsächlich über freie Mittel verfügen und entscheiden können. Denn gerade in diesem Bereich müssen **Investitionen** getätigt werden, die auch zur Belebung der **Wirtschaft** notwendig sind.

Kommunale Selbstverwaltung heißt nicht, abhängig zu sein vom Land oder vom Bund, um auf Zuweisungen zu warten. Kommunale Selbstverwaltung in finanzieller Hinsicht kann nicht heißen, immer nur warten zu müssen beziehungsweise abhängig zu sein von einer Mittelzuweisung, die sofort wieder für Aufgaben benutzt werden muß, ohne die eine Gemeinde nicht lebensfähig sein kann. Kommunale Selbstverwaltung und finanzielle Handlungsfreiheit heißt, über Mittel zu verfügen, mit denen Investitionen getätigt und Impulse gegeben werden können für eine lebendige Gemeinde. Darüber werden wir in Zukunft sprechen müssen. Und daraufhin muß der kommunale Finanzausgleich untersucht und geändert werden. Dies wird unsere Aufgabe für die Zukunft sein.

Zu dem vorgelegten Antrag der SPD-Fraktion „Sicherung der Gemeindefinanzen", Drucksache 10/2118, möchte ich folgendes sagen: Ich habe hier im Hause mehrfach die sogenannte **Steuerreform** kritisiert, weil sie unausgewogen ist und weil wir in einer Zeit, wo ganz andere kostenträchtige Aufgaben uns belasten, auch bereit sein müssen, zumindest zeitweise auf zweifelhafte Steuererleichterungen zu verzichten. Ich habe sie aber auch kritisiert, weil noch nicht bekannt ist, wie diese Steuerreform finanziert werden soll. Wenn sie dazu führen soll, daß Land, Städte und Gemeinden noch weiter belastet werden, dann muß aufgrund der katastrophalen finanziellen Situation der kleinsten Einheiten auf eine solche Steuerreform verzichtet werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe bereits einleitend etwas zur Form der **Beantwortung der Großen Anfrage** gesagt. Ich meine, daß dies eine Auseinandersetzung zwischen der Landesregierung und der SPD-Fraktion ist, zu der ich keine Stellungnahme abgeben kann. Es wäre daher gut, wenn über die beiden Sätze in dem Antrag Drucksache 10/2137, Herr Präsident, getrennt abgestimmt werden könnte.

Ich bin der Meinung, die SPD-Fraktion sollte sich mit folgendem Antrag begnügen: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Vorschlägen der Bundesregierung zur Steueränderung nicht zuzustimmen, wenn sie zur Verringerung der Einnahmen von Land, Städte und Gemeinden führt."

Wenn Sie wirklich Einstimmigkeit haben wollen, dann hilft es doch nicht, wenn Sie dazu folgende Erklärung abgeben:

> „Der Schleswig-Holsteinische Landtag weist die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Finanzausstattung und Aufgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände" wegen Nichterfüllung des Auftrages zurück."

Dann kriegen Sie die Mehrheit doch nie!

Ich bitte also die SPD darum: Nehmt die ersten drei Zeilen und schmeißt das andere in den Papierkorb. Dann haben wir eine Chance, daß wir dies durchkriegen.

(Karl-Otto Meyer)

Ich will Ihnen auch sagen: Man kann doch nicht über zwei Stunden lang über eine Sache diskutieren, um dann zu sagen, daß man das zurückweist. Dann muß ich doch von Anfang an sagen: „Die Aufgabe ist nicht gelöst, wir diskutieren darüber gar nicht. Hier habt ihr das zurück, Landesregierung, macht das fertig!" Ich bitte, das einmal zu überlegen.

Lassen Sie mich abschließend feststellen, daß das Parlament hier die Gelegenheit hatte, umfassend über die Finanzausstattung und die Aufgaben der Gemeinden zu debattieren. Das ist ganz sicherlich eine absolute Notwendigkeit. Diese Chance ist also vertan. Ich hoffe daher, daß wir später diese notwendige Debatte nachholen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Hagemann hat das Wort.

Heinrich Hagemann [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU-Fraktion hat sich das System des kommunalen Finanzausgleichs bewährt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Feststellung, die ich meinen Ausführungen voranschicken will. Ich will mich mit meinem Beitrag in erster Linie mit der **Systematik des Finanzausgleichs** befassen.

Wir haben ihn 1955 hier im Lande geschaffen, weil wir sicherstellen wollten, daß überall im Lande gleiche Lebensbedingungen herrschen. Und wir sind auch heute noch der festen Überzeugung, daß das nur gewährleistet werden kann, wenn aufgabenbezogen Zuweisungen gegeben werden, die an der **Steuerkraft der Gemeinden** gemessen werden.

Die Selbstverwaltungsgarantie, meine Damen und Herren, die wir ja wohl alle gemeinsam sehr hochhalten wollen, läßt sich nur verwirklichen, wenn die eigenen Einnahmen der Gemeinden - die in freier Entscheidung gestaltet werden können, soweit die gesetzliche Zuständigkeit gegeben ist - durch mit möglichst viele allgemeine Zuweisungen aus den Steuereinnahmen auf Landesebene ergänzt werden. Wenn man also die Steuerkraft mit als Bemessungsgrundlage verwendet, so ergibt sich über die Schlüsselzuweisungen ein solider Grundstock für die Aufgabenerfüllung in den Gemeinden. 95 % unserer schleswig-holsteinischen Kommunen werden von dieser Hilfe erreicht. Die übrigen 5 % sind ausnahmsweise so gestellt, daß sie darauf nicht angewiesen sind.

Nun, meine Damen und Herren, es wird in Zukunft neben diesen **allgemeinen Zuweisungen**, die der freien Verfügung unterliegen, auch immer **Zweckzuweisungen** geben. Davon müssen wir ausgehen. Das ändert aber nichts daran, daß diese Zweckzuweisungen ebenso aufgabenbezogen gegeben werden müssen. Im Hinblick auf die Grundausstattung will ich noch einmal einen Grundsatz von heute morgen aufgreifen. Wir meinen, daß wir zunächst von einem normierten Bedarf je Einwohner im ganzen Lande ausgehen müssen und daß die allgemeine Aufgabenerfüllung an diesem normierten Einwohnerbedarf gemessen werden muß.

Wir sind uns natürlich darüber klar, daß es als Berechnungsgrundlage keine objektive Größe für den Bedarf eines Einwohners in allen Gemeinden des Landes gibt. Die Selbstverwaltung muß sich aber, meine Damen und Herren - und das ist eine Feststellung, die ich für sehr wichtig halte, auch wenn mancher sie nicht gern hört -, an der eigenen Leistungsfähigkeit orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Sie muß dabei möglicherweise auch die Leistungsfähigkeit ihrer Bürger direkt einbeziehen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn Gemeinden - weil sie es denn so wollen und sich mit ihren Bürgern gemeinsam dazu entschließen - etwas Besonderes leisten wollen und das dann auch bezahlen. Wenn sie dies dann auch in eigener Verantwortung durchführen, nenne ich das echte kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, völlig ungeeignet als Maßstab für die Finanzausstattung ist aber der Bedarf, der sich auf der Grundlage von Haushaltsdaten und Verschuldungsziffern oder aber sonstiger Maßstäbe darstellt, die sich subjektiv ergeben haben, jedoch überhaupt kein objektiver Maßstab sein können. In diesem Fall sind wir - wie auch der Innenminister hier schon kundgetan hat - der Meinung, daß die Verlagerung von Steuermitteln etwa auf der Grundlage des Ausgabengebarens einzelner Gemeinden dazu führen würde, daß Gemeinden, die sparsam wirtschaften, den kürzeren ziehen, während die Steuerstarken dabei eben besser wegkommen.

Wir halten einfach daran fest, daß der Grundsatz, die **Einwohnerzahl** mit der **Steuerkraft** in Verbindung zu setzen - dann kann es noch Aufstockungen in Form von Zweckzuweisungen geben -, im Hinblick auf die Grundausstattung zunächst einmal der beste Weg ist, um eine gerechte Verteilung der Finanzen zu erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist heute morgen hier schon einmal von einem Haushaltskünstler die Rede gewesen. Ich habe im Verlauf meiner langen praktischen Tätigkeit auch einige Künstler kennengelert, die ein Haushaltsdefizit in enormer Größe vorgelegt und gleichzeitig den Wunsch vorgetragen haben, dafür eine Sonderbedarfszuweisung zu bekommen. Sie hatten aber auf der Ausgabenseite erhebliche Rücklagenzuführungen eingebaut. Sie können sich vorstellen, wie ich so etwas beurteile.

Nun wird es bei den Ausstattungen der Gemeinden immer Schwankungen geben. Auch wenn wir ein noch so feines System entwickeln, wird es immer mal

(Heinrich Hagemann)

knapper sein, während es ein anderes Mal etwas leichter geht.

Das wird sich nicht vermeiden lassen. Wir müssen aber dennoch danach streben, Mittel und Wege zu finden, um ausreichende Gerechtigkeit walten zu lassen.

Ich möchte deshalb einige Ausführungen machen, die nach meiner Meinung durchaus geeignet sind, im jetzigen System für Gerechtigkeit zu sorgen. Ich klammere jetzt einmal die Frage der Gesamtausstattung von der nominellen Zahl her aus; dazu hat sich der Kollege Lorenzen ausführlich geäußert. Ich gehe also davon aus, daß gut 20 % der Nettoausgaben des Landes den Kommunen zufließen, aufgeteilt in allgemeine Zuweisungen und – ergänzend dazu – in Zweckzuweisungen. Diese Konstruktion möchte ich jetzt bei meinen Ausführungen zugrunde legen.

Neben dem Grundstock der **Schlüsselzuweisungen** haben wir eine ganze Reihe von Instrumentarien zur Verfügung. Zunächst gibt es eine weitere Schlüsselzuweisung, die dann allerdings nicht steuerkraft- und einwohnerbezogen ist; damit meine ich die **zentralörtlichen Mittel**, die sinnvollerweise in Ablösung des alten Systems mit dem „veredelten Einwohner" die allgemeinen Zuweisungen ergänzen.

Weiter haben wir – wie Sie alle wissen – erhebliche Ansätze für **Investitionsmaßnahmen**, etwa für den Bau von Schulen und Straßen, Investitionshilfen allgemeiner Art, Bedarfszuweisungen, Mittel für Theater und auch die Schülerbeförderung – um die wichtigsten Punkte einmal zu nennen.

Dies alles sind Möglichkeiten innerhalb des Finanzausgleichs, meine Damen und Herren. In der technischen Anwendung gibt es zugleich die Möglichkeit, diese Mittel zu quotieren, das heißt, sie bedarfs- oder auch steuerkraft- oder finanzkraftbezogen zu verteilen. Diese Ansätze bergen also ebenfalls die Möglichkeit in sich, einen Ausgleich herbeizuführen und eine gewisse Feineinstellung, bezogen auf die Aufgaben, vorzunehmen, die die Kommunen im zentralörtlichen Bereich – oder auch anderswo; ich habe das vorhin geschildert – zu erfüllen haben.

Das Problem der unterschiedlichen Entwicklung der Ausstattung im Verhältnis zum Bedarf, das wir ja bei den kreisfreien Städten besonders kraß zu beobachten haben, kann durch diese Ergänzungen natürlich wesentlich gesteuert werden. Es gibt solche Ausgleichsmöglichkeiten auch unterhalb der Landesebene, nämlich auf der Ebene der Kreise und Gemeinden. So darf ich darauf verweisen, daß etwa die **Kreisumlage**, weil sie finanzkraftbezogen berechnet wird, eine ebensolche Ausgleichswirkung hat wie die von mir geschilderten Instrumente. Außerdem können die Kreise im Rahmen ihrer Möglichkeiten bei den **Förderkonditionen**, über die sie in einzelnen Bereichen selbst beschließen, wiederum nach dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit unterschiedlich quotieren, um damit eine weitere Ausgleichswirkung zu erzielen.

In diesem Zusammenhang darf ich auch auf die **Kreisfonds** verweisen, die durch eine gezielte Punktförderung dasselbe Ziel anstreben.

Ich kann sogar noch einen Schritt weiter nach unten gehen und auf den Bereich der **Ämter** hinweisen; Sie wissen, daß die gemeinsame Aufbringung der Sozialhilfelasten ebenfalls zu einem Ausgleich innerhalb einer Gemeindegruppe führt, um große Härten zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, unter Umständen können solche Instrumente wie ich sie eben geschildert habe, angemessener sein als unmittelbare **strukturelle Änderungen** des Systems, weil es durchaus sein kann, daß etwa festgestellte Verschiebungen, wie wir es bei den kreisfreien Städten erlebt haben, nur vorübergehender Natur sind. Wenn sich diese Verschiebungen dann wieder ändern, ist man gezwungen, wieder an das System selbst heranzugehen. Deshalb möchte ich vom Grundsatz her davor warnen, an der Systematik etwas zu ändern;

(Beifall bei der CDU)

vielmehr würde ich den gezielten Ausgleichsmöglichkeiten, wie ich sie eben geschildert habe – dabei war die Aufzählung noch längst nicht vollständig – den Vorzug geben.

Wir haben ferner mit Hilfe der Landesregierung – was die Situation der **kreisfreien Städte** angeht, die hier ja ausreichend beleuchtet worden ist – vier Jahre lang zusätzlich 160 Millionen DM an die kreisfreien Städte transferiert. Das geschah genau aus dieser Überlegung heraus, zunächst einmal ohne Systemänderung einem dringenden Notstand abzuhelfen. Wir haben auch erhöhte Investitionshilfen an die kreisfreien Städte fließen lassen, aus genau demselben Grund.

Im übrigen können Sie an der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen für die kreisfreien Städte ablesen, meine Damen und Herren, daß unser Finanzausgleich funktioniert.

(Beifall bei der CDU)

Nun, ich weiß, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß Sie Ihre Anfrage in erster Linie im Hinblick auf die Situation der kreisfreien Städte gestellt haben. Sie haben das ja in der Debatte auch deutlich werden lassen. Ich habe großes Verständnis dafür, daß Sie traurig darüber sind, nicht die gesamten Unterlagen – was das **Zahlenmaterial** angeht – vorgefunden zu haben. Es ist sicherlich sehr nützlich und interessant, diese Unterlagen zu haben, und wenn man sich vom Grundsatz her über die Fragen des kommunalen Finanzausgleichs unterhält, dann ist man wohl auch gezwungen, diese Daten heranzuziehen.

(Beifall bei der SPD)

Auf der anderen Seite möchte ich aber vor einer Überbewertung dieser Unterlagen auch ein bißchen warnen, Herr Kollege Dr. Klingner, denn wenn wir diese Zahlen benutzen wollen, um ein Gesetz zu

(Heinrich Hagemann)

ändern – vielleicht sogar grundlegend zu ändern, mit der Zielsetzung, daß diese Änderung dann ab 1988 für lange Zeit gelten soll –, dann ist es sicherlich nicht ganz unproblematisch, Zahlen aus der Vergangenheit der Jahre 1981, 1983 oder auch 1985 unmittelbar dafür zu verwenden.

(Werner Liebrecht [SPD]: Was wollen Sie denn sonst als Maßstab nehmen?)

– Ich habe gesagt, „ein bißchen problematisch", Herr Liebrecht; ich bin mir dessen durchaus bewußt, daß diese Zahlen einen Informationswert haben.

Ich sehe aber auch, daß das Anfertigen dieser langen Listen natürlich eine enorme Arbeit darstellt, ich bin aber nicht der Ansicht, daß eine Diskussion über den Grundsatz des Systems des Finanzausgleichs für Sie ohne diese Zahlen unmöglich wäre. Wir können auch ohne diese Zahlen auskommen, wenn wir nur vom Grundsatz her wissen, was wir wollen. Darüber, daß wir etwas mehr in der Hand haben müssen, wenn es um einen konkreten Gesetzentwurf geht, besteht hier sicherlich keine Meinungsverschiedenheit.

Ich darf also noch einmal betonen: Der Grundsatz soll sein, daß die **kommunale Selbstverwaltung** zunächst im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten, wie es das Gesetz auch vorsieht, zurecht kommt. Belastungsverschiebungen sollten nur dann zu Systemänderungen führen, wenn feststeht, daß sie von Dauer und unabwendbar sind. Ansonsten ist es – wie schon ausgeführt – besser, flexibel zu reagieren und die Vielfalt der vorhandenen Möglichkeiten anzuwenden, um optimale Gerechtigkeit zu erreichen.

Die Grundsatzdiskussion können wir jederzeit führen. Ich meine, daß unsere Meinungsbildung dadurch nicht behindert wird, daß wir diese Zahlen nicht haben. Wir sind der Auffassung, daß sich der bisherige Finanzausgleich bewährt hat und daß die Fakten in bezug auf die besondere Situation der kreisfreien Städte, die wir inzwischen gemeinsam haben zur Kenntnis nehmen können, bei den Beratungen über eine **Verbesserung des Finanzausgleichssystems** eine große Rolle spielen werden. Wir werden, sobald der Entwurf der Regierung vorliegt, mit unseren Möglichkeiten dafür sorgen, daß dann auch schnellstmöglich eine Regelung getroffen wird, die dem entspricht, was wir im Augenblick als eine gerechte Verteilung der vorhandenen Mittel ansehen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, einer Gnadenentscheidung des Präsidiums entsprechend hat der Herr Abgeordnete Gunnesson noch für drei Minuten das Wort.

(Heiterkeit – Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Na? – Björn Engholm [SPD]: Ob daraus wohl etwas wird!)

Uwe Gunnesson [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon sehr interessant, welche Beiträge hier geleistet worden sind, die alle mit dem eigentlichen Thema nichts zu tun hatten.

Was Herr Lorenzen hier geliefert hat und was Herr Hagemann – in durchaus moderater Form – ausgeführt hat, war ja nur ein Zurückziehen auf eine Verteidigungsposition und das Eingeständnis, daß man nichts geleistet, nichts vorgelegt hat. Wir halten es für einen in der Geschichte des Schleswig-Holsteinischen Landtages doch einmaligen Vorgang, daß eine Landesregierung eine **Große Anfrage** der Opposition völlig unbeantwortet läßt. Deswegen können wir mit Sicherheit nicht darauf verzichten, Herr Abgeordneter Meyer, hier festzustellen – das ist auch eine Frage des Selbstverständnisses dieses Parlaments –, daß eine Große Anfrage der Opposition – genügend lange vorher eingereicht – unbeantwortet geblieben ist.

Wir haben darauf gedrängt. Bereits frühzeitig hat der Ministerpräsident des Landes gesagt, daß diese Sache nicht so schnell beantwortet werden könne. Das haben wir alles gewußt. Aber ich habe das sichere Wissen – das habe ich auch bei der Begründung gesagt –, daß dies machbar gewesen wäre. Man hat Monate verstreichen lassen, ehe diese Anfrage überhaupt behandelt wurde. Das hätte man ohne Schwierigkeiten schaffen können.

Ich warte natürlich noch auf eine Aussage des Innenministers, wann uns denn dieses **Datenmaterial** zumindest ausgehändigt wird.

Die zweite Frage an den Innenminister: Wann und wie soll denn die Auswertung des Materials erfolgen? Man hat uns ja damit gelockt, daß man das Material insgesamt einem wissenschaftlichen Institut zur Verfügung stellen wollte, damit man dieses „wertvolle Material" – so hat man formuliert – dann auch auswerten kann. Dies hätte dann vielleicht eine Grundlage für zukünftige neue Entscheidungen bilden können.

Hiervon habe ich heute nichts gehört. Das war wohl nur ein Lockmittel, um uns von dieser Großen Anfrage fernzuhalten beziehungsweise hierauf zu verzichten.

Die Landesregierung nehme bitte zur Kenntnis, daß wir das, was sie geantwortet hat, alles wissen. Dazu brauchten wir keine Große Anfrage zu stellen. Ob es um einwohner- und steuerkraftabhängige Schlüsselzuweisungen geht – all das, was hier geredet worden ist, gehört überhaupt nicht zur Sache, meine Damen und Herren! Auch Ihre Einlassung, Sie hätten frühzeitig auf die negative Entwicklung bei den **kreisfreien Städten** reagiert, kann man eigentlich nur so kommentieren: Sie haben die Hilfeersuchen der in Defiziten ertrinkenden kreisfreien Städte allenfalls am Ufer auf Kassette gespeichert und ihnen ein Rettungsboot versprochen. Geliefert haben Sie ein Schwimmübungsbuch und einige Flossen, damit sie über Wasser bleiben können. Mehr haben Sie nicht geleistet, meine Damen und Herren!

(Uwe Gunnesson)

Ich will mich auf Details nicht weiter einlassen. Wir können gut über beide Teile abstimmen: Erst über den ersten Teil und dann über den zweiten Absatz. Aber dies ist ein schwarzer Tag auch für das Parlament!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms (Bilsen).

Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr veehrten Damen und Herren! Für jemanden, der sich einmal wissenschaftlich mit dem **kommunalen Finanzausgleich** – und damit mit der Finanzausstattung und den Aufgaben der Gemeinden in Schleswig-Holstein – befassen mußte, aber auch für jemanden, der als Bürgermeister einer schleswig-holsteinischen Gemeinde den kommunalen Finanzausgleich und die Finanzaustattung von Gemeinden in all ihren Höhen und Tiefen live erleben konnte, ist es klar, daß diese Thematik wohl zu den kompliziertesten politischen Problemen unserer Landespolitik gehört.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Das ist wahr!)

Um so beeindruckender finde ich die besondere Leistung eines Kollegen, der wie kein zweiter die Technik beziehungsweise Systematik dieses Finanzierungssystems erkannt und durchschaut hat und aufgrund seiner profunden Kenntnisse die sinnvollen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen vermag. Ich möchte diesem Mann, der nicht nur die Anerkennung unserer Fraktion, sondern auch die der Regierung und, wie ich meine, der Opposition gefunden hat, ein herzliches Dankeschön für die von ihm geleistete Arbeit aussprechen. Heinrich Hagemann, unsere Fraktion dankt dir!

(Beifall bei der CDU)

Auch eben, liebe Koleginnen und Kollegen, hat der Kollege Hagemann in der ihm eigenen sehr präzisen Art das Pro und Kontra dieser Großen Anfrage aufgezeigt. Mir bleibt also nur ein kurzes Eingehen auf die Einlassungen, die eben noch von Ihrer Seite gemacht wurden.

Ich meine, es war von der Opposition nicht angemessen, Herr Kollege Gunnesson, so negativ darauf zu reagieren, daß die Regierung es in der Kürze der Zeit nicht vermocht hat, die gestellten Fragen umgehend zu beantworten.

(Werner Liebrecht [SPD]: Kurze Zeit? Es waren 16 Monate!)

– Das liegt ja an der Art Ihrer Fragestellung, daß man dies nicht so schnell beantworten konnte.

(Uwe Gunnesson [SPD]: Unfähigkeit!)

Aus meiner beruflichen Tätigkeit als Kaufmann und aus der Studienzeit, verehrter Herr Kollege Gunnesson, weiß ich um die Schwierigkeit, solche Zahlen in der gewünschten Form darzubringen. Wenn man nicht die Verwaltungskraft unserer Regierung lahmlegen wollte, hätte man sich seitens der Opposition auch mit der teilweisen **Beantwortung** zufriedengeben müssen.

Was mich aber erstaunt und auch ein bißchen erschrocken gemacht hat, Herr Gunnesson, war die Aussage in Ihrer ersten Einlassung – etwas schnoddderig in der Ihnen eigenen Art vorgetragen –, man müsse eben etwas von Statistik kennen. Das geschah nach dem Motto: Gunnesson kennt es, und der Rest ist doof. Herr Gunnesson, ich habe alle Statistikscheine, die man an einer deutschen Universität machen kann, erworben. Ich behaupte nicht, daß ich etwas davon verstehe. Aber ich bin schon erstaunt über die höhere Weisheit, die Sie hier verbreitet haben.

Ich bin gern bereit, in einem Privatissimum mit Ihnen

(Zurufe von der SPD)

Frage für Frage, die Sie in der Großen Anfrage gestellt haben, durchzugehen, um Ihnen nachzuweisen, daß man die Fragen bis heute nicht korrekt hätte beantworten können.

Wenn Sie dann von einer „schwarzen Stunde" des Parlaments reden, ist das nicht nur vermessen, Herr Kollege Gunnesson, sondern sogar dumm.

(Beifall bei der CDU)

Festzustellen bleibt also:

1. Der **kommunale Finanzausgleich** in Schleswig-Holstein hat sich in jeder Form bewährt. Er ist das geeignete Instrumentarium, gleiche Lebensbedingungen in Stadt und Land zu verwirklichen,

(Sigrid Warnicke [SPD]: Das sagen Sie mal den kreisfreien Städten!)

ohne jedoch, sehr verehrte Frau Kollegin Warnicke, in die kommunale Hoheit einzugreifen.

2. Mittels dieses Systems ist es gelungen, die Gemeinden und Städte so auszustatten, daß sie ihren laufenden **Aufgaben** nachkommen können – und das sogar gut.

3. Mittels der aufgabenbezogenen **Zuweisungen** kann zugleich unterschiedlichen Aufgabenbelastungen Rechnung getragen werden. Ich erinnere an die enormen Anstrengungen, die wir in diesem Lande etwa bei der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, beim Straßenbau sowie im Rahmen unserer Leistungen für die Städtebauförderung, aber auch im Hinblick auf Krankenhäuser, Theater und Schulbauten gemacht haben. Das war schon eine grandiose Aufbauleistung, die mit diesen Möglichkeiten geschafft wurde.

Und es ist auch gut und richtig so, daß der Anteil der auftrags- und zweckgebundenen Zuweisungen, die direkt für einen bestimmten Zweck verwandt werden müssen, nur 34 % beträgt. Bei dem Rest handelt es sich um allgemeine, frei verfügbare Deckungsmittel. Darauf lege ich als kommunaler Bürgermeister auch großen Wert.

(Lachen bei der SPD)

(Rainer Ute Harms (Bilsen))

– Sie mögen das vielleicht nicht hören: Aber dieser erfreuliche Teil beweist die sich wie ein roter Faden durch unsere Politik ziehende Kommunalfreundlichkeit der CDU-Fraktion Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei der CDU)

4. Neue politische Entwicklungen bedingen aber auch die Anpassung selbst eines so guten Systems, wie es dieses Finanzausgleichssystem ist. So muß eine Änderung dieses Systems berücksichtigen, daß sich die Sozialhilfeleistungen in unseren Kommunen unterschiedlich entwickelt haben. Dies trifft besonders die **kreisfreien Städte**. Wir wissen das. Ihnen muß also geholfen werden. Wir haben das in diesem Jahr mit erheblichen Finanzzuweisungen getan.

Wenn auch eine horizontale Änderung des Finanzausgleichsgesetzes notwendig erscheint, sind die vier Städte dennoch gehalten, ihren eigenen Beitrag zur Sanierung ihrer Haushaltsprobleme zu leisten.

Wir kleinen Dorfbürgermeister – und für die möchte ich hier mal reden; das ist immerhin eine Mehrheit, denn von den anderen haben wir nur vier –

(Beifall bei der CDU)

werden dies mit Argusaugen beobachten. Denn bei uns in den Dörfern wissen wir, daß wir nur das machen dürfen, was wir auch bezahlen können.

(Beifall bei der CDU)

Zusammenfassend, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, möchte ich noch einmal feststellen: Das **System der Finanzausstattung** unserer Städte und Gemeinden hat sich in jeder Beziehung bewährt. Es ist ausgewogen und kommunalfreundlich. Von daher muß es nur geändert werden, wenn dies durch politische Veränderungen notwendig geworden ist.

Dieser Bericht gibt einen guten Überblick über die Situation in unserem Lande. Der Regierung gebührt dafür Dank, Herr Minister!

(Beifall bei der CDU)

Denn der neue Landtag wird diesen Bericht zusammen mit den dann vorliegenden Zahlen in seine Beratungen des kommunalen Finanzausgleichs einbeziehen. Wir sind stolz auf dieses kommunale Finanzierungssystem. Wir meinen: Es ist ein gutes System. Und ich möchte schließen mit einem nochmaligen Dank an den Kollegen Heinrich Hagemann!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 10/2137. Auf Wunsch des Abgeordneten Karl-Otto Meyer werden wir über diesen Antrag satzweise abstimmen. Ich rufe zur Abstimmung Satz 1 aus der Drucksache 10/2137 auf. Wer dem Satz 1 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist hinsichtlich des Satzes 1 abgelehnt worden.

Ich rufe den Satz 2 auf. Wer dem Satz 2 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Meyer ist Satz 2 des Antrags abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt den Gesamtantrag zur Abstimmung auf. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 10/2137 – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Meyer ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt worden.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 9 und 22 auf:

Gemeinsame Beratung

a) **Verbesserung der Situation Alleinerziehender**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/2096

b) **Bericht über die Lebenssituation alleinerziehender Mütter und Väter in Schleswig-Holstein**

Landtagsbeschluß vom 25. November 1986
Drucksache 10/1763

Bericht der Landesregierung
Drucksache 10/2107

Zur Begründung des Antrages der Fraktion der SPD, Drucksache 10/2096, erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Paulina-Mürl.

Lianne Paulina-Mürl [SPD]:

Herr Präsident, ich bitte Sie, anders zu verfahren, nämlich erst den Bericht geben zu lassen, denn in der Antragsbegründung möchte ich natürlich auf diesen Bericht eingehen. Es wäre dann vielleicht leichter nachzuvollziehen.

Präsident Rudolf Titzck:

Frau Abgeordnete Paulina-Mürl möchte jetzt nicht sprechen. – Frau Parlamentarische Staatssekretärin Schuster hat das Wort. Sie gibt für die Landesregierung den erbetenen Bericht.

Annemarie Schuster [CDU], Parlamentarische Staatssekretärin:

Vielen Dank, Herr Präsident. Frau Paulina-Mürl, wir hatten das ja auch so verabredet. Vielen Dank.

Präsident Rudolf Titzck:

Frau Parlamentarische Staatssekretärin, ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich in Zukunft in solche Absprachen einbezogen würde.

(Heiterkeit und Beifall)

Annemarie Schuster [CDU], Parlamentarische Staatssekretärin:

Jawohl, Herr Präsident; ich bitte um Entschuldigung.

(Annemarie Schuster)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem **Bericht zur Lebenssituation Alleinerziehender** und ihrer Kinder in Schleswig-Holstein hat die Landesregierung zu einem weiteren Bereich aus dem Frauenbericht Stellung genommen. Die Landesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang auch den Berichtsantrag der CDU-Fraktion zur Lebenssituation Alleinerziehender.

Bereits in meiner Stellungnahme zu diesem Antrag im November vergangenen Jahres habe ich darauf hingewiesen, daß die **mangelnde Datenlage** hinsichtlich der sozialen und materiellen Situation Alleinerziehender wenig allgemeine Aussagen über diese Personengruppe in unserem Land ermöglicht. Dieses Problem ergab sich auch schon – wie bekannt – bei der Erstellung des Frauenberichts.

Im Rahmen des zukunftsorientierten Frauenprogramms der Landesregierung habe ich daher Anfang **1985** ein **Gutachten** an die Pädagogische Hochschule Kiel in Auftrag gegeben. Es enthält Aussagen über die materielle und soziale Situation der Alleinerziehenden in Schleswig-Holstein und hat unter anderem dem vorliegenden Bericht der Landesregierung zugrunde gelegen.

Meine Damen und Herren, dem Schutz und der Förderung der Familien hat unsere Landesregierung stets einen hohen Stellenwert eingeräumt. Die **Familienpolitik der Landesregierung** – ich bin seit 1971 zunächst als Regierungsbeauftragte, später als Parlamentarische Staatssekretärin für diesen Bereich mit zuständig gewesen – hat stets die alleinerziehenden Familien in alle Maßnahmen integriert. Außerdem habe ich 1972 den Verband gegründet; denn schon damals fiel mir die relativ große Zahl der alleinerziehenden Mütter und Väter auf.

Darüber hinaus haben wir besondere Hilfen zum Beispiel mit den Modellprojekten für ledige alleinerziehende Mütter angeboten, ohne damit Alleinerziehende schlechthin als eine Problemgruppe zu bezeichnen. Das wäre auch gar nicht möglich, denn, wie das Gutachten bestätigt hat – es gibt andere Untersuchungen zum Beispiel vom Jugendinstitut München, die das auch verdeutlichen –, zeigt sich, daß es Alleinerziehende quer durch alle Bevölkerungsgruppen gibt. Dementsprechend ergibt sich hinsichtlich der Erwerbstätigkeit und der Einkommenssituation ebenfalls ein sehr differenziertes Bild. Ledige alleinstehende Mütter stehen sich finanziell am schlechtesten, verwitwete und Väter am besten.

Richtig ist aber auch, daß das **verfügbare Einkommen** von **alleinerziehenden Familien** in der Regel geringer ist als in Familien mit Vater und Mutter, da die Betreuung und die Erziehung der Kinder die Möglichkeit, Erwerbseinkommen zu erzielen, einschränkt oder aber dafür Betreuungskosten bezahlt werden müssen.

Geprägt ist die finanzielle Situation der alleinerziehenden Familien aber auch durch die Tatsache, daß etwa 85 % Alleinerziehende **Frauen** sind. Hier wirkt sich die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben und damit auch im Einkommen als auch, was ihre Gleichberechtigung im Alltag anbetrifft, sehr deutlich aus. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß die frauentypischen Berufe wenig Aufstiegsmöglichkeiten, ein geringes Einkommen und somit keine zukunftsträchtigen Arbeitsplätze beinhalten. Im Gegensatz dazu stehen sich alleinerziehende Väter finanziell erheblich besser. Das heißt, sowohl ihre Wohnsituation als auch die Kinderbetreuung lassen sich mit höheren Einkommen wesentlich besser regeln.

Nicht zuletzt! Dieses Gutachten bestätigt die **Frauenpolitik der Landesregierung**, daß es nämlich notwendig ist, gerade traditionelle Frauenberufe im Umgang mit modernen Technologien zu modernisieren, Frauen verstärkt an die Anwendung moderner Techniken hinzuführen und damit Aufgeschlossenheit für die von den modernen Techniken erwachsenden neuen Berufsfelder zu eröffnen. Denn dort wird – wie Sie wissen – in den nächsten Jahren das Geld verdient.

Alleinerziehen ist keine neue Lebensform. In diesem Punkt, Frau Paulina-Mürl, teile ich Ihre Meinung nicht. Das Gutachten der Pädagogischen Hochschule, das auf einer Befragung von 350 alleinerziehenden Eltern mit 550 Kindern beruhte, brachte in den Aussagen der Alleinerziehenden deutlich hervor, daß 78,7 % der Befragten grundsätzlich wieder eine Partnerschaft um ihrer selbst und ihrer Kinder willen eingehen würden. Nur ein verschwindend kleiner Teil hat von Anfang an **Alleinerziehen** als **neue Lebensform** geplant. Der größte Teil – das sind über 50 % – ergibt sich aufgrund von Scheidung oder Trennung. Mit anderen Worten: Bei den Alleinerziehenden handelt es sich um eine Gruppe von Personen, die eine Beziehung eingegangen waren, die sie für stabil genug hielten, um Kinder in die Welt zu setzen.

Betrachtet man nun die Zahl der Ehescheidungen in Schleswig-Holstein, so wird deutlich, daß diese mit Inkrafttreten des neuen Ehescheidungsrechts erheblich angewachsen ist. Die **Zahl der Ehescheidungen** stieg von 1062 im Jahre 1978 auf 6231 im Jahre 1984; seitdem ist sie wieder leicht rückläufig mit 5290 Scheidungen im Jahre 1986. Die **Zahl der Eheschließungen** lag im Vergleich dazu in den letzten vier Jahren bei etwa 15 000. Es ist zu vermuten – und das „vermuten" muß ich hier unterstreichen –, daß die **Zahl der alleinerziehenden Familien** und ihrer Kinder zugenommen hat. Nach wie vor beruhen unsere Zahlen der alleinerziehenden Mütter, nämlich 37 900, und der alleinerziehenden Väter, nämlich 7000, mit insgesamt 66 500 Kindern unter 18 Jahren auf dem Mikrozensus aus dem Jahre 1982. Auch alle Daten zur sozialen und materiellen Situation der Alleinerziehenden sind inzwischen überaltet.

Dieses Beispiel sollte eigentlich allen deutlich machen, wie notwendig und wie wichtig die Volkszählung ist.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich verwenden wir ja Steuermittel, die nach bestimmten Prioritäten bestimmten Gruppen unserer Bevölkerung zugute kommen sollen. Die Alleinerzie-

(Annemarie Schuster)

henden sind eine Gruppe. Hier sind verläßliche Kriterien unbedingt notwendig.

Einen weiteren Punkt aus dem Bericht der Landesregierung möchte ich an dieser Stelle hervorheben. Das ist die **Erwerbstätigkeit** vor allem der Mütter und das Problem der **Kinderbetreuung** bei Alleinerziehenden. Alle bisherigen Untersuchungen zeigen deutlich, daß Alleinerziehende in jeder Altersklasse der Kinder wesentlich häufiger erwerbstätig sind als verheiratete Frauen. Nach der vorliegenden Untersuchung gaben 61,3 % der befragten alleinerziehenden Mütter an, daß sie regelmäßig einer Teilzeit-oder Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Nach dem Mikrozensus von 1982 für die Bundesrepublik standen von den 782 600 alleinerziehenden Müttern 54,9 % im Erwerbsleben. Für Alleinerziehende stellt sich damit in besonderem Maße das Problem von Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Entscheiden sich die Alleinerziehenden für die Familienrolle, entfällt zwar die Doppelbelastung, dafür steigt aber die finanzielle Belastung. Entscheiden sie sich für die Berufstätigkeit, sind sie bei der Versorgung ihrer Kinder auf ein gut funktionierendes System der Kinderbetreuung angewiesen. Jede berufliche Veränderung oder Aufstiegsmöglichkeit muß danach beurteilt werden, wieweit sich die Bewältigung beider Aufgaben ermöglichen läßt.

Es ist richtig und zeigt sich ganz deutlich, daß gerade alleinerziehende Mütter mit Kleinkindern Schwierigkeiten haben, diesen Konflikt zwischen der Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung zu bewältigen. Nach der uns vorliegenden Untersuchung waren über die Hälfte der zu betreuenden Kinder noch keine zehn Jahre alt. Daran wird deutlich, daß die alleinerziehenden Eltern eine intensive Betreuungsarbeit zu leisten und zu organisieren haben. Auch wenn nach der Untersuchung die deutliche Mehrheit der Alleinerziehenden mit der Betreuungssituation relativ zufrieden war, hatte mehr als Hälfte mit Schwierigkeiten zu kämpfen, um das Betreuungsproblem zu lösen.

Die **Landesregierung** hat dem stets durch die **Förderung von Kindergärten** Rechnung getragen. Im Landesdurchschnitt haben wir für jedes zweite Kind im kindergartenfähigen Alter einen Kindergartenplatz. Insgesamt gibt es in Schleswig-Holstein 44 000 Kindergartenplätze in 885 Kindergärten.

Zusätzlich haben wir im Rahmen unseres zukunftsorientierten Frauenprogramms die **Förderung von Müttertreffs** vorgesehen. Mehr als 300 Müttertreffs in unserem Land, die mit weit über 300 000 DM gefördert werden, sind sowohl eine geeignete Hilfestellung für die Integration Alleinerziehender als auch ein weiterer Weg, um das Kinderbetreuungsproblem über Müttertreffs, Müttergruppen zu regeln.

Als dritte Maßnahme fördern wir die Verbesserung von Öffnungszeiten in den Kindergärten. Im Haushalt 1987 stehen dafür 400 000 DM zur Verfügung, die übrigens schon abgerufen sind.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr gut!)

Wir fördern damit zusätzlich die **flexible Öffnung von Kindergärten** in dem Sinne, daß diese zum Beispiel bereits um 7.00 Uhr öffnen oder erst um 18.00 Uhr schließen.

Darüber hinaus ist es aber wichtig, ganzjährig geöffnete Kindergärten zu haben, weil die Schulferien nicht allgemeine Ferienzeit für Erwerbstätige sind.

Meine Damen und Herren, die Förderung von flexiblen Öffnungszeiten – das möchte ich hier noch einmal ausdrücklich betonen – ist in unserem Land in einem ganz besonderen Maße angenommen worden; es ist eine weitere Maßnahme, um die Lebenssituation Alleinerziehender und ihrer Kinder noch zu erleichtern.

Im Rahmen der Familienpolitik der Landesregierung sind alleinerziehende Familien gefördert worden. In zwei **Modellversuchen**, nämlich in Lübeck und in Rendsburg, wurden drei Jahre hindurch alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern betreut und hinsichtlich der Familienaufgaben fachlich beraten und unterstützt. Zusätzlich wurde ein Modellversuch im ländlichen Raum, nämlich in Rendsburg, zur Förderung von Alleinerziehenden eingerichtet. Dieser Versuch ist noch nicht abgeschlossen. Hier stehen jährlich 100 000 DM zur Verfügung.

Auch der Verband alleinerziehender Mütter und Väter hat aus dem Landeshaushalt für einzelne Projekte Zuwendungen erhalten. 1986 waren das Mittel in Höhe von 25 000 DM. Im Haushalt 1987 sind für die Familienberatung 1,07 Millionen DM, für die Familienbildungsstätten 1,35 Millionen DM und für die Familienseminare 630 000 DM bereitgestellt worden. Alleinerziehende Familien hat die Landesregierung damit einerseits in den Familienseminaren, andererseits durch das Kursangebot in den Familienbildungsstätten und in Selbsthilfegruppen der Familienberatung gefördert.

(Beifall bei der CDU)

Das wird auch ganz enorm angenommen und steigt noch. Ich habe die Zahlen von 1987 natürlich noch nicht vorliegen, weil das Jahr noch nicht zu Ende ist, aber ich kann die Entwicklung schon an dem vorigen Jahr absehen. In diesem halben Jahr ist das ganz enorm angestiegen und wird gern – wie mir die Briefe und Gespräche bestätigen – genutzt.

Was die Verbesserung der materiellen Situation Alleinerziehender anbetrifft, sind es in erster Linie bundesgesetzliche Regelungen, die hier greifen. Die **Familienpolitik der Bundesregierung** – an dieser Stelle möchte ich ausdrücklich das Engagement unserer Bundesministerin Rita Süssmuth betonen – hat eine Vielzahl von Verbesserungen gerade für alleinerziehende Familien durchgesetzt.

(Beifall bei der CDU – Fritz Latendorf [CDU]: Sehr gut!)

Der besonderen Problemlage alleinerziehender Familien trägt insbesondere folgendes Rechnung:

(Annemarie Schuster)

1. Das **Erziehungsgeld**, das nicht

(Zuruf der Abgeordneten Sigrid Warnicke [SPD])

wie die Sozialhilfe, die Arbeitslosenhilfe und das Wohngeld auf andere Sozialleistungen angerechnet wird.

2. Die **Einkommensgrenze** für Alleinerziehende ist so zu bemessen, daß wirtschaftlich nicht gutgestellte Einelternfamilien von einer Minderung des Erziehungsgeldes nicht betroffen sind.

3. Seit Januar 1986 ist bei der Einkommensteuer der **Kinderfreibetrag** von 432 DM unter Einbeziehung der zusätzlichen Sonderausgaben-Höchstbeträge für Vorsorgeaufwendungen von 900 DM pro Kind auf 2484 DM pro Kind erhöht worden.

(Sigrid Warnicke [SPD]: Davon erhalten die Alleinerziehenden die Hälfte! Sagen Sie das bitte dazu!)

– Immer schön langsam; immer der Reihe nach! Wir freuen uns, daß überhaupt etwas passiert ist.

(Beifall bei der CDU – Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

4. Als völlig neue Leistung wurde ebenfalls ab Januar 1986 ein **Kindergeldzuschlag** bis zur Höhe von 46,– DM pro Kind und Monat für diejenigen beschlossen, die wegen der geringen Höhe ihres Einkommens den Steuerfreibetrag nicht oder nicht in vollem Umfang nutzen können. Das bedeutet für das erste Kind praktisch eine Verdopplung des bisherigen Kindergeldbetrages.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

5. Durch die Errichtung der **Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens"** erhalten schwangere Frauen – hier ist insbesondere die Problemgruppe der ledigen alleinerziehenden Mütter betroffen – selbst dann staatliche Hilfe, wenn andere Leistungen wie Sozialhilfe und Wohngeld bereits ausgeschöpft sind und die Voraussetzungen für die Gewährung dieser Sozialleistungen nicht vorliegen. Schleswig-Holstein erhielt aus der Bundesstiftung 1986 und 1987 3,4 Millionen DM.

6. Alleinerziehende, die Sozialhilfeempfänger sind, erhalten einen **Mehrbedarfszuschlag**, der 20 % vom Regelsatz beträgt.

(Sigrid Warnicke [SPD]: Bis zum siebten Lebensjahr des Kindes!)

– Ja, und? Ich kann immer wieder nur sagen: Immer schön der Reihe nach. Frau Süssmuth hat ja angekündigt, in dieser Legislaturperiode würden wir in der Sorge um unsere Familien fortschreiten. Und dazu gehören die Alleinerziehenden auch.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

7. Alleinerziehende erhalten für jedes Kind unter zwölf Jahren einen **Freibetrag beim Wohngeld** in Höhe von 1200 DM, wenn sie wegen Erwerbstätigkeit oder Ausbildung nicht nur kurzfristig vom Haushalt abwesend sind.

8. Ferner erhalten Alleinerziehende bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer) einen **Haushaltsfreibetrag**. Dieser ist vom 1. Januar 1986 von 4212 DM auf 4536 DM erhöht worden.

9. Seit dem 1. Januar 1984 können erwerbstätige Alleinerziehende **Kinderbetreuungskosten** bei der Einkommensteuer (Lohnsteuer) einkommensmindernd absetzen. Für jedes Kind unter 16 Jahren können sie ohne Nachweis einen Pauschbetrag in Höhe von 480 DM in Anspruch nehmen. Über den Pauschbetrag hinaus können sie nachgewiesene höhere Kosten bis zu 4000 DM im Jahr für das erste Kind und bis zu 2000 DM für jedes weitere Kind abziehen.

10. Seit dem 1. Januar 1986 kann der Kinderbetreuungskostenabzug im gleichen Umfang von behinderten oder mindestens drei Monate erkrankten Alleinerziehenden in Anspruch genommen werden.

Meine Damen und Herren, bei der Vielzahl dieser Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation alleinerziehender Familien und ihrer Kinder, die sowohl vom Bund als auch in unserem Land ergriffen worden sind, kann ja wohl gar keine Rede davon sein, daß alleinerziehende Familien diskriminiert werden. Das Gegenteil ist doch wohl der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Das vorliegende Gutachten zeigt auch, daß zwei Drittel der befragten **Alleinerziehenden** nicht das Gefühl hatten, von der **Umwelt** voreingenommen behandelt zu werden. Im Rahmen unserer Frauenpolitik in Schleswig-Holstein haben wir stets der besonderen Lebenssituation Alleinerziehender Rechnung getragen und sie in alle bisherigen Maßnahmen vorurteilsfrei einbezogen.

Meine Damen und Herren, ich denke, nach diesen Ausführungen und nach dem Bericht der Landesregierung zur Lebenssituation Alleinerziehender erübrigen sich eigentlich detaillierte Ausführungen zum **Antrag** der **SPD-Fraktion**. Auf diesen Antrag wird im übrigen nachher noch meine Kollegin Frau Gravert eingehen. Es sind bisher eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen worden, die insbesondere auf die Initiative und die Familienpolitik der Bundesregierung unter Helmut Kohl zurückzuführen sind.

Ich kann mich daher – ich darf das einmal sagen – nur wundern, daß die SPD-Fraktion mit diesem detaillierten Antrag, der auf bundesgesetzliche Regelungen zurückgeht, jetzt kommt,

(Lianne Paulina-Mürl [SPD]: Nicht nur!)

obwohl – na, ein bißchen! – die sozial-liberale Koalition in Bonn ja Zeit genug gehabt hätte, irgendwelche Maßnahmen zur Verbesserung der Alleinerziehenden zu treffen.

(Beifall bei der CDU – Bertold Sprenger [CDU]: Die haben 13 Jahre lang nichts gemacht!)

(Annemarie Schuster)

– Genau! Herr Kollege Sprenger, in jenen Jahren ist wenig für Alleinerziehende getan worden. Es ist in der Tat eine Augenwischerei und ein reines Wahlkampfmanöver, wenn Sie unterstellen, daß unser Familienbegriff Alleinerziehende ausgrenzt. Das stimmt überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU – Fritz Latendorf [CDU]: Sehr gut!)

Im übrigen will ich Ihnen einmal etwas sagen. Ich bin auch schon einmal eine alleinerziehende Mutter gewesen. Man kann es jeden Tag werden. Sie können auch alleinerziehender Vater werden. Ich finde es ganz schlimm, daß so etwas überhaupt erwähnt wird. Wenn das Schicksal es will und Sie dann mit drei oder vier Kindern dasitzen, dann kann doch keiner etwas dafür. In unserem Hause fällt es keinem ein, das als Diskriminierung zu empfinden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Sozialministerin Ursula Gräfin von Brockdorff betritt den Plenarsaal – Fritz Latendorf [CDU]: Der Beifall gilt Frau Schuster!)

– Uns beiden!

Meine Damen und Herren, ich denke, mit dem vorliegenden Bericht wird deutlich, daß alleinerziehende Familien für uns Familien wie andere sind, die allerdings aufgrund ihrer Mehrfachbelastung und wegen des überproportionalen Anteils von Frauen besonderer Unterstützung bedürfen.

Ich darf jetzt ja gar nicht so ausführlich zu den Zwischenrufen etwas sagen, aber es liegt mir so sehr am Herzen, doch noch etwas zu erwähnen, weil ich mich selber seit 1971/72 dafür engagiert habe. Liebe Frau Kollegin Warnicke, lassen Sie mich deshalb doch noch sagen: Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie solche Zwischenrufe machen.

(Sigrid Warnicke [SPD]: Das ist erlaubt!)

Sie können gern kritisieren; das kann ich auch vertragen. Nur, Sie können doch nicht in vier Jahren alles mit einemmal verändern.

(Beifall bei der CDU – Sigrid Warnicke [SPD]: Sie haben die Situation verschlechtert! Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!)

Die Bundesregierung in Gestalt von Frau Süssmuth hat zusammen mit dem Finanzminister große Fortschritte erreicht. Und Frau Süssmuth hat erklärt – sie setzt sich schon durch; da bin ich ganz sicher –,

(Fritz Latendorf [CDU]: Das ist eine mutige Frau!)

daß in dieser Legislaturperiode weitere familienpolitische Akzente gesetzt werden und umgesetzt werden. Wir werden ihr dabei helfen.

(Beifall bei der CDU)

Abschließend möchte ich mich herzlich bedanken; dies nicht nur bei der CDU-Fraktion, die in all den Jahren bezüglich dieses Gebietes großes Verständnis gezeigt hat, indem sie die entsprechenden Haushaltstitel immer fein kräftig erhöht hat,

(Fritz Latendorf [CDU]: Auf sanften Druck hin!)

sondern auch bei den Professoren Dieckmann, Kruber, Otto und Pallasch sowie bei den Studentinnen und Studenten der Pädagogischen Hochschule, die sich unendlich viel Mühe gegeben haben, dieses Gutachten – das ist wegen der Schwierigkeiten mit dem Statistischen Landesamt nicht ganz einfach; nicht mit dem Amt,

(Fritz Latendorf [CDU]: Wegen des Datenschutzes!)

sondern wegen der Schwierigkeit, von den Daten Gebrauch zu machen –, zu erstellen. Im übrigen, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen sagen, daß Sie das Gutachten bei mir anfordern können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Frau Abgeordnete Paulina-Mürl, jetzt haben Sie das Wort.

Lianne Paulina-Mürl [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Frau Schuster, das mit den Grundrechenarten in Schleswig-Holstein muß ein schwieriges Unterfangen sein. Ich bin sicher, daß meine Kollegin Frau Warnicke Ihnen nachher vorrechnen wird, daß die jetzige Bundesregierung die Zahlungen effektiv verschlechtert hat.

(Beifall bei der SPD)

Aber zum Thema! Anläßlich der Debatte zum Bericht zur Situation der Frauen in Schleswig-Holstein 1985 hatte Frau Schuster schon die **Studie** über die **Lebenssituation der alleinerziehenden Mütter und Väter** in Schleswig-Holstein angekündigt; auch im Rahmen der Anhörung zum Frauenbericht hat diese Studie eine Rolle gespielt. Es wurde des öfteren darauf verwiesen.

Seit **Dezember 1986** liegt die Studie vor. So war es jedenfalls der Presse zu entnehmen. Sie können mir glauben: Ich habe als Betroffene – ich bin selbst alleinerziehende Mutter von zwei Kindern – große Erwartungen an diese Studie geknüpft und habe auch mit großen Erwartungen dem Bericht der Landesregierung entgegengesehen.

Ich war auch bereit, Frau Schuster, in diesem Zusammenhang über das **Verfahren**, das die Opposition jedesmal geboten bekommt, hinwegzusehen, nämlich montags mittags einen Bericht zu kriegen

(Annemarie Schuster [CDU]: Das ist nicht meine Schuld!)

und dann dienstags oder mittwochs darüber zu debattieren, ohne daß man vernünftig sondieren und noch mit den betroffenen Verbänden darüber sprechen kann. Also, ich war auch noch bereit, dies hinzunehmen, weil es mir darum ging, daß parlamentarisch das Thema beraten und im Sinne der Betrof-

(Lianne Paulina-Mürl)

fenen vorangebracht wird. Aber das, was die Landesregierung dann nach einem Jahr abgeliefert hat, spottet jeder Beschreibung, Frau Schuster. Ich will das einmal so deutlich sagen.

Lächerliche 16 1/2 **Seiten** umfaßt der **Bericht**. Ich habe sie mir genau durchgelesen und analysiert. Ich werde Ihnen sagen, was dabei herauskommt: Von den 16 1/2 Seiten sind drei Seiten Einleitung; siebeneinhalb Seiten sind Situationsbericht, fünf Seiten bringen eine Aufzählung der Wohltaten der Landesregierung und eine Rechtfertigung der Landespolitik,

(Annemarie Schuster [CDU]: Ja!)

und eine Seite macht die Zusammenfassung aus. Das heißt, siebeneinhalb Seiten sind der Lebenssituation von etwa 50 000 Alleinerziehenden mit 80 000 Kindern unter 18 Jahren gewidmet! Ich frage Sie: Schämen Sie sich eigentlich gar nicht?

(Beifall bei der SPD - Annemarie Schuster [CDU]: Nein, überhaupt nicht!)

- Na, das ist aber sehr bezeichnend.

Um keinen falschen Zungenschlag in die Debatte zu bekommen: Ich glaube sehr wohl, daß die Studie allen wissenschaftlichen Kriterien entspricht, während Ihr Bericht nur Ausdruck Ihres notorischen Zwanges zum Eigenlob ist. Es drängt sich nämlich die Frage auf, warum wir die Studie nicht erhalten, und es erstaunt mich, daß Sie diese Studie erst eben jetzt, nach Ihrem Bericht, der Öffentlichkeit angeboten haben. Ich hätte sie gern vorher gelesen. Enthält diese Studie unter Umständen Fakten, Daten und Schlußfolgerungen, die eben nicht in Ihr Konzept und in Ihre Ideologie passen, soll etwas verborgen bleiben? Das wären sehr spannende Fragen gewesen.

Nun will ich mich den siebeneinhalb mageren Seiten Ihres Berichtes inhaltlich zuwenden. Die Untersuchung bestätigt Tatsachen, die aus anderen Erhebungen bekannt sind, auch für Schleswig-Holstein. Sie haben einiges davon genannt. Mehr Frauen als Männer sind Alleinerziehende. Alleinerziehenden geht es wirtschaftlich schlechter als Zweielternfamilien, dabei sind die Frauen wiederum schlechter gestellt als die Männer. Dieses Muster spiegelt sich in der **Einkommens-** und auch in der **Wohnungssituation** wider. Die Alleinerziehenden sind in jeder Altersklasse der Kinder wesentlich häufiger berufstätig, Sie nannten einige Dinge.

Allerdings stellt der Bericht auch heraus, daß Kinder Alleinerziehender zu größerer Selbständigkeit erzogen worden sind und daß die Schulleistungen dieser Kinder mit nur weniger als einem Viertel den negativen Auswirkungen der Trennung der Eltern unterliegen. Ich finde, es ist zu begrüßen, daß endlich einmal Vorurteile gegenüber Kindern aus Einelternfamilien öffentlich korrigiert werden.

(Beifall bei der SPD)

In dem Bericht werden aber auch die erheblichen Belastungen und Anforderungen genannt, die von den Alleinerziehenden - und hier müssen immer besonders die Mütter genannt werden - bewältigt werden müssen.

Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** ist natürlich das größte Problem. Es ist richtig, entweder ist vorhanden die Doppelbelastung in Form von Hausarbeit plus Berufsarbeit oder, entscheidet man sich für die Familienarbeit, die schlechtere materielle Situation. Dies ist genau der Punkt, Frau Schuster, an dem Ihre Wahlfreiheitsideologie, die Sie den Familien predigen, zu Bruch geht. Diese Alleinerziehenden haben diese Wahlfreiheit eben nicht, und da nützt auch das vollmundige Bekenntnis der Landesregierung zu dem hohen Stellenwert, den sie auch den Einelternfamilien zumißt, nichts; denn die **faktische Benachteiligung der Einelternfamilien** zeigt, daß Ihre Argumentation unredlich ist. Fein säuberlich argumentieren Sie in Ihrem Bericht an den kritischen Punkten vorbei, und ich will Ihnen das an einigen Beispielen aufzählen.

Erstes Stichwort sind die **Unterhaltsvorschußkassen**. Sie preisen die Unterhaltsvorschußkassen, zweifelsohne ein wichtiges Instrument für Alleinerziehende, ohne allerdings die Ehrlichkeit zu besitzen - die von Herrn Kribben heute morgen uns gegenüber immer eingeklagt worden ist -, zu sagen, daß Sie hier in Schleswig-Holstein das Gesetz über die Unterhaltsvorschußkassen abgelehnt haben und daß Sie es erst der sozial-liberalen Koalition zu verdanken haben, daß dies als Bundesgesetz eingeführt worden ist. Nun gut! Immerhin preisen Sie dieses Instrument - aber, Frau Schuster, ohne zu sagen, daß die Studie zu diesem Instrument ganz deutlich sagt, daß die Alleinerziehenden fordern, daß die Dauer der Inanspruchnahme dieser Kasse über das Kindesalter von sechs Jahren hinaus zu verlängern sei. Dort sind ganz deutliche Zielvorstellungen formuliert worden. In Ihrem Bericht kommt das überhaupt nicht mehr vor. Sie nennen ebenfalls nicht die von den Alleinerziehenden erhobene Forderung, daß die Absetzungsfähigkeit von Betreuungsaufwendungen für Kinder im Krankheitsfall der alleinerziehenden Eltern zu verbessern sei. Es ist interessant, was alles bei Ihrem Bericht aus der Studie herausgefallen ist.

Das zweite Stichwort sind die **Partnerbeziehungen**. Sie stellen die Alleinerziehenden als beziehungswillig und beziehungsfähig dar, denen auch in bezug auf die Kinder die Bezugsperson fehlt. Das ist völlig unumstritten. Aber Sie tun so, als ob es nur einen neuen Heiratsmarkt zu organisieren gelte, und dann seien die Probleme gelöst. Sie unterschlagen dabei die klare Aussage, daß der Wunsch nach einer neuen Partnerschaft nicht identisch ist mit der Neugründung einer Familie herkömmlicher Vorstellung. Im Gegenteil, die Alleinerziehenden haben in der Studie deutlich formuliert, daß sie als Betroffene einen Vorzug der Einelternfamilie in einer besseren Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sehen.

Das dritte Stichwort ist die grundlegend **neue Lebensorientierung der Alleinerziehenden** in bezug auf Beruf, Kindererziehung und Ehe und der damit verbundenen Entwicklung des Selbstwertgefühls und

(Lianne Paulina-Mürl)

des Selbstbewußtseins. Die klaren Aussagen der Betroffenen finden in Ihrem Bericht überhaupt nicht statt, nämlich wie sich die gewonnene relative Zufriedenheit positiv auf die Erziehung der Kinder auswirkt.

Ihr magerer Bericht leistet nichts an Aussagen zu den **sozialpsychologischen Faktoren der Einelternfamilie**. Weder nähert er sich dem Problem des vermehrten Scheiterns von Partnerschaften und Ehen mit Kindern, noch deutet er auf die besonderen gesellschaftlichen Spannungen hin, denen die Familie heute ausgesetzt ist, die viele zusammen mit den Anforderungen verantwortlicher Elternschaft nicht bewältigen können. Ihre Beschwörung, die Einelternfamilie nicht als neue Lebensform herauszustellen, zeigt ihre familienideologischen Ängste.

(Annemarie Schuster [CDU]: Ich habe keine Angst!)

Sie haben nämlich meine Presseerklärung überhaupt nicht richtig gelesen. Ich habe in der Pressekonferenz dort von einer **Lebensform** gesprochen, die **neue Orientierungen und Hilfen** braucht. Ich habe nicht von einer neuen Lebensform gesprochen. Es zeigt aber, wo Ihre Angst bei diesem Thema sitzt.

(Annemarie Schuster [CDU]: Ich habe keine Angst!)

– Doch, sehr deutlich!

Sie haben auch von der **Integration der Alleinerziehenden** gesprochen. Ich habe das alles gar nicht richtig begriffen. Ich habe immer gedacht, die befänden sich innerhalb dieser Gesellschaft und nicht außerhalb. In diesem Fall hier geht es überhaupt nicht um das Herausstellen einer Lebensform, sondern um die Entwicklung zu Alleinerziehenden.

Jede siebente Familie ist nach dem Mikrozensus – und das muß man deutlich sagen – in der heutigen Gesellschaft eine Einelternfamilie. Das ist eine schlichte Tatsache, die politisches Handeln erfordert, und das ist auch der Grund für unseren Antrag. Er will die rechtlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Maßnahmen aufgreifen und so verändern, daß eine Gleichstellung der Einelternfamilie verwirklicht werden kann.

Nun will ich Ihnen auch in aller Kürze den **Antrag** begründen. Es ist ja nicht so, Frau Schuster – wie Sie sagen –, daß es da nur um die Bundesebene gehe, um dann auf Zwischenruf allerdings sagen: „Ja, ein klein wenig!", sondern wir haben versucht, dieses Thema, so kompliziert es ist, in mehreren Bereichen zu greifen.

Der erste Punkt des Antrages dreht sich um die **Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Erziehung** und darum, diese Situation zu verbessern. Da gibt es ganz konkrete landespolitische Möglichkeiten, die wir gar nicht zum Bund verschieben müssen, nämlich die Organisation von Schulen und Kindertagesheimen an die Bedürfnisse von Alleinerziehenden anzupassen, die Wahlfreiheit zwischen Kindertagesheim und Tagesmutter bei Erwerbstätigkeit Alleinerziehender herzustellen. Das ist doch eine Frage der Finanzen. Eine Frau hat doch in der heutigen Situation gar nicht die Wahl, dort etwas zu entscheiden, was sie für das Wohl ihres Kindes für wichtig hält.

Weiter gibt es die Möglichkeit, die Lebenssituation Alleinerziehender bei **Umschulungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen** zu berücksichtigen. Sie wissen sehr wohl, auch in Schleswig-Holstein leben 71 % der Alleinerziehenden von der Sozialhilfe. Das sind alles Frauen, die bei Umschulungsmaßnahmen herausfallen. Die dürfen solche Maßnahmen gar nicht in Anspruch nehmen, weil sie nicht im sogenannten Leistungsbezug sind, und dann gibt es immer noch, obwohl öffentlich immer abgeschworen, die routinemäßige Nachfrage des Arbeitsamtes über die Betreuung der Kinder bei Arbeitsaufnahme. Diese Fragen werden heute immer noch in Schleswig-Holstein gestellt.

Dann erst gehen wir in unserem Antrag über zu den wichtigen Themen der **ökonomischen und wirtschaftlichen Situation**. Frau Warnicke wird nachher noch genauer darauf eingehen und sich mit Ihren Argumenten, die Sie hier wirklich stromlinienförmig gebürstet haben, auseinandersetzen.

Ich möchte hier deutlich machen, daß es auch noch gilt, **rechtliche Diskriminierungen** abzuschaffen, was nur sehr wenigen klar ist. Ich habe schon bei der ersten Debatte zu diesem Thema versucht, das deutlich zu machen, und ich möchte das an zwei Beispielen wiederholen. Bei der rechtlichen Situation geht es auch darum, Diskriminierung und Ungleichbehandlung der ledigen Mutter wirklich zu verändern.

Sie erhält zwar – das wissen die wenigsten – die **elterliche Sorge** für ihr Kind, doch wird gleichzeitig eine Pflegschaft des Jugendamtes zur Feststellung der Vaterschaft, Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen sowie zur Regelung von Erb- und Pflichtteilsrechten des Kindes eingesetzt. Ein uneingeschränktes Sorgerecht erhält die ledige Mutter erst auf Antrag durch Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes, wenn dies dem Wohl des Kindes nicht entgegensteht. Also ist doch da der Punkt, daß eine junge Mutter gar nicht rechtlich für ihr Kind verantwortlich sein kann. Ich finde, das ist eine unerträgliche Ungleichbehandlung.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, der etwas schwieriger ist, ist das Thema einer **Vaterschafts-Anfechtungsklage**. Das ist eine kaum glaubliche Diskriminierung der getrennt lebenden oder geschiedenen Frau; denn dort handelt es sich darum, daß, wenn deren nicht eheliches Kind noch während der alten Ehe gezeugt wird, unterstellt wird, daß ihr rechtlicher Ehemann der Vater des Kindes ist, selbst wenn sie dreimal beteuert, er sei es nicht, und auch wenn ihr neuer Lebenspartner beteuert, er sei der Vater des Kindes. Nach unserem Gesetz kann nur der Ehemann diese Anfechtungsklage einreichen. Sie als Betroffene kann dies nicht tun. Sicherlich ist das Rechtsinstrument richtig; es geht um den Schutz des Kindes, auch um den wirtschaftlichen und ökonomischen Schutz. Das ist schon richtig. Sie als Frau muß aber doch auch die Möglich-

(Lianne Paulina-Mürl)

keit haben, diese Klage einzureichen. Mir ist aus den Beratungen des Frauenbüros bekannt, wie viele Kinkerlitzchen mit solchen Klageverfahren gemacht werden, damit die Frauen „weichgekocht" werden können.

Das heißt, es gibt eine Reihe von Punkten, die aufgearbeitet werden müssen, bei denen man bei weitem nicht sagen kann, daß das alles schon so golden ist, wie Sie es darzustellen versucht haben.

Ich will es hier einmal so deutlich sagen. Wir haben gerade am Freitag die Bundesdelegiertenversammlung des Verbandes Alleinstehender Mütter und Väter hier in Kiel gehabt. Was sich die Frau Sozialministerin dort anhören mußte - trotz ihres lieblichen Grußwortes -, war nicht von schlechten Eltern. Dort wurde nämlich ganz deutlich gesagt, wo die konkreten Probleme liegen. Frau Ministerin, ich hoffe, daß Sie das auch alles mitbekommen und notiert haben. Diese deutlichen Worte tun not, weil wirklich eine **Gleichstellung** in dem Sinne, daß **Zweielternfamilien** mit **Einelternfamilien** gleichgestellt sind, noch lange nicht erreicht ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen möchten wir mit diesem Antrag erreichen, daß wir - auch wenn die Legislaturperiode kurz vor dem Ende ist - eine Debatte im Ausschuß darüber haben können, um wirklich etwas auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Frau Abgeordnete Gravert hat das Wort.

Anke Gravert [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im November 1986 habe ich den Berichtsantrag meiner Fraktion zur Lebenssituation alleinerziehender Mütter und Väter in unserem Lande eingebracht.

Der nun vorliegende **Bericht der Landesregierung** enthält viele Aussagen zur realistischen Einschätzung der **Lebenssituation Alleinerziehender** und ihrer Kinder in Schleswig-Holstein. Ich betone „realistisch"; denn dieser Bericht auf der Grundlage eines Gutachtens der Pädagogischen Hochschule zeichnet nicht das Bild der neuen Armut - ich komme auf Ihren Pressebericht zurück - oder einer Lebensform neuen Modells, wie Sie es immer gern verkaufen. Auch von einer Diskriminierung der alleinerziehenden Familien kann wahrlich nicht mehr die Rede sein.

Deutlich wird nach diesem Bericht, daß die Lebenssituation und die Lebensbedingungen der Alleinerziehenden vielmehr ein äußerst differenziertes Bild ergeben. Alleinerziehende gibt es in allen Bevölkerungsgruppen. Dementsprechend kraß sind auch die Unterschiede in der **Erwerbstätigkeit** und der **Einkommenslage** der Alleinerziehenden. Es gibt also sowohl die alleinerziehende Mutter in einem Einfamilienhaus als auch die alleinerziehende Mutter, die Sozialhilfeempfängerin ist. Um den materiellen und sozialen Bedingungen alleinerziehender Familien und ihrer Kinder gerecht zu werden und auch eine sachliche Diskussion zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu führen, hat die CDU-Fraktion diesen Bericht beantragt und wünscht, ihn im zuständigen Ausschuß zu beraten.

Meine Damen und Herren, bemerkenswert ist in dem Bericht die Feststellung, daß zu 85 % **Frauen** die **Alleinerziehenden** sind. Ihre Einkommenssituation - das wurde hier nun schon mehrfach gesagt; ich kann es aber einmal wiederholen - ist schlechter als die alleinerziehender Väter. Hinzu kommt, daß die Erwerbstätigkeit einerseits sowie Haushalt und Kindererziehung andererseits ein Vielfaches an Mehrbelastung und zeitlich organisatorischer Abstimmung bedeuten.

Die **Betreuung der Kinder** bei gleichzeitiger Erwerbstätigkeit erweist sich deshalb als ein besonderes Problem alleinerziehender Familien. Nach dem Bericht waren 77 % der Kinder zum Zeitpunkt der Trennung jünger als zehn Jahre. Das verlangt von den alleinerziehenden Eltern eine intensive Betreuungsarbeit, die gut organisiert werden muß.

Meine Damen und Herren, ich begrüße es daher sehr, daß die Landesregierung in diesem Haushaltsjahr die **flexible Öffnungszeit von Kindergärten** mit 400 000 DM zusätzlich fördert. Es ist für Alleinerziehende eine Hilfe und kommt ihren Bedürfnissen entgegen, wenn die Öffnungs- und die Schließzeiten der Kindergärten sowie eine ganzjährige Öffnung gefördert werden.

Was die materielle Situation Alleinerziehender betrifft, so wird in diesem Bericht deutlich, daß der **Bund** mit seiner **Familienpolitik** der letzten Legislaturperiode wesentlich zur Verbesserung der Lebenssituation Alleinerziehender beigetragen hat.

Ich nenne hier beispielhaft - Frau Schuster hat es in ihrer Rede ausführlich dargestellt - das Erziehungsgeld, das nicht auf Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Wohngeld angerechnet wird und zugleich berücksichtigt, daß wirtschaftlich nicht gut gestellte Einelternfamilien von einer Minderung des Erziehungsgeldes nicht betroffen sind.

Weiter ist auf die Erhöhung des Kinderfreibetrages von 432 DM auf 2484 DM seit 1986 hinzuweisen, ebenso auf den Kindergeldzuschlag sowie auf die Stiftung „Mutter und Kind", aus der Schleswig-Holstein in diesem Haushaltsjahr 3,4 Millionen DM erhält. Das ist ja nun kein Pappenstiel. Gerade diese Stiftung ist es, die insbesondere ledigen alleinerziehenden Müttern in vielfältiger Weise materielle Hilfe zukommen läßt; denn ledige alleinerziehende Mütter haben es besonders schwer. Das Land hat hierzu auch drei Modellversuche gefördert. In ihnen wurden ledige alleinerziehende Mütter materiell unterstützt sowie auf den Umgang mit ihrem Kind vorbereitet und darin gefördert.

Lassen Sie es mich noch einmal in aller Deutlichkeit betonen, daß es die jetzige Bundesregierung gewesen ist, die alleinerziehende Familien ganz selbstverständ-

(Anke Gravert)

lich in alle familienpolitische Regelungen einbezogen und sie besonders berücksichtigt hat.

(Beifall bei der CDU – Wilhelm Marschner [SPD]: Das darf nicht wahr sein!)

Das hat die sozial-liberale Koalition nicht zustande gebracht.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Dann erzählen Sie einmal, was bei der Steuerreform herauskommt! – Hans Detlef Stäcker [CDU]: Marschner, komm! – Wilhelm Marschner [SPD]: Das ist das Letzte!)

Der **Antrag** der **SPD-Fraktion**, der ja auch eine Vielzahl von Bundesregelungen enthält, verwundert mich daher. Sie fordern eine Verbesserung des Vormundschaftsrechts, eine rechtliche Gleichstellung von Frauen bei der Einleitung einer Vaterschaftsklage – alles Maßnahmen, die nicht erst heute die Lebenssituation Alleinerziehender erschweren, sondern schon lange bestehen. Ich denke, hier wird die Gesetzgebung in den nächsten Jahren aktiv sein müssen.

Ich teile auch nicht Ihre Ansicht über die **Einelternfamilien**. Sie haben es in der Weise interpretiert, daß Sie gesagt haben, es sei nicht eine neue Lebensform, sondern eine **Lebensform anderer Art**, die neue Orientierungen und neue Organisationswege erfordere. Der Bericht der Landesregierung und das Gutachten sowie andere Berichte zeigen mir eigentlich, daß es in erster Linie doch die Scheidungen sind, aus denen sich die Situation für die Alleinerziehung der Kinder ergibt. Hier wurde nun schon mehrmals gesagt, daß fast 80 % grundsätzlich bereit seien, eine neue Partnerschaft einzugehen. Es muß doch wohl wirklich nur ein kleiner Prozentsatz sein, der Alleinerziehung als andere Lebensform sieht.

Ich begrüße es, daß die **Landesregierung** mit diesem Bericht auch deutlich hervorhebt, daß sie dem **Schutz** und der **Förderung** der **Familie** stets einen hohen Stellenwert beigemessen hat. Das gilt natürlich auch für die alleinerziehenden Familien. Das wird recht deutlich in dem Bericht der Landesregierung, wonach alleinerziehende Familien integriert sind in die familienfördernden Maßnahmen. Hier werden immerhin namhafte Beträge – für die Familienberatung mehr als 1 Million DM, für die Familienbildungsstätten 1,3 Millionen DM und für die Familienseminare 630 000 DM – eingesetzt.

Ich möchte zum Schluß folgendes feststellen. Alleinerziehende Familien sind keine soziale Randgruppe in Schleswig-Holstein. Sie sind eine besondere Gruppe, und unser besonderes Augenmerk muß es sein, sie zu unterstützen. Die vorhandenen Maßnahmen, die Förderungen der Familien, stützen ganz besonders Einelternfamilien, soweit sie Hilfe, was die materielle und die soziale Hilfe anbetrifft, benötigen.

Ich denke, daß der Bericht der Landesregierung wesentlich zur Versachlichung der Diskussion beitragen kann und daß wir in dem zuständigen Ausschuß die besonderen Probleme noch einmal anpacken und vertiefen können.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rudolf Titzck:

Frau Abgeordnete Warnicke, Sie haben das Wort.

Sigrid Warnicke [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was ich hier heute gehört habe, verwundert mich doch. Ich bin selbst Alleinerziehende und weiß auch mit meiner Steuererklärung umzugehen. Ich wundere mich doch sehr über das, was Sie so losgelassen haben, was so alles verbessert worden sei. Ich komme gleich im einzelnen darauf. Ich sehe das anders – und mein Steuerberater auch.

(Beifall der Abgeordneten Lianne Paulina-Mürl [SPD])

Wie der insgesamt mehr als dürftige Bericht verdeutlicht, ist die **Situation der Alleinerziehenden** im Zusammenhang mit der **derzeitigen Familienpolitik** zu sehen und von ihr gar nicht trennbar. Erfreulich ist es allerdings, Frau Schuster – das muß ich Ihnen wirklich sagen –, daß die Landesregierung den Begriff „Familie" auch auf Alleinerziehende ausdehnt. Das ist nicht immer so gewesen.

(Annemarie Schuster [CDU]: Doch!)

– Nein, nein, das ist nicht immer so gewesen.

Daß Sie auch die Förderung und Unterstützung für notwendig erachten, ist sicherlich gut. Wir haben auch hier immer den Begriff „Familie" gehört – als Mutter, Vater und Kinder. Die Alleinerziehenden waren die Halbfamilien.

(Annemarie Schuster [CDU]: Wer hat das gesagt?)

Diesmal sind also Alleinerziehende auch eine gesamte Familie. Das finde ich sehr gut.

Wenn es denn nun aber so sein soll, daß die Bundesregierung die Familienpolitik in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt hat,

(Heinz Wilhelm Fölster [CDU]: Ja!)

ist zu hinterfragen, wie Sie von der CDU und wie die Landesregierung es erklären wollen, daß trotz der am 1. Januar 1986 in Kraft getretenen familienpolitischen Gesetze die **Ausgaben für Familien** 1986 noch unter denen von 1981 gelegen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nachweisbar und überall nachzulesen. Auch 1989 werden diese Ausgaben mit über 10 Milliarden DM inflationsbereinigt nicht den Stand von 1981 erreicht haben.

Der Präsident des Deutschen Familienverbandes – sicherlich nicht der SPD zuzurechnen – bezeichnete die familienpolitischen Leistungen beziehungsweise Pläne als zu vage, zu wenig und enttäuschend – nachzulesen in dem letzten Heft dieses Verbandes, das uns allen immer umverteilt wird.

Die **familienpolitischen Leistungen und Pläne** sind in der Tat auf der ganzen Linie enttäuschend. Wäh-

(Sigrid Warnicke)

rend Steuerentlastungen für Spitzenverdiener beschlossen werden, sind die notwendigen Entlastungen für Familien unter einen großen Finanzvorbehalt gestellt worden. Mehr Kindergeld und mehr Erziehungsgeld wird es nur geben, wenn Herr Stoltenberg 1989 noch Geld in der Kasse hat. Bei der neuen Steuergesetzgebung ab 1986 stehen die Alleinerziehenden, hier eigentlich der größte Teil, die geschiedenen und getrenntlebenden Alleinerziehenden, die Unterhalt beziehen, wiederum schlechter da als je zuvor.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Ja!)

Durch die Streichung des Sonderausgabenhöchstbetrages – 900 DM! –, trotz Erhöhung des Kinderfreibetrages und nunmehr **Halbierung** dieses **Kinderfreibetrages** hat dieser Personenkreis eine Minderung von 100 DM hinnehmen müssen. 472 DM plus 900 DM sind dreizehnhundert und etwas; man kann in Zukunft aber nur 1244 DM abziehen. Diese neue Regelung, die Halbierung des Kinderfreibetrages, dient den unterhaltzahlenden Vätern, meine Damen und Herren von der CDU, und schmälert die Taschen der Alleinerziehenden.

(Beifall der Abgeordneten Lianne Paulina-Mürl [SPD])

So ist es nämlich. Eine Mutter mit einem Kind hat weniger Steuerermäßigung als ein Ehepaar ohne Kinder. Das halten Sie für familiengerecht?

(Wilhelm Marschner [SPD]: So ist es! Das ist die Wahrheit!)

Der größte Teil der Alleinerziehenden ist weiblichen Geschlechts. Sie sind wiederum benachteiligt – wie schon immer. Das fügt sich nahtlos an die anderen Dinge an.

Wir stellen fest: Diese Familienpolitik steht nicht im Mittelpunkt der Politik des Landes und des Bundes. Sie ist eben nur noch ein Restposten. Das müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen. Die Realität ist auch in Schleswig-Holstein, daß jede dritte Ehe geschieden wird und daß, wenn man heute von einer Feminisierung der Armut spricht, neben Rentnerinnen vor allen Dingen die alleinerziehenden Mütter gemeint sind, die auf das Sozialamt angewiesen sind. Das haben wir auch aus der Studie gesehen.

(Zuruf der Abgeordneten Annemarie Schuster [CDU])

Wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß über eine **bedarfsgerechte Gestaltung** der **Regelsätze der Sozialhilfe** lange, schon viel zu lange geredet worden ist. Die Sozialhilfe deckt auch heute noch nicht den wirklichen Bedarf ab. In der Zusammenarbeit der Länder zur Veränderung des Warenkorbs der Sozialhilferegelsätze scheint wieder einmal eine lange Pause eingetreten zu sein. Auf der Strecke bleiben die Betroffenen. Hier ist es eben eine nicht unerhebliche Anzahl von alleinerziehenden Müttern und ihre Kinder.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Sehr treffend vermerkt!)

Jedem Großverdiener, jeder Familie, in der ein oder beide Elternteile verdienen, steht **Kindergeld** zu, und zwar zusätzlich. Bei Familien, und hier insbesondere den Alleinerziehenden, die das Existenzminimum durch die Sozialhilfe erhalten, wird das Kindergeld vom Einkommen abgezogen.

(Wilhelm Marschner [SPD]: So ist das!)

Ebenso verhält es sich beim Kindergeldzuschlag, den Sie so großartig angesprochen haben. **Kindergeldzuschlag** für Geringverdiener oder für Sozialhilfeempfänger als Ersatz für von der Steuer mangels Masse nicht absetzbarer Kinderfreibeträge für Eltern oder Elternteile, die gut oder sehr gut verdienen, gedacht, ist nach unserer Meinung ein deutliches Zeichen für eine unsoziale Familienpolitik. Hieran wird durch die CDU-Bundesregierung gezeigt, daß dem Staat ein Kind des Sozialhilfeempfängers eben erheblich weniger wert ist als das Kind des Ministerialbeamten oder des Großverdieners oder des Generaldirektors.

(Beifall bei der SPD)

Dem Alleinerziehenden im übrigen steht nur die Hälfte des Kindergeldzuschlag zu, es sei denn, der Alleinerziehende ist verwitwet; dann erhält er beide Teile.

Der Kindergeldzuschlag dient bei Sozialhilfeempfängern nicht etwa zur Verbesserung des Einkommens, sondern es ist abziehbar vom Sozialhilferegelsatz – ebenso wie das Kindergeld. Der Sozialhilfeempfänger hat weder Anspruch auf Kindergeld noch Anspruch auf Zuschlag. Den Anspruch hat er schon, aber er hat im Endeffekt

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Hatte er das früher?)

keinen Pfennig mehr

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: War es früher anders?)

in der Tasche. – Früher wurde das Kindergeld auch abgezogen. Sie sollen den Kindergeldzuschlag nicht als familienpolitische Leistung für Sozialhilfeempfänger verkaufen; das ist unsere Meinung dazu.

(Beifall bei der SPD – Wilhelm Marschner [SPD]: Etikettenschwindel ist das, weiter nichts!)

Sie erwähnen in Ihrem Bericht das **Erziehungsgeld** von 600 DM für zehn Monate – jedoch, meine Damen und Herren von der CDU, ohne Arbeitsplatzgarantie, nur mit der verwässerten Beschäftigungsgarantie. Das haben Sie im Bundestag beschlossen. Die CDU konnte im Bundestag dem Antrag der SPD nicht folgen und ein erhöhtes Erziehungsgeld für Alleinerziehende sowie die früher vorhandene Arbeitsplatzgarantie gesetzlich verankern. Dies haben Sie von der CDU verhindert. Das muß man dann auch einmal deutlich sagen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

(Sigrid Warnicke)

Von dem Erziehungsgeld, 600 DM im Monat, wird keine Alleinerziehende auf Dauer leben können.

(Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Wie haben Sie es denn gemacht, als Sie regiert haben in Bonn?)

Wenn sich eine Frau für ein Kind entscheidet, muß sie auch die **finanziellen Möglichkeiten** für diese **Erziehungsarbeit** erhalten. Diese finanziellen Möglichkeiten sind bei zukünftigen Alleinerziehenden mit 600 DM ohne Arbeitsplatzgarantie kaum zu verzeichnen.

(Zurufe von der CDU)

Es scheint, meine Damen und Herren – auch, wenn Sie noch so herumschreien –, daß weder Alleinerziehende noch Familien bei der CDU eine Lobby haben.

(Beifall bei der SPD)

Eine Lobby haben bei der CDU die gut betuchten Ehen. Sie treten nach wie vor für die hohen finanziellen Vorteile des Ehegattensplittings ein, subventionieren damit die Ehe, fördern aber nicht die Familien. Dies kann man nicht als familienfreundlich bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist nachzulesen in jeder Bundestagsdrucksache.

Auffällig erscheint uns im Bericht die erheblich geringe Zahl erwerbstätiger alleinerziehender Mütter in Schleswig-Holstein gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Ich meine, darüber müssen wir im Ausschuß einmal reden. Das würde ich jedenfalls sehr begrüßen.

(Heinz Wilhelm Fölster [CDU]: Die redet sich um Kopf und Kragen!)

Wenn es so ist, daß Alleinerziehende erhebliche Schwierigkeiten haben, den Konflikt zwischen **Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung** zu bewältigen, ist es auch Sache der Landes- und der Kommunalpolitik, hier helfend einzugreifen. Da ist es nicht damit getan, daß die Öffnungszeiten in Kindertagesstätten verändert, verbessert werden. Wissen Sie eigentlich, welche Schwierigkeiten erwerbstätige Alleinerziehende haben, wenn im Kindergarten zum Beispiel Scharlach ausbricht oder wenn das eigene Kind den recht langwierigen Keuchhusten hat, bei dem das Kind wochenlang zu Hause behalten werden muß, oder wenn eine Kindertagesstätte aus anderen Gründen geschlossen wird?

Wir meinen, daß ein ausreichendes Angebot an ambulanten Hilfen zur Pflege erkrankter Kinder erforderlich ist, jedenfalls solange Alleinerziehenden keine ausreichenden Möglichkeiten zur Freistellung bei Krankheit des Kindes gewährt werden.

Bis heute nicht ausreichend geregelt sind die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder Alleinerziehender während der Schulferien.

Diskriminierend und hemmend sind die Nachfragen der Arbeitsämter über die Sicherung der Betreuung der Kinder arbeitsuchender Alleinerziehender. Wenn die **Angaben der Alleinerziehenden**, die sie zur Unterbringung ihrer Kinder auf dem **Arbeitsamt** machen müssen, dann auch noch überprüft werden, die Glaubwürdigkeit der Aussagen des Elternteils also angezweifelt wird, dann kann man eigentlich nur noch von Diskriminierung sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Die Politik der Landesregierung für Alleinerziehende besteht aus der unzureichenden Familienpolitik des Bundes, in Verbesserungen der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten, in Angeboten in Familienbildungsstätten und Familienberatung.

(Annemarie Schuster [CDU]: In keinem Bundesland gibt es das!)

– Und sonst nichts, Frau Schuster! Das ist nach Auffassung der SPD unzureichend.

Wir haben Ihnen einen **Antrag** vorgelegt, den wir zusammen mit dem Bericht der Landesregierung in dem zuständigen Sozialausschuß und im Innen- und Rechtsausschuß – wegen der rechtlichen Dinge – beraten sehen möchten. Mit unserem Antrag wollen wir auf einige Defizite aufmerksam machen und Sie in Land und Bund auffordern, nicht nur verbale Bekenntnisse abzulegen, sondern für den Personenkreis der Alleinerziehenden Wirksames zu schaffen und die mehr als schlechte Situation Alleinerziehender zu verbessern. Alleinerziehende sind heute eben keine Randgruppe mehr. Ihre Zahl wächst, und die der betroffenen Kinder ebenso. Es ist an der Zeit, sich mit ihren Problemen auseinanderzusetzen und für die Beseitigung der sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligungen zu sorgen.

Wir bitten Sie – obwohl Sie sich schon so vehement gewehrt haben – um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Meyer hat das Wort.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Die Kernfamilie als Normalität, die Einelternfamilie dagegen als gestörtes soziales System und die Alleinerziehenden als kleine Randgruppe – diese Vorstellungen treffen heute nicht mehr zu.

(Beifall bei der SPD)

In der Bundesrepublik hat sich seit 1970 der **Anteil** der **Einelternfamilien** an den **Familien** insgesamt verdoppelt; jedes neunte Kind lebt heute in einer Einelternfamilie. Trotz dieser Tendenz und obwohl Alleinerziehende längst keine Randgruppe mehr sind – weder statistisch noch sozial –, herrscht über ihre Lebenssituation immer noch weitgehend Unklarheit.

Es gibt somit allen Grund, daß wir uns einmal ausführlich mit der Lebenssituation der Alleinerziehenden beschäftigen. Zwei Fragenkomplexe verdienen dabei unser besonderes Interesse: Wie sind die

(Karl-Otto Meyer)

seelischen Entwicklungsbedingungen der Kinder Alleinerziehender, und wie sieht die finanzielle Situation der Einelternfamilie aus?

Um vor allem hinsichtlich des zweiten Punktes die Situation Alleinerziehender in Zukunft entscheidend zu verbessern, bietet der vorliegende **Antrag der SPD-Fraktion** nach Auffassung des SSW eine gute Grundlage, und wir sollten ihn hier ernsthaft und ohne parteipolitische Scheuklappen diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Zumindest hinsichtlich der **materiellen Situation Alleinerziehender** weisen die Statistiken deutlich auf soziale Probleme hin. Nach Angaben des Kinderschutzbundes befinden sich über ein Drittel der Haushalte mit Alleinerziehenden unter oder nur knapp über der Armutsgrenze, wobei eines der größten sozialen Probleme die Entwicklung der Mieten ist, da viele finanzschwache Familien bis zu einem Viertel ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen. Bessere Vergabemodalitäten für wohnungsuchende Alleinerziehende könnten hier in der Tat zu einer Erleichterung der Lebenssituation beitragen.

Am schlechtesten gestellt sind die **alleinerziehenden Mütter**. Hierfür gibt es mehrere Gründe. Ein Grund liegt sicherlich auch in der derzeitigen Situation am Arbeitsmarkt, die verstärkt diejenigen Frauen trifft, die den Hauptteil ihrer Lebensphase der Familienarbeit gewidmet haben. Sie sind nach der Scheidung oder dem Tod des Mannes am schlechtesten gestellt, da die Wiedereinstiegsmöglichkeiten in das Berufsleben nur begrenzt sind und die Frauen im allgemeinen schlechtere Arbeitsmarktbedingungen haben als Männer.

Daß die Situation der rund 45 000 alleinerziehenden Mütter und Väter nicht gerade rosig ist, wird auch durch den vorliegenden Bericht der Landesregierung bestätigt. Seit Jahren schon ist das Bild unverändert: Das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen haben die Haushalte lediger Mütter, etwas besser ist das Einkommen von Familien geschiedener Mütter, und von allen alleinerziehenden Frauen sind die Witwen noch am besten gestellt. Sie liegen aber alle zum Teil erheblich unter dem verfügbaren Einkommen der Familien mit beiden Elternteilen. An der Spitze aller Einkommen liegen die Familien der alleinerziehenden Väter, die jedoch lediglich 15 % - nach der vorliegenden Untersuchung sind es 10 % - der Einelternfamilien ausmachen.

Für Alleinerziehende stellt sich im besonderen Maße das Problem der **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Nicht zuletzt aus finanziellen Gründen müssen Alleinerziehende in der Regel die Doppelbelastung auf sich nehmen, wobei sie eben allein verantwortlich sind. Alleinerziehende leiden in der Regel unter der dreifachen Belastung Haushalt/Kind/Beruf.

Die Maßnahmen der Landesregierung im Rahmen der Familienberatung sind natürlich zu begrüßen, nur halte ich gerade im Bereich der **Kinderbetreuung** und damit der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung zahlreiche Verbesserungen für erforderlich.

(Annemarie Schuster [CDU]: Welche denn noch?)

Im übrigen bin ich froh über die Feststellung in dem Bericht, daß die Alleinerziehungssituation keine negativen Auswirkungen auf die Identitätsfindung der Kinder, ihre Schulleistungen und ihr Sozialverhalten hat. Es wird damit ausdrücklich anerkannt, daß alleinerziehende Mütter und Väter trotz ihrer Mehrfachbelastung oft sehr selbständige, selbstbewußte und gerade auch schulisch erfolgreiche Kinder haben können.

Scheint ihre Kindererziehung als Leistung für die Gesellschaft auch zunehmend anerkannt zu werden, so sind die **Einelternfamilien** doch besonders schutzbedürftig. Die **Beseitigung von Benachteiligungen** muß ein erster Schritt sein, den wir hier und heute tun sollten und auch tun können, wenn wir es wollen.

Die Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe, eine gerechtere Steuerentlastung für arbeitende alleinstehende Mütter und Väter und die Fortzahlung der Sozialhilfe bei Umschulungsmaßnahmen sind konkrete sozialpolitische Forderungen zur Verbesserung der materiellen Situation der Alleinerziehenden, die erst kürzlich auch von dem Verband Alleinstehender Mütter und Väter erhoben worden sind.

Der vorliegende Antrag enthält einen umfassenden Katalog von Maßnahmen, die der SSW voll und ganz unterstützen kann. Ich hoffe im Interesse der Alleinerziehenden, daß wir gemeinsam dem Antrag und damit diesen Maßnahmen zustimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Rudolf Titzck:

Herr Abgeordneter Dr. Dall'Asta hat das Wort.

Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollegin Warnicke und Kollegin Paulina-Mürl, lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen. Die erste Bemerkung betrifft die Frage der **Diskriminierung Alleinerziehender**. Ich könnte Ihnen noch zustimmen, wenn Sie sagten, daß bei uns in Deutschland das Großziehen von Kindern nach wie vor „diskriminiert" werde. Dem könnte ich zustimmen.

Was mich stört, ist, daß Sie den Eindruck erwecken, als betreffe das nur die Alleinerziehenden. Richtig ist - gleichgültig, ob man in der Familie ein Kind großzieht, in der beide Elternteile leben, oder ob man Alleinerziehender ist -: Der Lebensstandard sinkt in der Regel drastisch herab, manchmal bis auf das Sozialhilfeniveau. Selbst bei Arbeitnehmern, die einer Arbeit nachgehen und Kindergeld bekommen und die dann trotzdem nicht viel mehr finanzielle Mittel zur Verfügung haben, als sie letztlich über die Sozialhilfe erhalten könnten, gilt das. Soweit stimme ich Ihnen zu. Aber ich wehre mich dagegen, daß der

(Dr. Eberhard Dall'Asta)

Eindruck erweckt wird, Alleinerziehende seien „diskriminiert". Es ist nach wie vor so, daß alle diejenigen, die sich heute zur Kindererziehung durchringen und die Verantwortung übernehmen, letzten Endes finanziell benachteiligt sind. Soweit stimme ich Ihnen – wie gesagt – zu.

Ich sage ein zweites und hoffe, daß Sie mir 'da vielleicht sogar zustimmen, Kollegin Paulina-Mürl, oder Ihre Meinung an dieser Stelle vielleicht etwas variieren können. Sie formulierten – ich hoffe, daß ich Sie richtig verstanden habe –, daß eine Alleinerziehende, die sich später bewußt für eine **Partnerschaft** entscheidet, aber keine **Ehe** eingehen will, vom Staat so gestellt werden müsse, daß auch für sie Wahlfreiheit besteht. Ich muß Ihnen gestehen: Dies würde mir zu weit gehen. Denn das hieße sinngemäß, daß jemand, der eine Ehe geschlossen hatte, sich scheiden lassen würde und dann in Partnerschaft mit seinem ehemaligen Ehepartner lebt, finanziell vom Staat besser gestellt werden muß, als wenn er das Kind in der Familie erziehen würde.

(Beifall bei der CDU)

Das würde bedeuten, daß Sie praktisch inhaltlich-politisch eine besondere Lebensform privilegieren. Ich glaube nicht, daß das die Aufgabe des Staates ist. Ich vermute allerdings, daß Sie das gar nicht wollen,

(Lianne Paulina-Mürl [SPD]: Überhaupt nicht!)

sondern daß Sie mir in diesem Zusammenhang zustimmen können.

Lassen Sie mich dann aber – weil es darüber hier ja offenbar Kontroversen gibt, Kollegin Warnicke – über die Frage sprechen: Wer hat eigentlich für Alleinerziehende etwas getan? Die jetzige Bundesregierung? Oder war früher alles viel besser? Sie haben ja nach Zurufen schon ein bißchen differenziert, Kollegin Warnicke: Früher war es auch nicht besser.

Aber ich muß noch mal darauf zurückkommen – ich bitte, das einmal nachzulesen; das gehört ja auch zur Politik –, daß es am 3. November 1982, wie Sie – gerade Sie als „Betroffene" – vermutlich alle wissen, ein ganz wichtiges **Verfassungsgerichtsurteil** gegeben hat. Das war am 3. November 1982!

Vertreter der Bundesregierung war damals Herr Huonker, Parlamentarischer Staatssekretär aus der Sozialdemokratischen Fraktion. Er hielt alle Anträge des Bundesverfassungsgerichts – 1982 – für unbegründet, in denen gesagt wurde, es sei verfassungswidrig, wie – das gilt für die damalige Zeit – mit den Alleinerziehenden umgegangen werde. Er hat alles bestritten!

Nun komme ich aber zum Ergebnis dieses Verfassungsgerichtsurteils. Erstens. Im Hinblick auf das **Ehegattensplitting** – also im Steuerrecht – hat das Bundesverfassungsgericht gesagt: Das Ehegattensplitting können wir wohl nicht durch Verfassungsgerichtsurteil auf andere ausdehnen. Aber das Verfassungsgericht hat festgestellt: Es ist richtig, daß durch die Steuerprogression – im wesentlichen sind die einzelnen Bürger ja durch Inflation in die Progression hineingebracht worden – die Alleinerziehenden benachteiligt werden. Das gelte nicht für 1958, als die Steuergesetze eingeführt worden seien. Vielmehr sei es so, daß sie dann in der Folge benachteiligt worden seien, weil immer mehr in die starke Steuerprogression hineingewachsen seien. – Das war sozialdemokratische Politik!

Und wenn nun – das heißt ab 1. Januar 1988 – der linear-progressive Tarif kommt, wird es so sein – das werden Sie mir zugestehen –, daß zum erstenmal endlich ein gewisses Mehr an Gerechtigkeit für Alleinerziehende hergestellt wird. Das ist unsere Leistung!

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, es ist die Leistung einer Bundesregierung, die von der CDU gestellt wird!

Dann kommt der zweite Punkt, zu dem das Bundesverfassungsgericht eine klare Aussage gemacht hat, Kollegin Warnicke. Sie haben nämlich – und da stimmt das Bundesverfassungsgericht mit Ihrer Argumentation überein – gesagt: Es ist gerade für Alleinerziehende ungewöhnlich wichtig, daß sie, falls sie berufstätig sein wollen, **Kinderbetreuungskosten** von der Steuer absetzen können. Und Sie haben weiter gesagt, es sei nun allerdings „hanebüchen", wie das im Steuerrecht – damals waren Sozialdemokraten an der Regierung – geregelt worden sei.

Ich kann Ihnen dazu gleich ein Zitat aus dem Bundesverfassungsgerichts-Urteil vortragen:

> „An der unzureichenden Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten bei Alleinerziehenden gegenüber Ehepaaren mit Kindern hat sich auch seit 1980"

– da waren Sie noch an der Regierung –

> „durch Einführung der Kinderbetreuungsbeträge gemäß § 33 a und § 52 Einkommensteuergesetz nichts geändert. Diese Vorschrift benachteiligt im Gegenteil die Alleinerziehenden zusätzlich ohne sachlichen Grund..."

Das war Ihre Politik.

> (Dr. Klaus Klingner [SPD]: Die Betreuungsbeträge hat der Bundesrat mit Herrn Stoltenberg damals...!)

– Kollege Klingner, hören Sie doch bitte zu! Ich rede im Augenblick vom Jahr 1980. Da war Herr Stoltenberg leider nicht Bundesfinanzminister.

> (Dr. Klaus Klingner [SPD]: Kennen Sie nicht die Bundesratsverhandlungen von damals, als die schwarze Mehrheit im Bundesrat war?)

– Ja, das weiß ich ganz genau. Ich will ja nur hinzufügen: Hier ist entscheidend, daß in der damaligen Zeit die Alleinerziehenden benachteiligt wurden.

Nun gehen wir einen Schritt weiter. Wie sieht es denn heute aus, wo wir in der politischen Verantwortung sind? Die Kollegin Schuster hat ja schon – in diesem Fall allerdings für das Kabinett sprechend –

(Dr. Eberhard Dall'Asta)

darauf hingewiesen: Heute haben wir einen größeren Kinderbetreuungsbetrag für eine Alleinerziehende oder einen Alleinerziehenden, der berufstätig ist. Wenn die Kosten nachgewiesen werden, können steuerlich bis zu 4000 DM beim ersten Kind und jeweils 2000 DM bei nachfolgenden Kindern berücksichtigt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Sigrid Warnicke [SPD])

- Natürlich, ich gebe Ihnen ja recht! Nur will ich, Kollegin Warnicke, mal deutlich machen, was sich insgesamt steuerrechtlich verbessert hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat am Ende Ihrer sozialdemokratischen Regierungszeit am 3. November 1982 schlichtweg gesagt: Das, was Sie hinterlassen haben, ist in wesentlichen Teilen verfassungswidrig. - Sie haben uns gewissermaßen diesen Schutthaufen vorgekarrt,

(Beifall bei der CDU)

den wir versuchen müssen, mühsam abzutragen.

Und jetzt betone ich noch mal - gerade, weil ich das am Anfang auch ausdrücklich betont habe, Kollegin Paulina-Mürl und Kollegin Warnicke -: Ich bleibe dabei, auch heute ist es trotzdem nach wie vor so, daß diejenigen, die Kinder erziehen, benachteiligt werden.

Es ist nur die Frage - denn Ihr Antrag bezieht sich ja ausschließlich auf Alleinerziehende -, ob die Alleinerziehenden gegenüber den Familien - beispielsweise im Steuerrecht, beim Kindergeld oder bei ähnlichen Leistungen - allein benachteiligt sind. Und hierzu habe ich - glaube ich - schon anhand einiger Beispiele gezeigt, daß es mittlerweile wesentliche Verbesserungen gegeben hat.

Lassen Sie mich fortfahren! Sehen Sie sich einmal das an, was im Rahmen des **Kindergeldes** gemacht worden ist. Es gibt ja immer zwei Fälle: Einmal ist der Alleinerziehende berufstätig, kann also vom Kindergeld und den Zusatzleistungen für die Kinder Gebrauch machen. Dann gibt es den anderen Fall, daß er Sozialhilfe bezieht. Beides ist ja denkbar. Darum muß man jetzt wahrscheinlich beide Fälle getrennt behandeln.

Nehmen wir also erst mal den Fall, in dem er oder sie berufstätig ist. Dann sage ich zunächst mal: Es ist ja schon eine faszinierende Leistung, daß wir jetzt sichergestellt haben, daß er oder sie mindestens das Zusatzkindergeld von 46 DM kriegt.

(Sigrid Warnicke [SPD]: Nein, 23 DM!)

- Na gut, 23 DM. Einverstanden! Das ist in bestimmten Fällen so. Er oder sie bekommt also 23 DM in dem Fall, in dem der Ehemann oder die Ehefrau aus anderen Gründen ebenfalls Kindergeld beansprucht. Das ist ja, wie auch ich weiß, in vielen Fällen so.

Ich muß Ihnen nur Ihre Entscheidungen bis 1982 immer wieder vorhalten. Herr Engholm saß im damaligen Kabinett dabei. Es gab beim zweiten und dritten Kind generelle Kürzungen des Kindergeldes in Höhe von 20 DM. Dazu darf ich sagen: Wir haben die Kindergeldkürzung bei den Geringverdienenden, die ein Einkommen unter 6000 DM haben, nicht durchgeführt. Es sind also wahrlich nur Hochverdienende, bei denen wir die Kürzung durchgeführt haben.

Wir haben durch das **Kinderzusatzgeld** sogar noch etwas daraufgelegt. Das ist doch - wenn Sie das mal unter dem Gesichtspunkt der Familienpolitik betrachten - wahrlich auch für die Alleinerziehenden eine enorme Leistung, von der Sie doch - seien Sie ehrlich! - in Ihrer Regierungszeit bei den damaligen Finanzverhältnissen vermutlich nicht einmal haben träumen können. Sie haben sicherlich nicht daran gedacht, daß das so schnell realisiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich zu dem anderen Fall, daß der Alleinerziehende Sozialhilfe beansprucht. Dazu kann ich Ihnen dann sagen: Ihre Regierungszeit war die Zeit der „Deckelung" der Sozialhilfeerhöhung. Im Jahre 1982 - das war Ihr letztes Regierungsjahr - kletterten die Preise um 5,3 %. Die Sozialhilfe wurde nur um 3 % erhöht. Das heißt: Jeder - auch natürlich der Alleinerziehende - hatte effektiv weniger zur Verfügung. - Das war Ihre Politik!

(Beifall bei der CDU)

Was haben wir gemacht? Wir haben erstens veranlaßt, daß die Sozialhilfeerhöhungen normal verlaufen. Die Erhöhungen, die wahrlich nicht hoch sind, gehen aber über die Preissteigerungsrate hinaus.

Zweitens haben wir gerade für diesen Fall die Regelung eingeführt, daß die Alleinerziehenden mit kleinen Kindern einen **Zusatzbetrag** von 20 % des Haushaltsvorstandes bekommen. Und nun, hoffe ich, wird deutlich, daß 20 % des Betrages für den Haushaltsvorstand im Bereich der Sozialhilfe immer mehr sind als 46 DM. Das heißt, sie bekommen über diesen Zuschlag mit Sicherheit mehr, als sie über das Zusatzkindergeld bekommen würden. Insofern haben wir sogar hier besonders an die Alleinerziehenden gedacht, gerade auch an diejenigen, die Sozialhilfe beziehen.

Ich finde, wenn wir überhaupt etwas zu diesem Thema sagen, dann muß man feststellen, daß enorm viel in diesen Bereichen verbessert worden ist, obwohl ich persönlich - wie Frau Schuster und wie wohl viele von uns - überzeugt bin, daß in der Familienpolitik, wenn es um die Erziehung von Kindern geht, wahrlich in der Zukunft noch mehr gemacht werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Schließlich zum **Erziehungsgeld**! Kollegin Paulina-Mürl, Kollegin Warnicke, wir können darüber streiten, ob 600 DM wenig oder viel ist. Mit mir können Sie jeden Tag darüber reden, daß ich es lieber erhöhen möchte. Nur, man muß sich auch einigermaßen nach den finanziellen Möglichkeiten strecken. Wir

(Dr. Eberhard Dall'Asta)

haben doch das Erziehungsgeld von 600 DM immerhin mit einer Arbeitsplatzgarantie verbunden.

(Zuruf der Abgeordneten Sigrid Warnicke [SPD] – Vizepräsident Kurt Hamer übernimmt den Vorsitz)

– Kollegin Warnicke, hören Sie bitte zu, ich komme genau auf diese Fälle noch zu sprechen, wenn ich hier die Zeit dazu habe. 600 DM mit einer Arbeitsplatzgarantie, nicht den unmittelbaren Arbeitsplatz, das weiß ich. Wir haben aber eine **Wiedereinstellungsgarantie**, die doch eine ganze Menge wert ist, denn zu Ihrer Zeit haben wir das alles nicht gehabt. Auch bei Ihrem Erziehungsurlaub gab es keine unmittelbare Arbeitsplatzgarantie des ursprünglichen Arbeitsplatzes.

Ich gehe jetzt einen Schritt weiter und füge folgendes hinzu. Denken Sie bitte an Alleinerziehende, die vorher nichts verdient hatten. Das ist bei vielen Alleinerziehenden so, insbesondere wenn sie nach der Scheidung gezwungen waren, aufzuhören zu arbeiten oder vorher nicht berufstätig waren. Dann kriegten sie von Ihrem Mutterschaftsgeld keinen Pfennig, denn sie waren vorher nicht berufstätig gewesen. Bei uns durch die Gleichstellung aller, auch der Hausfrau, kriegen es alle, das heißt alle Alleinerziehenden, ob sie vorher gearbeitet haben oder ob sie nicht gearbeitet haben, sie bekommen das Erziehungsgeld.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin zwar nicht darüber begeistert, ich wünschte, daß die Alleinerziehenden es nicht müssen, aber sie können einen Nebenverdienst bis zu 430 DM haben, ohne daß Ihnen ein Pfennig vom Erziehungsgeld abgezogen wird.

Ich sage ganz deutlich: Jawohl, wir haben bei all diesen Gesetzen auch an die Alleinerziehenden gedacht.

Schließlich, und das sollte im Augenblick das letzte Argument sein, Kollegin Warnicke und Kollegin Paulina-Mürl: Sie haben gesagt: Es sei nur der **halbe Betrag**, wenn es um die **Steuerfreibeträge** geht. Aber mit Ausnahme des Haushaltsfreibetrages, von dem ich zugebe, daß er manchmal dem Mann zusteht – aber nicht immer! Es gibt auch Fälle, in denen der Haushaltsfreibetrag der Frau zusteht. Nur bei den Folgen einer Scheidung ist das ein Problem, über das man wahrlich noch einmal nachdenken muß. Da haben Sie recht.

Aber bei den anderen Steuerfreibeträgen; da machte vorher, in Ihrer Regierungszeit, der Kinderfreibetrag 432 DM aus. 900 DM war die Höchstgrenze für Vorsorgeaufwendungen, von der aber diejenigen, von denen Sie reden, oft keinen Gebrauch machen konnten; soviel Einkommen hatten sie gar nicht, daß sie 900 DM zur sozialen Sicherung ihrer Kinder hätten ausgeben können.

(Zuruf der Abgeordneten Sigrid Warnicke [SPD])

– In vielen Fällen nicht. Nehmen wir einmal jetzt Ihren Fall an, Kollegin Warnicke, daß Sie die 900 DM voll ausgeschöpft haben. Dann sind das 432 DM plus 900 DM, das sind dann 1332 DM. Der Freibetrag liegt heute bei 2484 DM. Selbst wenn Sie ihn halbieren, dann ist das nicht viel weniger als unter Ihrer Regierungszeit, sondern fast genau dasselbe.

Und wenn Sie dann hinzufügen, was mittlerweile für Alleinerziehende geschaffen worden ist – –

(Widerspruch der Abgeordneten Sigrid Warnicke [SPD])

– Natürlich, 432 DM plus 900 DM ist – wenn ich richtig rechne – 1332 DM, und die Hälfte von 2484 DM ist etwas über 1200 DM. Ich habe gesagt, fast das gleiche. Und wenn Sie die anderen Vergünstigungen, die wir mittlerweile eingeführt haben, dazuzählen – –

(Zuruf der Abgeordneten Lianne Paulina-Mürl [SPD])

– Kollegin Paulina-Mürl, damit wir uns richtig verstehen: Ich sage nicht nur, daß Sie sich nicht schlechter stehen, sondern daß Sie insgesamt besser gestellt sind. Das ist der entscheidende Punkt!

Es kam mir im wesentlichen darauf an nachzuweisen, daß in allen Bereichen letzten Endes auch die **Alleinerziehenden** bei unseren **familienpolitischen Maßnahmen** berücksichtigt worden sind.

Der letzte Punkt ist die **Anerkennung von Erziehungszeiten** im **Rentenrecht**. Kollegin Paulina-Mürl, da sind Sie mir übrigens noch etwas schuldig, wenn Sie nicht wollen, daß ich bald sage, Sie haben das Parlament belogen. Da sind Sie mir nämlich noch schuldig, daß in einem Antrag Ihrer Partei, den Sie hier vor dem Parlament vertreten haben, stand, die SPD habe im Deutschen Bundestag damals beantragt, daß das Erziehungsgeld für alle Frauen gewährt werden solle. Sie haben gesagt, Sie wollten mir nachweisen, daß das geschehen ist. Bisher haben Sie es mir nicht nachgewiesen.

Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir haben erstmals im Steuerrecht zumindest für die Zukunft dafür gesorgt, daß bei den Alleinerziehenden, wenn sie Erziehungsgeld in Anspruch nehmen, auch ein Jahr bei der Rente anerkannt wird. Das trifft für alle Alleinerziehenden zu, denn wir haben keine Alleinerziehenden, die schon über 65 Jahre alt sind, jedenfalls vermutlich. – Das unterstelle ich einmal.

Auch das ist eine enorme Leistung, die endlich auch Alleinerziehenden ein bißchen mehr an Freiheit ermöglicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf noch einmal an das Bundesverfassungsgerichts-Urteil vom 3. Dezember 1982 erinnern: Es war die Bescheinigung des Verfassungsgerichts, daß Ihre Familienpolitik, daß Ihre Politik für Alleinerziehende total gescheitert war. Wir sind jetzt mühsam dabei, den Schutt Schritt für Schritt wegzuräumen und die Familienpolitik wieder auf neue Füße zu stellen. Das – glaube ich – habe ich mit meinen Beispielen nachgewiesen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Meine Damen und Herren, das Wort wird nicht mehr gewünscht. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der SPD an den Sozialausschuß und mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Ich frage, ob auch der Bericht überwiesen werden soll.

(Zurufe: Ja!)

- Dann frage ich, ob wir nach § 66 unserer Geschäftsordnung beschließen können, daß beide, sowohl der Bericht als auch der Antrag, im Sozialausschuß federführend und mitberatend im Innen- und Rechtsausschuß behandelt werden sollen. Da darf sich kein Widerspruch erheben. Das können wir nur beschließen, wenn das Haus einstimmig dafür ist. - Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Bericht zum Sozialen Bürgerprogramm des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 10/2099

Frau Sozialminister, Sie haben das Wort.

Ursula Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Bericht heute gleich abgeben.

Als die Landesregierung Mitte 1984 auf meinen Vorschlag das **Soziale Bürgerprogramm** beschloß, nannte sie es ein Programm zur Verbesserung der ambulanten Betreuung und zur Verstärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit.

Damit sind die beiden wichtigsten Ziele dieses Programms umschrieben, nämlich die in der Regierungserklärung angekündigte Umsetzung des sozialpolitischen Grundsatzes „ambulant vor stationär" und die Aktivierung der freiwilligen Mitarbeit von noch mehr Bürgern in unserem Land. Um diese Ziele umzusetzen, haben wir auf der bewährten Förderung der Aktivitäten und Initiativen der freien Wohlfahrtsverbände aufgebaut. Mit seinen Beschlüssen über die jeweiligen Haushalte hat der Landtag unsere Vorschläge zur Verstärkung der Förderung gebilligt.

In das Soziale Bürgerprogramm wurden Maßnahmen aufgenommen, die aus der praktischen Arbeit der freien **Wohlfahrtsverbände** entwickelt wurden. Dabei legten wir einerseits Wert auf den Ausbau bewährter Förderungsmaßnahmen, andererseits auch auf neue sozialpolitische Akzente, die sich aus der Nachfrage ergeben hatten.

Ein besonders markantes Beispiel für den Ausbau bewährter Förderungsmaßnahmen ist die Verstärkung der Zuschüsse für die Gemeindekrankenpflege, für die Hauspflege und für die Sozialstationen.

Neue Akzente wurden insbesondere im sozialpsychiatrischen Bereich und in der Altenhilfe gesetzt, aber auch bei der Förderung von Selbsthilfegruppen. Das Soziale Bürgerprogramm baut auf drei Grundsätzen auf, die die Sozialpolitik der Landesregierung bestimmen:

1. „**Hilfe zur Selbsthilfe**". Die geförderten Maßnahmen sollen darauf ausgerichtet sein, hilfebedürftige Menschen und ihre Familien in die Lage zu versetzen, sich möglichst weitgehend selbst zu helfen.

2. „**Ambulant vor stationär**". Es entspricht dem Wunsch der meisten hilfebedürftigen Menschen, solange wie möglich zu Hause in der gewohnten Umgebung zu leben. Deshalb sollen die Hilfen für betroffene Menschen im häuslichen Bereich gefördert werden.

3. „Vorrang der **privaten Initiativen** und der **freien Verbände**". Land und Kommunen sollen dort keine eigenen Einrichtungen und Hilfen schaffen, wo private Initiativen und freie Verbände bereit sind, die Trägerschaft für soziale Dienste und Einrichtungen zu übernehmen. Positiv sehen wir dabei:

- die stärkere Vielfalt in der Ausgestaltung,
- eine höhere Beweglichkeit, vorhandene Dienste und Einrichtungen zu ändern und neue aufzubauen, und
- die besseren Möglichkeiten zur Aktivierung der Selbsthilfe, der Nachbarschaftshilfe und der ehrenamtlichen Mitarbeit.

Das Programm umfaßte im Jahre 1985 acht Maßnahmegruppen, die ich Ihnen hier vorstellen möchte.

1. Verstärkung der **ambulanten sozialen Dienste**: Gemeindekrankenpflege, Hauspflege sowie ihre Zusammenarbeit mit anderen ambulanten sozialen Diensten in Sozialstationen werden seit langem durch Landeszuwendungen gefördert und bilden einen Kern der Sozialpolitik des Landes. Die Landesförderung in diesem Bereich wird durch das Soziale Bürgerprogramm verbessert, wobei ein Schwerpunkt in der **Hauspflege** liegt. Hier möchte ich Ihnen die finanziellen und zahlenmäßigen Verbesserungen nennen. Gegenüber 1984 haben wir unsere Zuschüsse für die ambulanten sozialen Dienste im Jahre 1985 um mehr als 1 Millionen DM, 1986 um fast 2 Millionen DM und 1987 um 2,7 Millionen DM angehoben.

Die Zahl der **Gemeindeschwestern** ist vom Jahre 1984 bis 1987 um gut 30 gestiegen, die Zahl der haupt- und nebenberuflichen Hauspflegekräfte im gleichen Zeitraum um gut 300.

Während wir 1984 100 **Sozialstationen** gefördert haben, waren es zwei Jahre später schon 125. Ich meine, diese Zahlen sprechen für sich.

2. Gemeinschaftseinrichtungen in **Altenzentren** und Einrichtungen für **Alterverwirrte**: Um möglichst lange ihr Leben selbständig gestalten zu können, interessieren sich ältere Menschen zunehmend für Altenzentren, in denen eine überschaubare Zahl altengerechter Wohnungen mit Betreuungsangeboten, wie Sozialstation und Begegnungsstätte, räumlich zusammengefaßt sind.

Diese Form der „**betreuten Altenwohnungen**" gibt den Bewohnern eine höhere Sicherheit; sie können jederzeit eine regelmäßige Betreuung in der eigenen Wohnung in Anspruch nehmen, wenn dies erforder-

(Ministerin Ursula Gräfin von Brockdorff)

lich wird. Dadurch kann vielfach die Übersiedlung in ein Alten- und Pflegeheim vermieden oder jedenfalls hinausgeschoben werden.

In den letzten zwei Jahren haben wir 20 Vorhaben mit gut 3 Millionen DM unterstützt, für 7 weitere Vorhaben wurden noch einmal fast 2 Millionen DM bewilligt oder fest zugesagt. Ein besonderer Bedarf zeigt sich in der Altenhilfe bei der Betreuung **altersverwirrter Menschen**. Ich darf dazu auf unseren Bericht über die Situation altersverwirrter Menschen in Schleswig-Holstein verweisen.

3. Hilfen für eine **selbständige Lebensführung**: Körperlich Behinderte, Gefährdete sowie psychisch Kranke und Behinderte brauchen eine besonders intensive, fachlich qualifizierte Betreuung und Beratung, wenn sie nach einem Aufenthalt in einer Einrichtung wieder in die selbständige Lebensführung zurückkehren oder wenn in kritischen Situationen die Unterbringung in einer stationären Einrichtung vermieden werden soll.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD])

Betreuer, die besonders auf diese Arbeit vorbereitet sind, begleiten und unterstützen die einzelnen hilfebedürftigen Menschen und ihre Familien. Sie helfen ihnen, ihre Selbständigkeit zu erhalten oder wiederzugewinnen.

1986 haben bereits 19 Initiativen der Wohlfahrtsverbände unsere Förderung mit insgesamt 1 Million DM in Anspruch genommen, davon 10 im sozialpsychiatrischen Bereich, 5 für Gefährdete und 4 für Behinderte.

4. Das Hausnotrufsystem: Durch das **Hausnotrufsystem** sollen alleinstehende Behinderte oder ältere Menschen in der eigenen Wohnung die Sicherheit erhalten, daß ihnen bei Eintritt eines Notfalls schnell geholfen wird.

Es wird dann Sprechkontakt zu einer Zentrale hergestellt, die die notwendige Hilfe veranlaßt. Hilfe bringen können Verwandte, Nachbarn, ambulante soziale Dienste, Hausarzt, Rettungsdienst und andere. Es geht also nicht nur darum, einen solchen Telefondienst aufzubauen, sondern ihn einzurichten, solches Hilfenetz aufzubauen, ist besonders wichtig. In den letzten zwei Jahren wurde der Anschluß von fast 300 Teilnehmern von uns gefördert.

5. **Ambulante psychiatrische Dienste**: Psychisch Kranke und Behinderte brauchen – neben der ambulanten medizinischen Versorgung – zu einer möglichst selbständigen Lebensführung in der Familie oder in der eigenen Wohnung besondere Hilfen.

Dies ist das Aufgabengebiet der sozialpsychiatrischen Dienste. Sie helfen in allen Fragen des täglichen Lebens, beraten in sozialen Fragen und helfen, die besonders wichtigen Kontakte zur Gesellschaft zu knüpfen, zu erhalten und auszubauen.

1985 haben 23 Initiativen der Verbände einen Zuschuß von insgesamt 430 000 DM erhalten, 1986 waren es 27 Initiativen, die fast 750 000 DM erhalten haben.

6. Eine sehr wichtige Maßnahme sind die **Selbsthilfegruppen**: Auch in Schleswig-Holstein entstehen zunehmend in den verschiedensten Bereichen Selbsthilfegruppen. In ihnen finden sich aus der unmittelbaren oder mittelbaren Betroffenheit heraus Menschen zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen, Erfahrungen auszutauschen und besondere Hilfeansätze in ihrer Situation zu entwickeln.

Für diese Arbeit brauchen Selbsthilfegruppen Unterstützung, zum Beispiel durch geeignete Räumlichkeiten, durch Beratung, sie benötigen Bürohilfen, Vorträge und Diskussionen mit Fachkräften, oder sie brauchen Unterstützung auf vielfältige andere Weise. Deshalb haben wir die Förderungsbeträge für diese Maßnahmegruppe überproportional angehoben. Waren es 1985 noch 200 000 DM, so haben wir 1986 bereits 425 000 DM bereitgesetllt, und dieses Jahr stieg der Betrag auf 600 000 DM.

7. Eine weitere Maßnahme, die dringend notwendig war, waren **Räume** für örtliche Wohlfahrtsverbände: Die Zusammenarbeit ehrenamtlicher Mitarbeiter innerhalb eines Verbandes wie auch deren Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Kräften wird durch regelmäßige Treffen, Schulungen zur Einführung und fachlichen Begleitung, aber auch durch andere Angebote gestärkt.

Das Engagement dieser Mitarbeiter kann oft nur aktiviert und erhalten werden, wenn für solche Veranstaltungen geeignete Räume zur Verfügung stehen. Vielfach bereitet es Schwierigkeiten, die Finanzierung der Ausgestaltung solcher Räume vor Ort zu sichern.

85 örtliche Mitgliederorganisationen der Wohlfahrtsverbände überall in Schleswig-Holstein haben Räume in den Jahren 1985 und 1986 für ihre Arbeit hergerichtet. Wir haben dafür rund 1,2 Millionen DM eingesetzt.

8. Die letzte Maßnahme dieser acht Maßnahmen ist die **Gruppenarbeit** in den **Familienbildungsstätten**: In den Familienbildungsstätten entstehen aus den Kursangeboten heraus oft Teile von Gruppen, die länger zusammenbleiben möchten, um sich weiter gegenseitig zu unterstützen und Erfahrungen auszutauschen. Diese Gruppen brauchen keine regelmäßig Betreuung durch eine haupt- oder nebenberufliche Kraft der Familienbildungsstätte. Erforderlich bleibt jedoch die Unterstützung durch Fachkräfte bei besonderen Anlässen und die Bereitstellung der Räume und von Hilfsmitteln.

Für diese Gruppenarbeit erhielten die Familienbildungsstätten vom Land 100 000 DM im Jahre 1985 und 300 000 DM im Jahre 1986. Dieses Jahr haben wir den Betrag auf eine halbe Million DM gesteigert.

Die Erfahrungen mit dem Sozialen Bürgerprogramm zeigten bereits 1985, daß die Verstärkung der Förderung der ambulanten sozialen Dienst und die neuen Akzente vor allem in der Altenhilfe und in der dezentralen Psychiatrie richtig waren. Es zeigte sich aber auch, daß einige **weitere Förderungsmaßnahmen** bei den freien Wohlfahrtsverbänden im ambulanten Bereich ausgebaut werden mußten, so zum

(Ministerin Ursula Gräfin von Brockdorff)

Beispiel die Stärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit, ebenso die mobile Krankengymnastik, um die häusliche Betreuung für mehr behinderte Menschen in unserem Lande möglich zu machen, und die Erholungsfürsorge, um die besonderen Angebote der freien Wohlfahrtsverbände für erholungsbedürftige Mütter, Kinder und Familien zu sichern. Diese und einige weitere Maßnahmen wurden daher im letzten Jahr in die Förderung einbezogen.

Das Soziale Bürgerprogramm ist kein alleinstehendes Förderungsmittel. Es reiht sich in die schon vorhandenen sozialpolitischen Maßnahmen ein. Die diesem Programm zugrunde liegenden Grundsätze haben in der sozialpolitischen Diskussion in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen, ja sie haben sogar eine Reihe von Entscheidungen mitbestimmt. Ich nenne hier nur die sehr viel stärkere Betonung der ambulanten Hilfe, das Gesetz zur Neuordnung der Trägerschaft der Sozialhilfe in unserem Land, und auch das Modellprogramm „Ambulante Dienste für Pflegebedürftige" des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit gehört dazu, an dem die Diakoniestation in Husum teilnimmt.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Es geht hier um die Initiativen des Landes!)

Neben den Verbesserungen durch das Soziale Bürgerprogramm hat es eine Reihe weiterer deutlicher Aufstockungen bei den **freiwilligen finanziellen Leistungen** des Landes gegeben, die hier ebenfalls erwähnt werden sollten. Gegenüber 1984 wurden 1986 vor allem die Haushaltsansätze für folgende Förderungsmaßnahmen wesentlich angehoben: für die Familienberatung um 820 000 DM, für die Stiftung Familie in Not um 1 Million DM und für die Seminare für Eltern mit Kindern um 280 000 DM, für Investitionsmaßnahmen im Behindertenbereich um 1 1/2 Millionen Mark. Außerdem wurde 1986 zur Förderung der Modernisierung und Renovierung von Pflegeheimen ein Ansatz von 2 Millionen DM neu geschaffen. Diese Zahlen sagen sich hier so einfach, aber wie viele Möglichkeiten zu helfen hinter diesen Zahlen stehen, kann man nur erahnen.

Über Einzelheiten des Sozialen Bürgerprogramms, meine Damen und Herren, in den Jahren 1985 und 1986 geben die Tabellen Auskunft, die Ihnen vorliegen. Von Anfang an haben wir das Programm so flexibel gestaltet, daß kurzfristig auf besondere Erfordernisse in der Praxis reagiert werden konnte. In Gesprächen mit den freien Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen haben wir von Jahr zu Jahr die Beträge im Haushalt für die einzelnen Förderungsbereiche festgelegt und auch noch innerhalb des Haushalts Verschiebungen zwischen den einzelnen Bereichen vorgenommen, wenn dies sinnvoll und erforderlich schien. Es stellten sich mit der Zeit **Schwerpunkte** heraus, bei denen eine besonders große Nachfrage nach Landesmitteln bestand und auch weiter besteht. Das gilt besonders für die **sozialpsychiatrischen Dienste** und die Betreuung am Übergang. Durch eine intensive Begleitung in den verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens psychisch Kranker und Behinderter wird der Weg in das selbständige Leben nach einer stationären Behandlung erleichtert oder die Einweisung in die stationäre Einrichtung sogar vermieden. Ich habe das vorhin schon ausgeführt.

Gemeinschaftseinrichtungen und Kurzzeitpflegeeinrichtugen in **Altenzentren** müssen geschaffen werden. Die Arbeit und die Aktivitäten der **Selbsthilfegruppen** müssen weiter unterstützt werden, und es gilt, die Einführung und die fachliche Begleitung ehrenamtlicher Mitarbeiter zu fördern. Weiter gilt es, die ambulanten sozialen Dienste mit dem Schwerpunkt in der **Hauspflege** verstärkt zu fördern, wo schon in den letzten Jahren ein besonders starker Ausbau stattgefunden hat.

Als neuen Punkt haben wir in diesem Jahre erstmals die Bekämpfung des **Suchtmittelmißbrauchs** mit in das Soziale Bürgerprogramm aufgenommen. Die Aufstockung um eine halbe Million für Beratungsstellen, Aktivgruppen und lokale Initiativen ermöglicht es, neue Aktivitäten in der Förderung aufzubauen, aber auch den Ausbau bestehender Beratungsstellen finanziell zu unterstützen. Auch hier soll durch das Soziale Bürgerprogramm erreicht werden, daß die ambulanten Hilfen verstärkt gefördert werden, um eine stationäre Betreuung von Drogen- und Alkoholabhängigen zu vermeiden.

Die Abwicklung des Programms für 1987 läuft auf vollen Touren. Bereits bei der Einführung im Jahre 1984 wurde das Programm so angelegt, daß es in den Jahren 1985 bis 1987 aufgebaut und ausgebaut werden konnte und in den folgenden Jahren weitergeführt werden kann.

Von Anfang an war die Möglichkeit gegeben, dort Schwerpunkte zu setzen, wo es erforderlich war. Diese **Flexibilität**, meine Damen und Herren, innerhalb des Programms, die auch die Aufnahme neuer Aktivitäten im sozialen Bereich mit umfaßt, soll auch in Zukunft erhalten bleiben. Die Fakten des Sozialen Bürgerprogramms und die Zahlen sprechen für sich. Sie zeigen, daß wir den richtigen Weg beschritten haben. Das Soziale Bürgerprogramm stößt überall im Lande auf ein breites Interesse und setzt die in der Regierungserklärung angekündigte Sozialpolitik konsequent um. Durch das Programm werden die bewährten Dienste gesichert und verbessert, neue Initiativen werden ausgelöst und können so die Hilfe zur Selbsthilfe sichern und verbessern.

Die Zahlen, die ich Ihnen genannt und ausgehändigt habe, zeigen auch, daß der Ausbau der **ambulanten Hilfe** ein Wunsch der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein ist, den wir gemeinsam mit den freien Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen umsetzen. Wir wollen diese erfolgreiche Politik der flexiblen Hilfen, wie sie die Grundlage für das Soziale Bürgerprogramm sind, auch weiterhin in Schleswig-Holstein fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Meine Damen und Herren, damit auch formell alles seine Ordnung hat, stelle ich fest, daß der CDU-Antrag vom Hohen Hause angenommen worden ist. Der Bericht ist gegeben, und das Haus war diesmal etwas schneller als der Präsident.

Wir treten in die Aussprache über den Bericht ein. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Marschner.

Wilhelm Marschner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal für den Auszug aus dem Haushaltsplan, Einzelplan 10, Kapitel 1005, Seiten 48 bis 61 beziehungsweise zutreffender die Seiten 52 bis 61, bedanken. Aber die hatten wir schon gelesen, Frau Ministerin. Zweitens möchte ich mich für den Auszug aus den Haushaltsüberwachungslisten bedanken, mit denen wir nichts anfangen können, da nicht erkennbar ist, ob es Personalkosten, Sachkosten, Zuschüsse, Darlehen, Spitzenfinanzierung oder sonstiges ist.

Nun zu Ihrem Bericht! Sie haben sich nicht getraut, ihn schriftlich zu geben, weil dann Ihre Zahlen und Angaben hier überprüfbar wären. Daher müssen Sie sich jetzt an Ihrem eigenen Text messen lassen. Was ist Anspruch und was ist Wirklichkeit im Sozialen Bürgerprogramm? Klafft es wirklich so weit auseinander?

Meine Damen und Herren, wenn man schon ein Soziales Bürgerprogramm auf den Weg bringt, dann muß es Ziel sein, allen Menschen in allen Regionen in diesem Lande und an allen Orten helfen zu können. Es kann nicht Ziel eines Programmes der Landesregierung sein, daß man dem Zufall überläßt, wo ein Träger irgendwelche ambulanten sozialen Dienste anbietet oder nicht anbietet. Ist es nicht so, daß zuerst eine umfassende **Sozialplanung** in Verantwortung des Landes aufzeigt, wie und wo im Lande ausreichend und flächendeckend, wie Kollege Meyer es beim letzten Male wieder forderte, ein Angebot ambulanter sozialer Dienste zu realisieren ist? Und wir fragen natürlich gleich weiter, ob hier nicht die **Zusammenarbeit** aller politischen Ebenen, der sozialen Verbände und der Kirchen gefragt ist, um einen wirksamen und zugleich sparsamen Einsatz öffentlicher Gelder zu ermöglichen.

Ich sage es gleich vorweg, meine Damen und Herren: Eine von der SPD geführte Landesregierung wird mit einer neu zu ordnenden Sozialplanung für das Land Schleswig-Holstein erstens ausweisen, welchen Bedarf wir an sozialen Einrichtungen haben, wie dieser Bedarf, zweitens, abgedeckt werden soll und drittens, wie wir dem Ziel der Schaffung der Sozialgemeinde näherkommen, was wir eigentlich als Sozialpolitik in Verantwortung einer Landesregierung ansehen, indem wir die notwendige Zusammenarbeit von Selbstverwaltungen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen sicherstellen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß das Soziale Bürgerprogramm nicht geeignet ist, bestehende Defizite in der sozialen Vorsorge und Versorgung auszugleichen

(Beifall bei der SPD)

und daß es die fehlende Sozialplanung nicht ersetzen kann.

Dazu hat die Landesregierung im Sozialausschuß gesagt – Frau Ministerin, so etwas hören Sie ja nicht –: „Das ist auch nicht Aufgabe des Sozialen Bürgerprogramms". Und Defizite auszugleichen sei nicht bezahlbar, sagte Ihr Staatssekretär. Fragen Sie ihn einmal. Da spricht er wohl in Ihrem Namen.

Anläßlich des heutigen Berichts habe ich die Protokolle zu den Haushaltsberatungen zum Einzelplan 10 seit Anfang der siebziger Jahre nachgelesen. Eine tolle Lektüre! Zwölf Beratungen habe ich hier selbst erlebt. Sie haben als CDU – das muß man Ihnen bestätigen – zwar hinzugelernt, aber das langt noch nicht.

Kollege Joachim Harms, Kollege Gert Börnsen, Kollegin Sigrid Warnicke und andere haben die Landesregierung Jahr für Jahr zum Handeln in der Sozialpolitik aufgefordert. An dieser Stelle ist es einmal nötig, eines der großen Mahner in der Sozialpolitik in diesem Hause zu gedenken, der voriges Jahr verstorben ist: Walter Tiemann hat Sie in diesem Haus von diesem Platz aus energisch zum sozialpolitischen Handeln aufgefordert. Er hatte sehr konkrete Vorstellungen, wie er hinterher als Stadtrat in Neumünster bewiesen hat.

Meine Damen und Herren, mal war die Situation in der Gemeindekrankenpflege katastrophal, mal war es die Hauspflege. An die Sozialstationen ging die Landesregierung zögerlich und vor allem einschränkend auf drei Dienstleistungen heran. Und dann erst die Frage Frauenhaus! Da wird es interessant. Von der Bezeichnung „Sonstiges" im Haushalt über „Frauen in Not" können Sie heute in der CDU wenigstens schon das Wort „Frauenhaus" aussprechen. Eine heiße Kartoffel, meine Damen und Herren, ist wirklich nichts dagegen. Das Wort „Frauenhaus" wurde immer so herumgewälzt, als wäre das schon etwas Unanständiges.

Ich muß feststellen, daß sich der Ansatz für Frauenhäuser von wenigen 1000 DM auf 300 000 DM heute entwickelt hat. Über die Notwendigkeit streitet jetzt Gott sei Dank niemand mehr, aber den Stellenwert von Hilfen für Frauen in Not haben Sie, Gräfin Brockdorff, weder als Frau noch als Ministerin und auch Kollegin Schuster als Parlamentarische Staatssekretärin nicht begriffen. Angesichts des Ansatzes und eingedenk hämischer Bemerkungen während der Beratungen unserer Anträge im Ausschuß zu diesem Komplex zweifele ich nach wie vor an dem politischen Willen der CDU, eine befriedigende Regelung anzustreben.

(Beifall bei der SPD)

Frau Ministerin, die Stadt Nürnberg hat 500 000 Einwohner und unterhält ihr Frauenhaus mit 500 000 DM pro Jahr. Dies nur zum Vergleich! Die Bayerische Staatsregierung fördert die Einrichtung außerdem mit zusätzlichen Mitteln.

Sie stellen die Förderung der Frauenhäuser zweigeteilt dar; der eine Teil ist originäre Aufgabe der Sozialpolitik – das sagen Sie im Haushalt –, und der

(Wilhelm Marschner)

andere Teil ist Teil des Sozialen Bürgerprogramms und damit politische Manövriermasse. Deshalb weisen Sie sie im Haushalt auch in den Erläuterungen an zwei Stellen aus. Das macht sich politisch besser, wenn man es verkaufen will. Aber sind das die Methoden eines ehrlichen politischen Maklers? So muß ich Sie hier fragen. - Das ist Schaumschlägerei. Wenn ich den Lieferwagen der Kieler Feinkosthandlung Schröder sehe, dann lese ich jedesmal mit Vergnügen die Aufschrift „Da haben wir den Salat". Dann weiß ich, der Lieferwagen hat Qualitätswaren geladen und keine Mogelpackungen. Wenn ich das auf Ihr **Soziales Bürgerprogramm** übertrage, dann habe ich eine andere Assoziation zu Schröders Werbespruch.

Da sage ich zwar auch „Da haben wir den Salat", aber dies in dem Sinne, daß das Soziale Bürgerprogramm immer noch nicht Hand und Fuß hat,

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Rolf Selzer [SPD])

daß der Anspruch die Wirklichkeit nicht erfüllt. - Na ja, Eingeweihte wissen, wie weit die Landesregierung davon entfernt ist, sozialpolitisch Qualität anbieten zu können.

Mit dem Sozialen Bürgerprogramm, meine Damen und Herren von der CDU, vermengen Sie aus Gründen der **Selbstdarstellung** die originären Aufgaben der Sozialpolitik mit angeblich zusätzlicher politischer Leistung. Sie meinen doch nicht etwa, daß zum Einstieg in das Soziale Bürgerprogramm von 1984 bis heute eine neue Ära der Sozialpolitik in diesem Land ausgelöst wurde?

Ich darf noch einmal auf die Dürftigkeit des Einstiegs 1984 verweisen, mache es aber sehr knapp:

Ein kurzes Drittel einer Seite Darstellung in den Mitteilungen des Landkreistages Nummer 5/1984 vom Oktober 1984! Knochen ohne Fleisch, ein paar Spiegelstriche, 5 Millionen DM Haushaltsmittel für 1985 in Aussicht gestellt und nun die Aufforderung an die sozialen Verbände, darüber nachzudenken, was man sozial gestalten, auf den Weg bringen könnte!

Neu waren in diesem Bereich zwei Hinweise der Landesregierung: Sie wollten sich verstärkt dem Aufbau **ambulanter psychiatrischer Dienste** widmen, und Sie wollten Hilfen für die **Altersverwirrten** gewähren. Alles andere war ein alter Hut.

Zur gemeindenahen Psychiatrie müssen wir heute, zwei Jahre danach, feststellen: Es scheint nur das zu funktionieren, was in der Drucksache 10/2014 dem Kollegen Johna vor kurzem mitgeteilt wurde. Sie haben nichts Bahnbrechendes oder Richtungsweisendes auf den Weg gebracht. Wir meinen sogar, an den genannten Beispielen Protektionismus erkennen zu können. Das Ziel, Ihr Ziel nämlich, haben Sie nicht aus dem Auge verloren: Die **gemeindenahe Psychiatrie** und die ambulanten Dienste sollen das Land finanziell entlasten. Das haben Sie sogar im Sozialausschuß bestätigt.

Meine Damen und Herren, wir sagen Ihnen, eine dezentrale Psychiatrie wird nach unserer Meinung nur aufzubauen sein, wenn sich das Land gegenüber den Kommunen nicht aus der finanziellen Verantwortung stiehlt. Anders wird das nichts.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Klaus Klingner [SPD])

Im übrigen empfehle ich hier und immer wieder auch der CDU und der Landesregierung: Lesen Sie bitte die Veröffentlichungen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zur gemeindenahen Psychiatrie durch! Dann wissen Sie, was Sie tun sollen. Der Vorsitzende dieses Verbandes ist der Herr Ministerpräsident; der müßte Ihnen jetzt endlich einmal sagen, was Sache ist.

(Beifall bei der SPD)

Ihre zweite Entdeckung des Jahres 1984, die Gruppe der **Altersverwirrten**, die Sie nie definieren und eingrenzen konnten, haben wir hier im Plenum und im Sozialausschuß behandelt. Sie konnten oder wollten weder einer Heimmindestpersonal-Verordnung noch einer Klärung beziehungsweise Veränderung der Rechtsstellung der Heimbetreiber wie der Heimbewohner noch einer Ablösung der bisherigen Entmündigungspraxis nähertreten. Die Vertreter der Landesregierung waren in diesem Punkt nicht in der Lage, im Ausschuß Lösungen aufzuzeigen. - Ein Armutszeugnis! Mehr kann man dazu nicht feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Nach dem fleischlosen Sozialen Bürgerprogramm des Herbstes 1984 will ich mich damit den Neuentdeckungen im Sozialen Bürgerprogramm des Herbstes 1985 zuwenden. Wieder ist es der Landkreistag, der im Oktober 1985 willig publiziert. Man weiß ja, wo die Wähler sind, obwohl die im Frühjahr 1986 bei der Kommunalwahl gegenüber der CDU ziemlich undankbar sind. Also, im Oktober 1985 entdecken die Sozialprogrammler das Pflegefallrisiko. Meine Damen und Herren, nun ist der Kollege Dall'Asta nicht anwesend. Aber hier wird es peinlich für Sie. Nach unserem Antrag zur **Pflegeversicherung** hier in diesem Hause erklärte der Kollege Dall'Asta erst einmal, daß unser Antrag zu einer Pflegeversicherung, daß Pflegeversicherungen überhaupt unbezahlbar seien. Das ist vorerst schon immer gut so. Dann kann man wenigstens gleich einen Punkt machen. Im Sozialausschuß erbittet die CDU ein halbes Jahr Zeit, um sich sachkundig machen zu können. Wieso die erste Erklärung? Nach eineinhalb Jahren „Liegezeit" dieses Antrages im Sozialausschuß ist er durch die bundespolitische Entwicklung endlich überholt. Ich muß Sie nun als Hohes Haus fragen: Mit dieser Schilderung müssen Sie doch auch zu einer Erkenntnis kommen, wenn Sie die drei Spiegelstriche im Sozialen Bürgerprogramm in der Darstellung von 1985 werten wollen. Sind die Aussagen Makulatur?

(Beifall bei der SPD - Uwe Amthor [SPD]: Das ist CDU-Sozialpolitik!)

(Wilhelm Marschner)

Sie heben im Herbst 1985 hervor, daß die Kommunen verstärkt um den Ausbau von **Sozialstationen** bemüht sind. Das wird in der Darstellung des Sozialen Bürgerprogramms behauptet. Im Sozialausschuß waren es dann aber die Wohlfahrtsverbände. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich in der Mitte. Nach meiner Meinung ist die Entwicklung an der Landesregierung vorbeigelaufen, wenn ich die unterschiedlichen Angaben über Anzahl und Trägerschaften bewerte, die verschiedentlich im Sozialausschuß, aber auch hier gegeben wurden. Sie preisen besonders die Förderung von **Räumen** für die Arbeiterwohlfahrtsverbände an. Warum eigentlich? Sie preisen auch an, daß Sie die **Familienbildungsstätten** besonders gefördert haben. Was ist denn hierbei so erwähnenswert? – Nun, wenn schon originäre Aufgaben so erwähnenswert sind, dann kann es sich hier nur um einen Jubelbericht handeln, der auf einen bestellten Berichtsantrag zustande kommt,

(Beifall bei der SPD)

damit man zur Landtagswahl die nächste Vierfarbendruck-Hochglanzbroschüre mit Erfolgen verteilen kann, die im Grunde genommen eine verantwortliche Sozialpolitik, mit originären Aufgaben ausgefüllt, hätte leisten müssen.

(Beifall bei der SPD)

Ist es nicht – zweitens – jetzt so – und ist es nicht Wahrheit –, daß die CDU in der Defensive mit dem Sozialen Bürgerprogramm in kleinen Portionen einen kleinen Teil dessen zurückgeben will, was durch die Politik des sozialen Kahlschlages der Bundes-CDU in den Jahren 1982 bis 1985 genommen wurde?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich rufe Ihnen sehr gern ins Gedächtnis, was Arbeitslosen, Rentnern, Müttern, Kindern und Familien genommen und womit die Arbeitnehmer belastet, die Mehrwertsteuer erhöht, welche Steuersubventionen und Steuergeschenke verteilt wurden. Summe: 210 Milliarden DM – sagt das Kölner Institut, nicht wir.

Nein, die Landesregierung stiehlt sich mit einem **Jubelbericht** über ein **Soziales Bürgerprogramm** aus ihrer sozialpolitischen Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Sie überläßt Entwicklungen dem Zufall, sie tangiert die Rechte der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu einige Zitate aus Briefen, die ich – wie Sie wissen, Frau Sozialministerin – mit Ihren Antworten und mit den Antworten des Innenministers an alle möglichen Leute verschickt habe! Da heißt es:

> „Grundsätzlich wird die Idee des Sozialen Bürgerprogramms und das dem Programm zugrunde liegende Motiv „ambulant vor stationär" begrüßt. Bedenklich ist aber, daß einerseits so gut wie nie eingewendet werden kann, daß eine soziale Einrichtung keinen Bedarf befriedigt, da sie, einmal geschaffen, auch angenommen wird. Daher ist es den kommunalen Aufgabenträgern in der Praxis auch kaum möglich, sich bei einem Rückzug des Zuwendungsgebers ebenfalls zurückzuziehen oder die Erfordernisse einer solchen Maßnahme, für die das Soziale Bürgerprogramm Mittel bereitstellt, zu verneinen oder das gegenüber dem Initiator zu vertreten."

Ich hatte gesagt, die **Kommunen** seien tangiert, sie seien teilweise sogar in Zwangslagen gebracht worden.

Ich habe folgendes festgestellt. Ich will Ihnen nur drei Vorgänge vortragen. In einem Ort gab es zweimal Aufbaumaßnahmen einer Schuldnerberatung, obwohl eine ausreichen würde. Die betreffende Gemeinde soll nun zwei Schuldnerberatungen bezuschussen, nachdem das Soziale Bürgerprogramm nicht mehr greift.

In einem anderen Ort gab es zwei sozialpsychiatrische Beratungsdienste, die konkurrierend arbeiten, obwohl im Grunde genommen, weil sie eine kleine Fläche abdecken, nur für einen Platz ist. Aber sie sind nun eben beide da.

Das dritte Beispiel: Zwei Notrufsysteme gibt es in einem Bereich, in dem man mit einem auskommt. Die Kosten für Notrufsysteme können nämlich ohnehin nicht als Bagatelle behandelt werden.

Ich sage Ihnen noch etwas aus einem anderen Brief:

> „Schon bei der Anlage und Planung des Programms sind die kommunalen Landesverbände nicht beteiligt worden. Nach Informationen des Deutschen Städtetages ist dieser Überraschungseffekt bewußt eingeplant worden."
>
> „In den ersten Erklärungen der Landesregierung ist mit keinem Wort von einer Mitfinanzierung der Kommunen die Rede. Noch unter dem 24.9.1985 heißt es in einem Gesprächsvermerk des Sozialministeriums, daß eine finanzielle kommunale Beteiligung nicht immer Voraussetzung einer Förderung überhaupt sei."
>
> „Die Durchführung des Programms war in den ersten beiden Jahren planlos."

Meine Damen und Herren, erst im Herbst vorigen Jahres hat in einem Gespräch mit der Frau Sozialministerin eine Einigung darüber erzielt werden können – nachdem das Programm angeblich zwei Jahre schon erfolgreich lief –, daß man sich in den Maßnahmen mit den Kommunen absprechen wird.

(Hört, hört! bei der SPD)

Bis dahin – so können wir feststellen – war es ein „geordnetes Chaos", Frau Sozialministerin!

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, die im Grunde genommen von mir gestellt war und die sich auf den Grundgesetzartikel 28 bezog, das heißt die Wahrung der Rechte der **kommunalen Selbstverwaltung**, haben Sie ja lange Zeit gemeinsam mit dem Herrn Innenminister unbeantwortet gelassen. Ich habe mich gewundert, wie lange die Beantwortung eines solchen Briefes braucht, der eine einfache Rechtssituation klären soll.

(Wilhelm Marschner)

Ich könnte hier weiterzitieren; meine Redezeit geht aber zu Ende. Zusammenfassend zu dem Bericht, der uns leider nur mündlich gegeben und damit nur akustisch im Ohr geblieben ist und nur in Teilen vorliegt, möchte ich feststellen: Sozialpolitik in einem Guß ist über das Soziale Bürgerprogramm nicht zu verwirklichen, und als Teil einer **Sozialplanung** kann es zwar hilfreich sein, aber in der Prioritätensetzung kann es etliche Irritationen auslösen.

Das Soziale Bürgerprogramm bleibt so lange Stückwerk – und das ist für mich sehr wichtig –, als politisch Verantwortliche meinen, mit einer an und für sich guten Idee originäre sozialpolitische Aufgaben staatlicher Sozialpolitik zum halben Preis einkaufen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die andere Hälfte der Zeche zahlen die Kommunen, und das ist bei der Finanzlage unserer Gemeinden eine ruinöse Politik. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sprenger.

Bertold Sprenger [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Marschner, eingangs zu Ihren Ausführungen folgende Bemerkungen! Was Sie hier vorgetragen haben, was Sie, wenn Sie in diesem Land die Mehrheit hätten, in diesem Programm planen würden – da läuft es einem kalt den Rücken herunter. Sie würden bei einer Sozialpolitik wirklich erst Erhebungen durchführen, Berechnungen anstellen und Planungen aufstellen, um den Menschen zu helfen. Wissen Sie, das ist so ein kaltes Verfahren; das wollten wir mit dem Sozialen Bürgerprogramm in der Tat eben nicht. Für uns stand vielmehr im Vordergrund, den Menschen möglichst schnell und unbürokratisch in diesem Bereich zu helfen, und das ist erreicht worden.

(Beifall bei der CDU)

Setzen Sie doch bitte einmal – das haben Sie hier wieder getan; ich werde darauf noch eingehen – in die **Wohlfahrtsverbände** ein größeres Vertrauen! Sie sind voll von Mißtrauen gegenüber den Menschen, die ehrenamtlich, freiwillig diesen sozialen Dienst leisten. Davon müssen Sie einmal abgehen. Die Welt ist gar nicht so.

Eine Bemerkung zur **Pflegeversicherung**! Herr Marschner, ich weiß nicht, was das nun mit dem Sozialen Bürgerprogramm zu tun hat. Wenn Sie Klage darüber führen, daß wir hier noch keinen Beschluß herbeigeführt haben, dann darf ich Ihnen sagen, daß Sie es gewesen sind, die den Antrag gestellt haben – wir waren an sich nicht dafür, aber wir haben uns dem dann gefügt –, eine Anhörung zu machen. Das Ergebnis der Anhörung war doch wohl eindeutig negativ, Herr Marschner; darüber brauchen wir hier doch wohl keine Worte zu verlieren. Selbst der DGB hat es abgelehnt, eine Pflegeversicherung zu Lasten der Arbeitnehmer aufzulegen. Das mußte ich also – wenn Sie so wollen – ein bißchen geraderücken.

Meine Damen und Herren, der Bericht über das Soziale Bürgerprogramm gibt eindrucksvoll die Richtigkeit der damaligen Entscheidungen wieder. Es ist eben nicht so, wie Sie in der 36. Sitzung ausgeführt haben – große Worte, aber sehr wenig Taten –, nein, es ist sehr viel mit diesem **Sozialen Bürgerprogramm** gemacht worden. Wir haben – dafür danke ich der Sozialministerin und dem Sozialministerium – die bereitgestellten Haushaltsmittel unbürokratisch, schnell und gerecht verteilt und eingesetzt, und das war Ziel des Programms. Die freien Wohlfahrtsverbände und die ehrenamtlich Tätigen haben dieses Programm – das zeigt der Bericht auch – wirklich positiv angenommen. Hier ist in Schleswig-Holstein mit den Rahmenbedingungen des Sozialen Bürgerprogramms gegenüber allen anderen Bundesländern eine Spitzenleistung erreicht worden. Dieses Programm, das wir hier gemacht haben, finden Sie in keinem anderen Bundesland.

Ziel war es – und das wird es auch in Zukunft sein –, die **Eigenverantwortung** älterer Menschen, aber auch behinderter Menschen nicht durch Reglementierung, sondern durch Hilfe und durch Unterstützung durch die Ambulanz zu stärken. Die Betreuung und die Hilfe standen und stehen im Vordergrund. Das war unser Ziel. Auch in Zukunft werden wir dieses Programm zur Stärkung der Eigenverantwortung durch Betreuung und Hilfe der karitativen Verbände stärken, denn unser Grundsatz gilt: ambulant vor stationär!

Sicherlich ist richtig, Herr Marschner – das war auch Ziel des Programms –, daß wir mit diesem sozialen Programm in der Bevölkerung die Stärkung der **Eigeninitiative** erreichen, und die Hilfe in der Familie, die **Nachbarschaftshilfe** anzuregen. In dieser kalten Gesellschaft ist eben der Kontakt zum Nachbarn wichtiger denn je, weil der Kontakt zu den hilfebedürftigen Nachbarn vernachlässigt worden ist.

Nun wundere ich mich schon, was die SPD hier sagt. Wir haben uns in den zurückliegenden drei Jahren vor Ort über dieses Programm informiert. Ich darf Ihnen sagen: Wir haben bei den karitativen Verbänden, die Nutzen aus diesem Programm hatten, übereinstimmend nur positive Signale vernommen.

(Beifall bei der CDU)

Es wurde uns bestätigt, daß das eine gute Sache ist.

Sie aber kommen von einmal falsch gesetzten Zielen nicht mehr ab. Sie sind eine Partei des Irrtums. Das läßt sich nun einmal nicht wegwischen.

(Rolf Selzer [SPD]: Ein Spinnkram! – Beifall des Abgeordneten Thomas Lorenzen [CDU])

Die Stiftung „Mutter und Kind" haben Sie zunächst genauso kritisiert wie das Bürgerprogramm.

(Rolf Selzer [SPD]: Sie sind auch ein Irrtum! Sie sind der Irrtum dieses Hauses!)

(Bertold Sprenger)

– Ach, Herr Selzer, bleiben Sie beim Datenschutz; das ist besser.

Als es dann schließlich darum ging, Geld zu bekommen, standen die SPD-regierten Länder an der Spitze der nachfordernden Länder. Das paßt doch nicht zusammen, das Programm zu kritisieren und dann Geld nachzufordern, weil es hinten und vorn nicht reicht.

Meine Damen und Herren, wir danken für die vorbildlichen ehrenamtlichen Leistungen in den karitativen Verbänden vor Ort.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Herr Abgeordneter Sprenger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Marschner?

Bertold Sprenger [CDU]:

Nein, er hat auch im Zusammenhang geredet; ich möchte das jetzt nicht.

(Zurufe von der SPD)

Wir setzen auf die Erfahrung der Wohlfahrtsverbände. Diese haben die Mittel des Sozialen Bürgerprogramms gut eingesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD] – Manfred Sickmann [SPD]: Typische sozial-politische Null-Lösung!)

Wenn Sie schon Kritik üben, Herr Marschner, dann treffen Sie auch die Ihnen nahestehenden karitativen Vereinigungen, die Arbeiterwohlfahrt, ASB und – so füge ich hinzu – das DRK. Ich glaube, da werden Sie der Sache nicht gerecht.

Der **Mitteleinsatz** 1985 betrug 5 Millionen DM, 1986 schon 8 Millionen DM und 1987 – Sie wissen es – 12 Millionen DM.

(Wilhelm Marschner [SPD]: Das waren Umschichtungen im Haushalt! Das bedeutet Umschichtungen im Haushalt!)

Wir haben vor, das in Zukunft so weiterzuführen. Das bedeutet, daß wir in den Jahren 1985 und 1986 pro Kopf der Bevölkerung 4,11 DM ausgegeben haben. Das sind insgesamt 13 Millionen DM. Wie verteilt sich das auf die einzelnen Bereiche? Ich habe einmal zwei Kommunen herausgegriffen. Die Landeshauptstadt Kiel hat 2,1 Millionen DM erhalten. Das heißt, sie liegt gemessen an der Pro-Kopf-Zahl der Einwohner – Ihre Gemeinde Kiel, Herr Marschner – mit 8,78 DM doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt,

(Zuruf des Abgeordneten Wilhelm Marschner [SPD])

gefolgt von Neumünster mit 8,01 DM. Der Kreis Ostholstein – um das auch einmal zu sagen – liegt am niedrigsten mit 1,86 DM pro Kopf der Bevölkerung im Kreis. Ich könnte Ihnen noch die anderen Kreise nennen, will aber nur sagen: Der Durchschnitt liegt zwischen 4 DM und 5 DM pro Kopf der Bevölkerung.

(Wilhelm Marschner [SPD]: So, daß man den Boden der Landessatzung verläßt! – Rolf Selzer [SPD]: Sozialpolitik ist mehr als Statistik!)

Wenn wir das Jahr 1987 einbeziehen, kommen wir auf rund 25 Millionen DM. Das ist eine freiwillige Leistung des Landes mit 9,55 DM pro Kopf der Bevölkerung. Dies ist eine eindrucksvolle Zahl; die dieses Land freiwillig leistet.

Den größten Posten – die Ministerin hat es erwähnt – haben die Altentagesstätten, **Altenzentren** und Einrichtungen für Altersverwirrte erhalten mit 6,1 Millionen DM. Auch hier hatte Frau Kollegin Warnicke in der Eingangsdebatte Kritik geübt, das sei zuwenig. Nein, Frau Warnicke, genau in diesem Bereich, im Bereich der **Altersverwirrten**, ist eine Menge auf Anforderung der karitativen Verbände geleistet worden.

(Sigrid Warnicke [SPD]: Für Private!)

Der ambulante Dienst nimmt die zweite Stelle mit 5,6 % ein – die Frau Ministerin hat es erwähnt.

Lassen Sie mich noch einen Punkt herausgreifen, der sehr erfreulich ist.

Erfreulich ist, daß wir im Sozialen Bürgerprogramm auch an die unteren Einkommen gedacht haben. Ich denke an die Verteilung des **Hausnotrufsystems**. Dies konnten sich früher Haushalte mit kleineren Einkommen nicht leisten, weil die technische Ausstattung sehr teuer ist. Deswegen ist es erfreulich – wir danken der Landesregierung –, daß hierfür 1,1 Millionen DM zur Verfügung standen,

(Rolf Selzer [SPD]: Sie tun immer so, als seien dies milde Gaben von Privatkonten!)

so daß auch diesen Menschen geholfen werden konnte.

(Beifall bei der CDU)

Für die **Renovierung** – das sind auch Forderungen der Verbände gewesen – haben wir im Jahr 1985 730 000 DM und 1986 474 000 DM ausgegeben. Das bedeutet – Herr Marschner, das sage ich, weil Sie Kritik daran übten –, daß wir genau in diesem Bereich der Sachleistungen sehr sparsam mit den Mitteln umgegangen sind, weil das Schwergewicht darauf lag, den Menschen zu helfen, und nicht darin, Sachausstattung zu erwerben. Dennoch konnten wir in den Jahren 1985 und 1986 bei 85 Einrichtungen der karitativen Verbände helfen und die Räumlichkeiten verbessern.

Aufgrund dieser eindrucksvollen Erfolge ist es nicht nachvollziehbar, daß Sie dieses wirklich sehr gute Programm so kritisiert haben. Wenn Sie hier etwas verändern und Ihr System der Planungen und der Verwaltung durchführen wollen, muß ich Ihnen sagen: Ich bin gespannt, was die karitativen Verbände dazu sagen.

(Bertold Sprenger)

Abschließend möchte ich dem Sozialministerium recht herzlich danken

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

für die unbürokratische und schnelle Handlungsweise. Wir gestehen ein: Sicherlich gibt es hier und da einmal Ungereimtheiten. Das kann man bei diesem fortschrittlichen Programm auch nicht anders machen. Das Soziale Bürgerprogramm ist zum Wohle unserer Bevölkerung voll gelungen und ist eine Spitzenleistung in diesem Lande. Wir finden draußen im Lande nur Zustimmung und bei Ihnen nur Ablehnung. Das ist ein Kriterium; Sie sind eben die Partei des Irrtums.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es mag durchaus angebracht sein, daß die Landesregierung dem Landtag einen Bericht - auch mündlich - zum Sozialen Bürgerprogramm des Landes Schleswig-Holstein vorlegt, nachdem dieses Programm nun im dritten Jahr läuft.

Die sogenannte Tischvorlage, die uns auf den letzten Drücker vorgelegt worden ist, soll sicherlich den Umfang und die Steigerung der geförderten Maßnahmen hervorheben, die das Soziale Bürgerprogramm umfaßt. Ebenso hat die Frau Sozialministerin aufgezeigt, wie diese Maßnahmen in die Sozialpolitik des Landes eingebunden werden und welche Maßnahmen zukünftig in Betracht kommen.

Ich hätte mich gern gründlicher mit dem Bericht beschäftigt, aber ich muß sagen: Wenn man diesen Bericht heute um 15.00 Uhr bekommt, wird das schwierig. Im ganzen gesehen war diese Tagung des Landtages eine der schwierigsten Tagungen, die wir je gehabt haben - nicht, weil wir 30 Tagesordnungspunkte haben, sondern weil fast alle Berichte so spät kamen. Das muß einmal gesagt werden.

Zurück zur Sache! Das Ziel der Landesregierung, mit dem Sozialen Bürgerprogramm **bürgernahe** und **freiwillige Hilfe** zu stärken, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich anerkennen. Dem Grundsatz „ambulant vor stationär", wonach durch Förderung häuslicher Hilfen hilfebedürftige Menschen nach Möglichkeit in ihrer gewohnten Umgebung bleiben sollen, kann der SSW vorbehaltlos zustimmen. Meines Erachtens müssen jedoch auch die Konsequenzen daraus gezogen werden, indem dann zum Beispiel für die Alten- und Pflegeheime überwiegend die schweren und kostenintensiveren Pflegefälle bleiben, bei denen eine ambulante Hilfe nicht möglich ist. Diese Konsequenz müssen wir natürlich ziehen und dann auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen für diese Alten- und Pflegeheime.

Ich will jetzt nicht in eine Detaildiskussion einsteigen, welche Aktivitäten und Maßnahmen in Zukunft verstärkt gefördert oder aufgenommen werden sollten - da wären ohne Zweifel zahlreiche Maßnahmen zu nennen. Statt dessen eine grundsätzliche, aber aus der Sicht des SSW um so schwerwiegendere Kritik am Sozialen Bürgerprogramm! Ich habe bereits wiederholt im Rahmen sozialpolitischer Debatten im Rahmen der Haushaltsberatungen darauf hingewiesen, daß nach Auffassung des SSW angesichts der Kürzungen sozialer Leistungen das Soziale Bürgerprogramm lediglich als Tropfen auf den heißen Stein angesehen werden kann.

Auch mit der jetzigen finanziellen Ausstattung des Bürgerprogramms werden die als Folge der Politik der Bundes- und der Landesregierung erzwungenen **Kürzungen** der freiwilligen sozialen Leistungen durch die überlasteten **Gemeinden** nicht annähernd wieder aufgewogen werden. Das sind die Tatsachen. Was wir in Wirklichkeit brauchen, ist ein klares Konzept einer Sozialpolitik, die den Trägern der praktischen Arbeit, den freien Wohlfahrtsverbänden, den Kreisen und den kreisfreien Städten **Rechtsansprüche** und damit einhergehend eine bessere finanzielle Ausstattung zugesteht.

Auch das wiederholte Verweisen auf die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit im sozialen Bereich verkehrt sich ins Negative, wenn damit in der Praxis der Abbau von hauptamtlichen Kräften im Sozialbereich einhergeht. Ehrenamtliche Mitarbeit soll hauptamtliche Kräfte unterstützen - das wollen wir natürlich alle -, aber sie kann sie nicht ersetzen. Diese Verantwortung sollte die Landesregierung in Zukunft wieder verstärkt wahrnehmen.

Vizepräsident Kurt Hamer:

Meine Damen und Herren, der Herr Abgeordnete Marschner hat das Wort.

Wilhelm Marschner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß mich leider sehr kurz fassen. Wenn Sie uns schon die „Partei der Nein-Sager" nennen, dann muß ich Ihnen entgegenhalten:

(Rolf Selzer [SPD]: Nein, „Partei des Irrtums" hat er gesagt!)

Sie sind die Partei mit dem Eigenlob - und daß Eigenlob bekanntlich irgend etwas Besonderes macht, wissen Sie ja!

(Rolf Selzer [SPD]: Ja, es stinkt!)

Eines möchte ich doch noch einmal zitieren; es ist ein wörtliches Zitat aus einem Brief:

„Die **Koordination** ist seit einigen Monaten, spätestens seit einem Gespräch der Sozialdezernenten mit der Sozialministerin am 10. 11. 1986 grundlegend verbessert. Die Kommunen werden jetzt gefragt."

Das schließt nicht aus, Frau Sozialministerin - das wissen Sie ja -, daß es Fälle gibt, in denen Sie Genehmigungen nach dem Sozialen Bürgerprogramm

(Wilhelm Marschner)

ausgesprochen haben, die Kommunen dann erklärt haben, „Da können wir höchstens so viel leisten!", und zwei Monate später dann jemand auf dem Treppchen steht, der bisher 5000 DM bekommen hat, dem Sie Geld gegeben hatten und der jetzt von der Kommune 80 000 DM verlangt. Da fängt natürlich die Reiberei zwischen den Trägern an, und aus dieser Reiberei halten Sie sich dann im hohen Sozialministerium heraus. So kann es nicht laufen!

Um eine Klarstellung bitte ich Sie hier und heute. Ich lese Ihnen einen zweiten Satz aus einem Brief vor, der da lautet:

> „Allerdings ist noch immer ungeklärt, welche Voraussetzungen eigentlich zur Förderung des Landes erforderlich sind und ob die finanzielle **Beteiligung der Kommunen** immer 50 % umfassen muß."

Ich bitte Sie, nur diese eine Frage hier ganz konkret – sprechen Sie mit Ihrem Nachbarn darüber, der hat ja den Geldsack –

(Heiterkeit)

zu klären und für die Kommunen von diesem Pult aus verbindlich zu sagen, in welcher Höhe Sie eine Beteiligung als vertretbar, verpflichtend oder machbar ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es sind keine Anträge gestellt worden, ich erkläre diesen Punkt damit für erledigt.

Wenn sich die Sprecher der Fraktionen etwas kürzer fassen, können wir jetzt noch den Tagesordnungspunkt 12 aufrufen. Ist das möglich? – Wir haben noch 55 Minuten Zeit; 75 Minuten Redezeit sind insgesamt angesetzt worden. –

(Klaus Kribben [CDU]: Ja!)

Ich rufe also Punkt 12 der Tagesordnung auf:

Kriminalpolitik in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/2101

Das Wort zur Begründung des Antrags hat der Herr Abgeordnete Zahn.

Peter Zahn [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben diesen Antrag in das Parlament eingebracht – auch wenn es am Ende der Legislaturperiode geschieht –, um noch einmal deutlich auf eines der schwierigsten und größten Probleme dieses Landes hinzuweisen. Deshalb gestatten Sie mir vorweg kurz folgende Feststellungen zur Situation.

Schleswig-Holstein ist zweifellos das Flächenland in der Bundesrepublik Deutschland mit der höchsten Gefährdung durch Kriminalität. Die Häufigkeitszahl für 1986 liegt bei 9469 gegenüber einem Bundesdurchschnitt von nur 7154.

Besondere Gefahren für die **innere Sicherheit** erwachsen aus dem Mißbrauch von Alkohol und Drogen, der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität mit erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden in Milliardenhöhe sowie der Umweltkriminalität mit ihren Gefahren für Menschen und Natur. Die Verbesserung der inneren Sicherheit ist daher für uns eine der wichtigsten landespolitischen Aufgaben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dabei müßte man sich hinsichtlich der Kriminalität weniger um das Problem der Gewalttäter und der Gewalttaten gesondert bemühen, als vielmehr um die **Eigentumsdelikte**. Sie gestatten, daß ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten nur drei Zahlen nenne, die das verdeutlichen: Im Vergleich zu 1977 ist die Gesamtkriminalität insbesondere im Diebstahlsbereich von rund 116 000 auf rund 162 000 Fälle im Jahre 1986 angestiegen; das macht eine Veränderung von plus 39,5 % aus. Dies ist eine erhebliche Zahl, die noch dadurch an Bedeutung gewinnt, daß die Zahl der aufgeklärten Fälle im selben Zeitraum – beziehungsweise im letzten Jahr – um 2 % gesunken ist. Einer erhöhten Häufigkeit von Straftaten steht also eine eindeutige Senkung der Aufklärungsquote gegenüber.

Zwei weitere Zahlen machen das ebenfalls deutlich, insbesondere die Zahl der Diebstähle unter erschwerten Umständen, also mit Gewalteinwirkung. 1977 waren es nur 56 000 Fälle, 1986 bereits rund 100 000; das ist eine Steigerung um 75,4 %. Die letzte Zahl, die ich in diesem Zusammenhang noch nennen möchte und die eine ganz aktuelle Bedeutung hat, ist die Zahl der Diebstähle in und aus Kraftfahrzeugen, insbesondere von Autoradios. In diesem Bereich waren 1977 13 000 Fälle zu verzeichnen, 1986 rund 40 000 Fälle. Das ist eine Steigerung um 207 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies sind einige Zahlen, die zeigen, worum es geht. Insbesondere hinsichtlich der Diebstähle in und aus Kraftfahrzeugen gibt es in der Tat erste Lösungsvorschläge und Anfänge in der Richtung, daß die Industrie offenbar bereit ist, Autoradios zu kennzeichnen und auf diese Weise – ähnlich wie bei Fahrrädern oder bei den Autos selbst – durch eine Numerierung die Fahndung danach zu erleichtern. Auch die Innenministerkonferenz hat schließlich auf Initiative des kleinen Landes Bremen Wege aufgezeigt, über die man durchaus reden kann. Maßgebend ist für uns aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß es angesichts dieser Gefahren in Schleswig-Holstein noch nicht gelungen ist, entscheidende Verbesserungen zu erreichen. Die Landesregierung ist ihrer Aufgabe zur Gewährleistung der inneren Sicherheit nur unzulänglich gerecht geworden. Es fehlen wissenschaftlich abgesicherte Daten und Konzepte, so daß in Schleswig-Holstein eine effektive, bei den Ursachen ansetzende Sicherheitspolitik bisher nicht möglich gewesen ist. Neben einer weiterhin erforderlichen Personalverstärkung bei der Polizei sowie einer zweckmäßigeren Polizeiorganisation sind Maßnah-

(Peter Zahn)

men einzuleiten, die zur Organisation von Sachverstand und zur Entwicklung einer Sicherheitsstrategie führen.

Bereits im Jahre 1978 hat die SPD-Landtagsfraktion aufgrund der damaligen Kriminalitätsentwicklung einen ähnlichen Antrag gestellt, meine Damen und Herren; sie hat ihn weitgehend auch als Grundlage für den heutigen Antrag übernommen und ihn natürlich um jene Punkte ergänzt, die aus aktueller Sicht hinzugefügt werden mußten: Das sind die gestiegene Wirtschaftskriminalität sowie die Reaktion darauf, die gestiegene Umweltkriminalität - um die man sich intensiver bemüht; das wird durchaus anerkannt - und vor allen Dingen die Jugendkriminalität, auf die mein Kollege Uwe Jensen noch eingehen wird.

Dieser Antrag ist von Ihnen, meine Damen und Herren, im Jahre 1978 im Landtag zurückgewiesen worden, ohne daß bis heute entsprechende Initiativen von Ihnen ergriffen worden wären oder sich etwas geändert hätte. Nein, es hat sich etwas verschlechtert, und zwar wesentlich verschlechtert. Dies müssen wir Ihnen ganz deutlich ankreiden. Sie sind es - die Landesregierung -, die damit die dramatische Kriminalitätsentwicklung im Lande zu vertreten haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, dies wird auch eindrucksvoll durch die Kritik der Gewerkschaft der Polizei und des Bundes Deutscher Kriminalbeamten untermauert, die sich gerade in der jüngsten Zeit in dieser Frage eindeutig kritisch gegenüber der Landesregierung geäußert haben. Das werden Sie sicherlich auch zur Kenntnis genommen und nicht vergessen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ausreden in dieser Frage - wie zum Beispiel Hinweise auf die berühmten Ausführungen zum Nord-Süd-Gefälle in der Kriminalität, das es ja durchaus geben mag - helfen uns nicht weiter. Auch der Hinweis eines hohen Kriminalbeamten, jede Gesellschaft habe die Kriminalität, die sie verdiene, ist kein ausreichendes Argument und hilft uns nicht einen Schritt bei der Bekämpfung der Kriminalität in Schleswig-Holstein weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen in diesem Punkt im wesentlichen nichts anderes als Gesundbeterei, indem Sie versuchen, die Situation nicht so darzustellen, wie sie ist.

Oppositionsführer Björn Engholm hat in einem anderen Zusammenhang einmal gesagt, daß Sie die meiste Kraft bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit damit verschwenden, die Zahlen herunterzureden und die Situation zu verniedlichen. Ich übernehme das Zitat für diesen Bereich und sage: Sie verschwenden die meiste Kraft bei der Bekämpfung der Kriminalität in gleicher Weise, indem Sie die Situation nicht so darstellen, wie sie wirklich ist. Das wollen Sie nicht wahrhaben. Sie sollten vielmehr Ihre Kraft - sofern sie denn da ist - für die konkrete Bekämpfung der erhöhten Kriminalität in Schleswig-Holstein einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Sozialdemokraten dagegen wollen uns der weiterhin steigenden Kriminalität und auch der Unfallentwicklung - in diesem Zusammenhang sei das einmal am Rande erwähnt - stellen. Wir wollen uns mit diesem Thema befassen, weil die Bewältigung dieser Aufgabe nicht allein auf Polizei und Justiz abzuschieben ist.

Wir sollten insbesondere dem Trugschluß vorbeugen, daß die Polizei für die Kriminalität verantwortlich sei oder auch nur wesentlich zu ihrer Eindämmung beitragen könne.

(Hans Detlef Stäcker [CDU]: Verantwortlich sind die Kriminellen!)

Diese Annahme fördert die Überforderung der Polizei und die Verunsicherung der Bürger, und sie entläßt die Politik, aber auch die Bürger aus ihrer gesamten Mitverantwortung für den Schutz vor Rechtsverletzungen.

Dennoch bleibt der Schutz der alltäglichen Rechtsgüter des Bürgers - insbesondere die freie Entfaltung seines Lebens, seiner Gesundheit und seines Eigentums, um das es hier ja in hohem Maße geht - eine überragende, im Grundgesetz verankerte Verpflichtung des Staates sowie eine Aufgabe der Politik und der Polizei, in die von der Bevölkerung hohe Erwartungen gesetzt werden.

Die Polizei registriert nur einen Bruchteil der Rechtsverletzungen. Daran wird wieder einmal der Wert von Statistiken deutlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir reden ja, Herr Minister, wenn es um die **Kriminalitätsrate** geht, nur von den uns bekannten Dingen. Es gibt ja eine hohe **Dunkelziffer**, über die Sie auch nichts wissen können. Das ist ja nun kein Vorwurf. Ich stelle es hier nur einmal fest.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur zwei Bereiche nennen. Es gibt eine hohe Dunkelziffer beim Drogenmißbrauch, und es gibt eine hohe Dunkelziffer bei dem wesentlich geringer zu bewertenden Delikt des Ladendiebstahls. Dadurch wird deutlich, daß unsere Kriminalstatistik in bezug darauf, wie sich die Kriminalität tatsächlich in der Gesellschaft darstellt, nicht auf dem letzten Stand ist.

Deshalb kann die Polizei nur wenig mehr leisten, als die Konflikte festzustellen und sie vorläufig oder ergänzend zu regeln. Trotzdem ist sie für uns eine der anerkanntesten öffentlichen Institutionen. Das ist keine Frage.

Um so weniger sollte sich die Polizei das Vorhandensein und das Anwachsen der Kriminalität zurechnen lassen. Um so mehr sollte sie mit anderen vorhandenen oder ansprechbaren Stellen bei der Bewältigung von Ursachen und Folgen der Kriminalität zusammenarbeiten.

Meine Damen und Herren, nach den bisherigen Beobachtungen und Voraussagen wachsen die quantitativen und qualitativen Aufgaben der Polizei weiter

(Peter Zahn)

an, während die Bevölkerungszahl abnimmt. Dieses Scheren-Problem wird nur zu einem Teil durch Personalvermehrung zu lösen sein. Soll der Auftrag der Polizei auch künftig mit dem gleichen Grad der Akzeptanz wie bisher erfüllt werden, sind dezentrale Strategien notwendig. Aber auch die Entlastung menschlicher Arbeit – vor allem durch Technik – ist vorzusehen. Das kann durch Verstärkung der Präsenz vor Ort geschehen.

Qualifikationsprozesse auf Arbeits- und Leitungsebene im Hinblick auf die Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen und privaten Stellen sowie mit dem Bürger sind zu nutzen. Alternative Lösungsformen sind auszuarbeiten.

Meine Damen und Herren, es ist auch die Frage, wie sich die unausweichliche Technisierung und Verwissenschaftlichung der Polizeiarbeit – bei strenger Beachtung des Arbeitsschutzes und des Datenschutzes – in integrierte staatliche Handlungskonzepte einfügen läßt. Die Bestimmungen müssen aber durch eine neue Regelung – betreffend die Rolle der Polizei und die Beziehung zwischen Polizei und Bürger selbst – ergänzt werden. Das ist unser Wille.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz anführen, was wir in bezug auf unseren Antrag im einzelnen wollen. Vorschläge zur Verbesserung der Verbrechensbekämpfung laufen im allgemeinen auf die Intensivierung **repressiver Tätigkeiten** hinaus. Das geschieht in der Hoffnung, durch zügige Tatentdeckung, schnelle Überführung und sofortigen Strafantritt des Täters – also durch eine möglichst hohe Bestrafungswahrscheinlichkeit – auch eine präventive Wirkung zu erzielen.

In der Exekutive ist eine derartige Überzeugung immer noch weit verbreitet. Mit diesen Mitteln – auf diesem Gebiet wird von der Polizei zumeist unkoordiniert vorgegangen – können im Rahmen von Einzel- und Schwerpunktaktionen nur Zufallserfolge erzielt und Verdrängungeffekte hervorgerufen werden. Damit werden also letztlich nur Oberflächen-Probleme behandelt, ohne daß die Wurzeln des sozialen Problems der Kriminalität angegangen werden.

Die Polizei kann nicht überall sein, um Straftaten oder Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorzubeugen. Das geht nicht einmal, wenn wir den zu hohen Preis totalitärer Kontrollstrategien entrichten, die wir nicht wollen und ganz klar ablehnen. Unmittelbaren Präventionscharakter haben eigentlich nur polizeiliche Kontrollmaßnahmen im Bereich der sogenannten Straßenkriminalität, die das Entdeckungsrisiko erhöhen beziehungsweise für die Betroffenen erhöht erscheinen lassen. Jedes breit angelegte Präventionskonzept führt jedoch schnell über die polizeilichen Belange hinaus. Und dies lehnen wir nicht nur ab, sondern wir wollen das gar nicht erst entstehen lassen.

Die einzelnen Kriminalitätsformen haben ihre Ursachen oft in sozialen Problemen. Das kann nur mit entsprechend komplexen Programmen angegangen werden. Und dies zu tun, ist unser eigentliches Ziel.

Meine Damen und Herren, Kriminalpolitik ist Gesellschaftspolitik, die auf Erforschung kriminologischer Faktoren und deren Beseitigung gerichtet ist. Die Landesregierung ist bis heute die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, mit welchen kriminalpolitischen Einwirkungsmöglichkeiten Kriminalität im Vorfeld polizeilicher Arbeit wirksam bekämpft werden soll.

Prävention erfordert nun mal ein abgestimmtes Handeln vieler öffentlicher Institutionen wie zum Beispiel Polizei, Schule, Jugendamt, Arbeitsamt, Sozialamt und Justizvollzugsanstalt. Dazu müssen Wissenschaftler ihre Erkenntnisse und private Vereinigungen ihre Initiativen und Hilfen beisteuern. Aus diesem Grunde wird eine Koordinierungsstelle von uns vorgeschlagen – eben der **Rat für Verbrechensverhütung** nach dem schwedischen Modell, der hier auch bei uns praktizierbar wäre. Er soll ein Beratungsgremium für Legislative und Exekutive sein beziehungsweise werden. Er soll eine breite Repräsentation derer darstellen, die sicherheitspolitisch interessiert und engagiert sind. Die Geschäftsführung wäre beim Innenminister anzusiedeln.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend zusammenfassend sagen: Das Land Schleswig-Holstein und diese Landesregierung müssen dafür Sorge tragen, daß die Ursachen der Kriminalität im allgemeinen – dabei ist die besondere Belastung Schleswig-Holsteins zu berücksichtigen – erforscht werden und daß untersucht wird, durch welche Maßnahmen die Kriminalität wirksamer verhütet und bekämpft werden kann. Dem Rückfall von Strafgefangenen in die Kriminalität ist intensiver entgegenzuwirken. Der organisierten Kriminalität sowie der Wirtschafts- und Massenkriminalität ist mit neuen Konzepten zu begegnen. Die Umwelt ist effektiver zu schützen. Die Suchtgefahren zwingen zu verstärkten Anstrengungen.

Das Ziel unseres Antrages ist es deshalb, über die nackten Forderungen lediglich nach Personalvermehrungen hinaus alles gesellschaftspolitisch Mögliche zu unternehmen, um eben diesem Faktor der erhöhten Kriminalität in Schleswig-Holstein zu begegnen.

Unser Antrag ist sicherlich an diese Regierung gerichtet. Gleichwohl wissen wir, daß erst nach dem 13. September eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung unter Björn Engholm hier etwas Wesentliches erreichen kann.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Wir fangen mit der Landesregierung an! – Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hagemann.

Heinrich Hagemann [CDU]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, so schnell wird Herr Engholm nicht in Verlegenheit kommen, die Landesregierung zu führen. – Meine Damen und Herren, nach dem Antrag, den Sie hier

(Heinrich Hagemann)

gestellt haben, soll die Landesregierung eine strikte Anweisung in bezug auf organisatorische Maßnahmen zur Erfüllung exekutiver Aufgaben erhalten. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das eigentlich nicht zu den ureigensten Aufgaben des Landtages gehört. Dagegen meine ich sehr wohl, daß die Landesregierung in der Lage ist, diese Organisationsfragen selbst zu lösen. Und sie hat ja auch bewiesen, daß sie die lösen kann.

Aber, meine Damen und Herren, dennoch sind wir natürlich bereit, alles gemeinsam mit Ihnen zu besprechen, was diesem Ziel – nämlich die Kriminalität weiter zurückzudrängen – dienen kann. Natürlich ist das Thema sehr viel komplexer, als es aus dem Antrag hervorgeht. Der Kollege Zahn hat das in seinem Beitrag eben auch ein bißchen so dargestellt und viel breiter geschildert, als es aus dem Antrag hervorgeht.

Es ist in der Tat so – und da unterscheiden wir uns nicht –, daß auch wir der Auffassung sind, daß dieses Problem nur von der gesamten Gesellschaft gelöst werden kann. Das kann nicht mit Personal gelöst werden, das man auf der anderen Seite nicht bezahlen kann.

Es kann nicht der eine Personal fordern, während der andere sagt: Wir müssen sparen. Das geht nicht. – Im übrigen können Sie, meine Damen und Herren, sehr viel über das praktische Vorgehen auch dem Bericht zur Lage der Polizei entnehmen, den wir ja im vergangenen Jahr erhalten haben.

(Beifall bei der CDU)

Verwundert, meine Damen und Herren von der SPD, sind wir allerdings etwas über den Zeitpunkt Ihrer Antragstellung. Wir meinen, daß dies ständig aktuell ist – nicht nur vor einer Wahl.

(Peter Zahn [SPD]: Richtig!)

Natürlich haben wir – genau wie Sie – Sorgen in bezug auf die Kriminalität, und auch unsere Bürger haben Sorgen hinsichtlich der Kriminalitätsentwicklung. Es scheint hier ja ein einfaches Rezept zu sein, daß alles, was die Bürger besorgt macht, vor einer Wahl auf den Tisch gebracht wird. Man suggeriert den Bürgern, daß daran natürlich nur die Regierung schuld ist und daß sie das ändern könnte, wenn sie es nur wollte.

In dieser Auffassung werden wir bestärkt, wenn wir feststellen, daß sogar die Formulierungen Ihres Antrages einem Antrag von 1978 haargenau entsprechen, also abgeschrieben sind.

(Peter Zahn [SPD]: Weil sich seitdem nichts geändert hat!)

Sie haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, Herr Kollege Zahn, das ein bißchen zu aktualisieren. Oder wollen Sie allen Ernstes behaupten, daß sich in den neun Jahren von 1978 bis 1987 an den Formen der Kriminalität beziehungsweise an den Formen ihrer Bekämpfung nichts geändert hat? Wollen Sie bestreiten, daß sich da etwas geändert hat?

(Peter Zahn [SPD]: Es sind neue hinzugekommen!)

Sie hätten sehr wohl die Möglichkeit gehabt. Aber, wie gesagt, Sie haben es nicht für nötig befunden, weil das ja für Ihren Zweck wohl so ausreichend war.

Eine wichtige Komponente, meine Damen und Herren – lassen Sie mich das noch sagen –, bei der Bekämpfung von Kriminaltaten oder im Rahmen der Vorbeugung ist zumindest für meine Fraktion die Wiederherstellung ordentlicher beziehungsweise geordneter **Wertvorstellungen**. Dazu gehört auch die Akzeptanz von Maßnahmen der Polizei und der Justiz, die nötig sind, um die Dinge in Ordnung zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Ich meine, daß mit Blick auf die Erreichung dieses Zieles die verantwortlichen Politiker – wozu ich Landtagsabgeordnete rechne – ein gutes Beispiel geben können. Wer aber in der Öffentlichkeit – und so ist es ja geschehen – sogar das Recht auf Rechtsbruch

(Werner Liebrecht [SPD]: Sprechen Sie von Herrn Biermann?)

sowie außerdem das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Polizei als Sündenbock hinzustellen, wenn sie denn schon mal ihre Aufgabe erfüllen will, der kann nicht von sich behaupten, daß er einen Beitrag geleistet hat, um die Lage zu normalisieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde Ihnen also – um es heute kurz zu machen – empfehlen: Fangen Sie doch zunächst mal bei sich an, das Vertrauen, das Sie besonders im letzten Jahr verspielt haben, wiederherzustellen. Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag und tun einen ersten Schritt, daß die Situation sich verbessert.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben, glaube ich, eine Überweisung an den Ausschuß nicht beantragt, Herr Kollege Zahn.

(Peter Zahn [SPD]: Das habe ich vergessen! Das möchte ich nachträglich tun!)

– Gut! Ich möchte dann signalisieren, daß wir bereit sind – wie schon angekündigt –, dieser Überweisung zuzustimmen und mit Ihnen gemeinsam alles aufzunehmen, was Sie dazu auf den Tisch legen. Wir sind bereit, über alles mit Ihnen zu reden, was dem gemeinsamen Ziel dienen kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Karl-Otto Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Die Arbeit der Kriminalpolizei wird zunehmend schwieriger und komplizierter. Die Zahl der Straftaten steigt – gerade auch in unserem Land. Hier liegt sie sogar über dem Durchschnitt in der Bundesrepublik. Gern hebe ich hervor, daß unsere Kriminalpolizei bei der Aufklärung ganz vorn liegt. Dennoch wird die Verbrechensbekämpfung immer schwieriger, weil die Kriminalität immer umfassender, immer komplizierter und auch internationaler wird, wenn ich es einmal so nennen darf. Hinzu kommen immer neue Aufgaben. Ich denke dabei an die vielfältigen Formen der Wirtschaftskriminalität einschließlich der Steuerkriminalität und der Konkursdelikte. Und es kommt das gesamte Umfeld der Umweltkriminalität hinzu.

Eine solche bedauerliche Entwicklung verlangt eine gut ausgebildete und organisierte Kriminalpolizei. Diese muß die Gesellschaft zur Verfügung stellen, um die Kriminalitätsentwicklung zu bremsen. Die Forderung hierzu muß lauten: Es muß mehr und speziell qualifizierte Mitarbeiter geben, damit Profis Profis bekämpfen können.

Personal und Sachmittel sind die eine Seite der Aufgabe. Auf der anderen Seite gibt es auch im Vorfeld Aufgaben, die zu lösen sind und dazu führen können, daß Kriminalität verhindert wird. Darauf zielt der Antrag der SPD, Drucksache 10/2101, ab.

Ich kann mir denken, daß dieser Antrag bei der Mehrheitsfraktion vielleicht nicht überall auf Gegenliebe stoßen wird. Dennoch sollten wir uns die Zeit nehmen und die Mühe machen, diesen Antrag sachgemäß und ordnungsgemäß zu bearbeiten. Dazu sind wir verpflichtet, wenn wir es ernst meinen mit der Verbrechensbekämpfung und der Zusage, der Kriminalpolizei zu helfen.

Mag sein, daß die eine oder andere Initiative nicht realisierbar ist oder sogar auf Widerstand stoßen wird, weil sie quer zu der Arbeit und den Bemühungen der Kriminalpolizei läuft. Dennoch sollten wir den Antrag ernsthaft bearbeiten. Ich bin froh darüber, daß die CDU-Fraktion der Ausschußüberweisung zustimmt. Dies werde ich unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Karl Eduard Claussen, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich bin der Meinung, daß dieser Antrag sorgfältig bearbeitet werden sollte. Denn man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß gegenüber dem bereits 1978 gestellten Antrag so viel Neues, Herr Zahn, hierin nicht enthalten ist. Wenn Sie dann zur Kriminalitätsbekämpfung einige Vorschläge machen, kann ich nur immer wieder feststellen, daß es außerordentlich schwer ist und man große Anstrengungen unternehmen muß, um die in diesem Bereich auftretenden Probleme wirklich in den Griff zu bekommen.

Kriminalitätsbekämpfung ist eine Daueraufgabe, die mit Patentrezepten leider nicht lösbar ist. Und zu diesen Patentrezepten gehört es denn auch, wie Sie schreiben, ressortübergreifende Arbeitsgruppen einzurichten. Ich halte von diesen ressortübergreifenden Arbeitsgruppen insbesondere dann nichts, wenn sie institutionalisiert werden.

Eine solche Forderung erweckt ja auch den Eindruck, als wenn bei uns im Lande jeder, der mit der Kriminalitätsbekämpfung zu tun hat, sich um andere, die etwas Ähnliches tun, nicht kümmert. Tatsächlich ist es doch so, daß alle miteinander Kontakt haben. Wer in der Verwaltung für die Lösung eines Problems mitverantwortlich ist, hat ständig denjenigen, der ebenso für einen Teilbereich des Problems zuständig ist, zu informieren und sich mit ihm abzustimmen.

Kommunikation ist eben eine Basisfunktion, die wir auch in der öffentlichen Verwaltung – genauso wie in der freien Wirtschaft – brauchen.

Ich will dazu nur ein paar Beispiele nennen. Nehmen Sie die Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und der auf diesem Gebiet praktizierten Jugendgerichtshilfe. Und nehmen Sie die enge Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei, Zoll und Steuerbehörden bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Das geht ja gelegentlich hin bis zur Bildung von gemeinsamen Ermittlungsgruppen aus Vertretern aller dieser Behörden.

Nehmen Sie die Zusammenarbeit der mit Umweltschutzaufgaben befaßten Polizeibeamten und Sonderdezernenten der Staatsanwaltschaft und so weiter. Überall geschieht ein umfangreicher Erfahrungsaustausch zwischen allen Behörden und Institutionen, die mit diesen Problemen befaßt sind.

Deshalb muß ich sagen: Die allgemeine Forderung, ressortübergreifende Arbeitsgruppen einzuführen, bringt überhaupt nichts. Im Gegenteil, wir haben leider die Erfahrung gemacht, daß solche Gruppen sich verbürokratisieren und viel Kraft vergeuden, um sich dann selbst zu verwalten. Das heißt, Arbeitsgruppen nur dann bilden, wenn es der Lösung eines klar definierten Problems dient, und zwar mit dem Auftrag, in dem Augenblick, in dem dieses Problem erledigt ist, sich wieder aufzulösen und in die normalen Dienststellen zurückzukehren.

Meine Damen und Herren, diese Zusammenarbeit funktioniert bei uns im Lande wirklich gut.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte betonen, daß es deshalb ressortübergreifender Arbeitsgruppen nicht bedarf. Ich könnte das nun im einzelnen zu den in Nummer 1 Ihres Antrages, Herr Zahn, aufgeführten Punkten belegen, mit Rücksicht auf die Zeit will ich es heute abend nicht mehr tun.

Ich will aber sagen, daß ebenso ein Rat für Verbrechensverhütung nach meiner Auffassung überflüssig ist. Erstens: Die Entwicklung der Kriminalität wird in

(Minister Karl Eduard Claussen)

unserem Land vom **Kriminalpolizeiamt** beobachtet und auch statistisch erfaßt.

Zweitens: Die Auswertung von Forschungsarbeiten und Erfahrungsberichten und die Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse werden für den polizeilichen Bereich durch das Kriminalpolizeiamt und für den Justizbereich durch das Justizministerium vorgenommen, und die Erfahrungen werden ausgetauscht.

Drittens: Eine Koordinierung der Forschungsarbeiten über Ursachen und Verhütung von Verbrechen ist doch in erster Linie auf Bundesebene sinnvoll. Ich erinnere an die Forschungsinitiativen des **Bundeskriminalamtes** und der **Polizeiführungsakademie**. Diese Akademie ist eine Einrichtung aller Länder. Dort werden unseren Wünschen entsprechend dann Forschungen durchgeführt, ebenso wie das Bundeskriminalamt Wünsche von uns übernimmt.

Für die Auswertung, Verbreitung und Initiierung von Forschungsvorhaben ist doch unter Mitwirkung und Initiative unseres Landes länderübergreifend, weil dieselben Probleme in anderen Ländern bestehen, die kriminologische Zentralstelle in Wiesbaden eingerichtet worden. Sie hat die Aufgabe, zu praxisbezogenen Vorhaben der Strafgesetzgebung und der Strafrechtspflege eigene empirische Untersuchungen vorzulegen und durchzuführen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Minister?

Karl Eduard Claussen, Innenminister:

Ja!

Peter Zahn [SPD]: Herr Minister, können Sie mir bestätigen, daß für bestimmte landesspezifische Forschungsarbeiten, wie es bis 1979 hier im Lande war, eine eigene Forschungsarbeit in Schleswig-Holstein sinnvoll und notwendig wäre, die sich ganz spezifisch mit den schleswig-holsteinischen Flächenproblemen und den spezifischen Problemen im Hamburger Randbereich, die andere Länder so nicht haben, befassen könnte?

– Ich stimme Ihnen zu, Herr Zahn, wenn es sich um schleswig-holstein-spezifische Ursachenforschung handelt oder um spezifische schleswig-holsteinische kriminogene Faktoren handelt, daß wir dann auch im Lande Schleswig-Holstein solche Forschungen machen sollten. Das haben wir auch immer getan, und dafür steht unser Kriminologisches Institut der Christian-Albrechts-Universität zur Verfügung. Im Bedarfsfalle, wenn es sich also um spezielle schleswig-holsteinische Probleme handelt, machen wir auch davon Gebrauch.

Nur täuschen Sie sich nicht, Herr Zahn, so singulär sind die Erscheinungsformen der Kriminalität in Schleswig-Holstein nicht. In aller Regel ist es so, daß die Probleme, die wir haben, identisch sind mit Problemen, die andere Bundesländer haben. Dann ist es nicht nur ökonomisch, sondern auch wissenschaftlich sinnvoll, die Forschung an einer Stelle zu konzentrieren. Und dies tun wir.

(Beifall bei der CDU)

Zur **Verbrechensverhütung**, die auch Ihr Rat betreiben soll, will ich noch einmal darauf hinweisen, daß wir Initiativen zur Verbrechensverhütung eigentlich in der täglichen polizeilichen Arbeit entwickeln.

Nehmen Sie zum Beispiel das kriminalpolizeiliche Vorbeugeprogramm, sehen Sie sich das an, was dort im Radio beziehungsweise im Fernsehen erscheint. Dies wird immer weiter entwickelt und ergibt sich immer aus der jeweiligen Situation heraus. Es gibt nicht etwa 20 vorgefertigte Serien, die wir über ein Jahr senden wollen. Im kriminalpolizeilichen Vorbeugeprogramm wird vielmehr Stück für Stück Verbrechensverhütung betrieben. Dafür haben wir schließlich auch bei uns im Lande, genau wie in anderen Ländern, kriminalpolizeiliche Beratungsstellen.

Das heißt, der Rat für Verbrechensverhütung, so wie Sie ihn definieren, ist nach meiner Meinung überflüssig, weil alles das, was Sie in diesem Rat tun wollen, bei uns im Lande schon getan wird. So wie er definiert ist, wird alles in der Tat schon gemacht.

Daß man jede Arbeit verbessern kann, ist gar keine Frage. Nur, ehe wir da neue Gremien einrichten, müssen wir versuchen, im Rahmen der vorhandenen Strukturen diese Verbesserungen vorzunehmen. Das heißt, ressortübergreifende Kriminalpolitik wird auch heute schon betrieben, und neue Organisationsformen sollten wir nur dann einführen, wenn wir sie nach einer sorgfältigen Prüfung wirklich für effektiver und für ökonomischer halten.

Sie fordern dann in Ihrem dritten Punkt, ein umfassendes Konzept zur Reform der Sanktionen im Jugendstrafrecht vorzulegen. Ich will dazu nur wenige Bemerkungen machen.

Zunächst einmal hat sich nach unserer Auffassung das geltende **Jugendstrafrecht** grundsätzlich bewährt. Der in Praxis und Wissenschaft erhobenen Forderung, den im Jugendstrafrecht vorherrschenden Erziehungsgedanken durch gesetzliche Maßnahmen zu verstärken, steht die Landesregierung aufgeschlossen gegenüber. Nur, meine Damen und Herren, dies ist nicht das Problem dieses Hauses, sondern dies ist das Problem des Deutschen Bundestages. Denn das Jugendgerichtsgesetz wird nicht hier, sondern im Bundestag gemacht.

Die Sanktionspraxis bei uns im Lande ist so, daß wir auf diesem Wege schon ein ganzes Stück vorangekommen sind. Ich will nur ein paar Zahlen nennen. Im Jahre 1985 hat die Staatsanwaltschaft ohne Zustimmung des Richters in rund 1640 Fällen gemäß § 45 Absatz 2 Jugendgerichtsgesetz von der Verfolgung abgesehen, weil es sich um Ersttäter im Bagatellbereich handelte. Statt dessen sind erzieherische Maßnahmen angeordnet worden. Schnell und unbürokratisch.

(Minister Karl Eduard Claussen)

Die Staatsanwaltschaft hat im selben Jahr in etwa 3100 Fällen nach § 45 Absatz 1 Jugendgerichtsgesetz von Verfolgung abgesehen, nachdem der Jugendrichter den Jugendlichen Auflagen oder Weisungen erteilt hat.

Insgesamt, meine Damen und Herren, von den über 7800 Jugendlichen und Heranwachsenden, die dann tatsächlich durch die Jugendgerichte des Landes abgeurteilt wurden, ist lediglich gegen 715 Jugendliche eine Jugendstrafe verhängt worden. Und auch von diesen 715 **Jugendstrafen** sind 442 dann zur Bewährung ausgesetzt worden. Tatsächlich ist der Freiheitsentzug bei der Vollziehung der Jugendstrafe nur in ganz wenigen Fällen durchgeführt worden.

Diese Zahlen beweisen doch eindrucksvoll: Der das geltende Jugendstrafrecht beherrschende Erziehungsgedanke und das Subsidiaritätsprinzip, das heißt der Vorrang des milderen Eingriffs gegenüber dem schwereren, die Ersetzung von freiheitsentziehenden stationären Maßnahmen durch ambulante Reaktion auf Straftaten junger Menschen – dieses wird bei uns im Lande Schleswig-Holstein seit Jahren täglich selbstverständlich praktisch verwirklicht.

(Beifall bei der CDU)

Ich will auf diese Frage nicht weiter eingehen. Die Landesregierung ist hier aufgeschlossen. Die Praxis im Lande zeigt, daß wir hier weit vorangekommen sind.

Ich möchte aber, Herr Zahn, noch ein paar Worte zu dem polizeilichen Bereich sagen, den Sie in Ihrer Begründung eben wieder haben anklingen lassen. Es gibt bei Ihnen seit einiger Zeit drei oder vier ständig wiederholte Fragen.

Einmal, es mangele der Polizei des Landes an der richtigen Organisation, es mangele im Kriminalitätsbereich an der richtigen Ursachenforschung, und dann mangele es an einer darauf abgestellten Sicherheitsstrategie. Schließlich fordern Sie sozusagen wie eine Gebetsmühle immer wieder Stellen für die Polizei und versprechen dann, nach dem 13. September werde alles wieder in Ordnung kommen.

Ich empfehle Ihnen, Herr Kollege Engholm, das alles sorgfältig zu notieren, was Ihre Sprecher in den einzelnen Ressorts hier verlangen; denn Herr Klingner – er ist im Moment nicht hier – behauptet nämlich das Gegenteil und sagt, wir müßten überall sparen, weil wir sonst in eine Katastrophe liefen. Irgendwie kommt das ja nicht zurecht. Sie müssen das zwischen Ihrem Finanzexperten und den einzelnen Ressortsprechern ein bißchen abstimmen.

Alles das, was Sie auch wieder vorgetragen haben, Herr Zahn, ist eigentlich durch kein einziges Argument schlüssig belegt worden; denn die Effektivität polizeilicher Arbeit läßt sich in erster Linie ja nur an **Aufklärungsquoten** nachweisen, und hier zeigt sich eben, daß Aufklärungsquoten nicht mit einer bestimmten Organisationsstruktur einhergehen.

(Fritz Latendorf [CDU]: So ist es!)

Eine sogenannte organisatorische Integration, wie Sie sie gern in Schleswig-Holstein hätten, haben zum Beispiel Hessen, Hamburg und Bayern. Bayern hatte 1986 eine Aufklärungsquote von 57,4, Hamburg nur von 36,1 und Hessen von 35,6. Wir haben eine Quote von 43,9 und liegen damit etwa im Bundesdurchschnitt, das heißt, wir haben eine höhere Aufklärungsquote als zwei von drei Ländern, die das Modell in ihrer Organisation verwirklicht haben, das Sie hier gern einführen möchten. Das Saarland hat sogar eine Aufklärungsquote von 50,7 Prozent, und das Saarland hat eine Organisation, wie wir sie haben. Das heißt, es gibt überhaupt keinen Beweis, daß die Aufklärungsquote von einer bestimmten Organisationsform abhängig ist. Genauso ist es hinsichtlich der Häufigkeitszahlen, das heißt der gemeldeten Straftaten bezogen auf 100 000 Einwohner. Daß wir nur über gemeldete Straftaten reden, Herr Zahn, versteht sich ja von selbst. Worüber sollten wir sonst reden? Es steht ja auch jedesmal in der Statistik „gemeldete Straftaten".

(Peter Zahn [SPD]: Aber gesellschaftspolitisch ist es von Bedeutung!)

– Einverstanden! Die Dunkelziffer ist in den verschiedenen Kriminalitätsbereichen ganz unterschiedlich; darüber sind wir uns wahrscheinlich sofort einig.

Ich will zur **Organisationsform** nur noch einmal sagen: Es kommt auch darauf an, daß eine Organisation, die in vielen Jahren organisch gewachsen ist, nicht ohne Not geändert werden sollte.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß wir über Organisationsformen diskutieren können. Nur muß das Ziel einer solchen Diskussion sein, die Arbeit effektiver erledigen zu können,

(Beifall bei der CDU)

und solange das nicht wirklich nachgewiesen ist, können wir eine solche Änderung nicht durchführen.

(Fritz Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Das Interessante, lieber Herr Zahn, ist ja, daß Hamburg, das ja die von Ihnen gewünschte Organisationsstruktur hat, mit der Aufklärungsquote sehr niedrig liegt und in der Polizei jetzt eine heftige Debatte darüber im Gange ist, ob nicht die schleswig-holsteinische Organisationsform besser ist.

(Peter Zahn [SPD]: Das ist ein Stadtstaat! Sie können nicht Hamburg mit Schleswig-Holstein vergleichen!)

– So ist das aber. Nicht alle Stadtstaaten haben diese Form. Es ist aber interessant, daß sich die Hamburger an unseren Organisationsmodellen orientieren.

Meine Damen und Herren, bei der **Ursachenforschung** bringt es überhaupt keinen Sinn, wenn Sie versuchen, hier Defizite herbeizureden. Diese Defizite gibt es nicht. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, was wir alles tun, um diese Ursachen-

(Minister Karl Eduard Claussen)

forschung zu betreiben. Es ist doch ganz unbestritten, daß nicht nur bei uns im Lande, sondern leider im ganzen Bundesgebiet, in allen Ländern, die Kriminalität weiter zugenommen hat.

(Werner Liebrecht [SPD]: Wir haben nicht einmal einen einzigen Kriminologen an der Universität!)

Wenn man sich diese Steigerungsraten ansieht, dann kann man doch nicht, so wie Sie es getan haben, Herr Zahn, sagen, die Landesregierung sei für die Steigerung der Kriminalität in Schleswig-Holstein verantwortlich. So etwas Dummes habe ich lange nicht gehört.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich diese Zahlen im einzelnen ansehen, dann ist doch ganz unbestritten, daß die Steigerungsrate bei uns im Lande ausschließlich auf Diebstähle und insbesondere auf Diebstähle rund um das Kraftfahrzeug entfällt. Wenn Sie diesen Bereich einmal ausklammern, dann wäre die Kriminalität bei uns im Lande sogar um ein Prozent gesunken und die Aufklärungsquote gestiegen. Wenn man einmal die gesamte Diebstahlskriminalität herausrechnet, dann hätten wir eine Aufklärungsquote von fast 73 Prozent. Schließlich ist die Gewaltkriminalität - das sind ja die Delikte, die den Bürger besonders betreffen und besonders beunruhigen - bei uns im Lande von 1985 auf 1986 um 8,1 Prozent zurückgegangen.

(Peter Zahn [SPD]: Das ist doch auch von mir gesagt worden!)

Dies, meine Damen und Herren, darf man nicht verschweigen. Hier so zu tun, als bahne sich eine dramatische Entwicklung an und wir würden der Kriminalität nicht Herr, eine solche Behauptung wird von den Tatsachen überhaupt nicht gestützt.

Die Steigerung der Kriminalität ist auch in anderen Bundesländern zu verzeichnen, und seit eh und je zielen die Bemühungen von Bund und Ländern darauf ab, hier zu versuchen, den Kriminalitätsanstieg zu begrenzen. Nur, meine Damen und Herren, wenn Sie die Innenminister und die Justizminister, - egal ob von CDU, SPD oder FDP - fragen, dann werden Sie von keinem Innenminister und von keinem Justizminister hören, daß er ein Patentrezept hätte, wie der Anstieg der Kriminalität bei uns in Deutschland gebremst werden soll.

(Zuruf von der CDU: Nur Herr Zahn hat das!)

- Offensichtlich, ja. Die Verhütung der Kriminalität - Sie haben das ja auch angedeutet, Herr Zahn - ist nicht in erster Linie eine polizeiliche Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Die Verhütung der Kriminalität liegt ganz woanders.

(Zuruf von der CDU: Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe! - Zuruf von der SPD: Deshalb unser Antrag!)

Die fängt damit an, daß man über Gewaltanwendung wirklich klare Vorstellungen hat,

(Beifall bei der CDU)

daß man nicht, auch nicht in akademischen Zirkeln, darüber nachdenkt, ob wohl Gewalt gegen Sachen zulässig sei. Wenn das Schule macht und sich das in den Köpfen der jungen Leute festsetzt, meine Damen und Herren,

(Fritz Latendorf [CDU]: Zum Beispiel bei den GRÜNEN!)

dann können wir uns auf polizeilichem Sektor noch so sehr anstregen, dann werden wir dagegen nicht ankommen.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt, die Bekämpfung der Kriminalität fängt im Elternhaus an, und jeder sollte mit gutem Beispiel vorangehen.

(Werner Liebrecht [SPD]: Erst einmal im Kabinett mit gutem Beispiel vorangehen!)

- Verehrter Herr Liebrecht, Sie haben vorhin schon einen solchen Zwischenruf gemacht. Sie haben eben unterstellt, daß der Kollege Biermann Unrecht getan habe. Wir haben gestern festgestellt, daß bei uns in Deutschland Gott sei Dank noch das Prinzip gilt, daß niemand schuldig ist,

(Zuruf von der SPD: Ist der Kollege Schulz verurteilt oder nicht!)

bevor er verurteilt wird, und Sie behaupten jetzt erneut, daß Biermann Unrecht getan habe. Und dies ist in höchstem Maße unredlich.

(Beifall bei der CDU - Werner Liebrecht [SPD]: Was machen Sie denn?)

- Insofern, meine Herren, sind Ihre Zwischenrufe nicht ernst zu nehmen.

(Zuruf von der SPD: Sie haben Schulz verurteilt!)

- Wer hat denn den Schulz verurteilt? Doch niemand!

(Rainer Ute Harms (Bilsen) [CDU]: Wenn er verurteilt wird, dann macht das ein Gericht!)

Meine Damen und Herren, um das abzuschließen: Ich bin sehr dafür, daß wir über diesen Antrag im Auschuß sehr ausführlich und sehr sachverständig diskutieren. Ich warne nur davor, ein solches Problem wie die Kriminalpolitik, die Bekämpfung der Kriminalität emotionsgeladen zu diskutieren. Dieses nützt nichts. Gefragt sind Nüchternheit und Realitätssinn.

(Beifall bei der CDU)

Blinde Wissenschaftsgläubigkeit und Planungseuphorie bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Jensen.

Uwe Jensen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte an dieser Stelle eigentlich begründen, warum wir für den Bereich der Kriminalitätsbekämpfung vor allen Dingen auch etwas tun müssen zur Reform der Sanktionen im Jugendstrafrecht. Das Thema würde allerdings in der Kürze der Zeit nicht vernünftig abgehandelt werden können.

Ich sage deswegen nur eines, Herr Innenminister: Sie haben vorhin gesagt, es sei einiges getan worden. Ich sage, es gibt sehr viele Initiativen von **Jugendrichtern**, von Wissenschaftlern und auch von Jugendämtern, und es wird sehr viel getan, aber es fehlt ein umfassendes Konzept der Begleitung durch die Landesregierung.

Wir werden im Ausschuß darüber beraten müssen, ob es nicht notwendig ist, in diesem Bereich zu einer vernünftigen Koordinierung aller dieser Aktivitäten zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt, Inhalte vorzulegen, die abgestimmt werden, und man darf nicht mit bürokratischen Hürden die Arbeit dieser Menschen erschweren.

Wenn man sagt, Jugendrichter müßten selbst dafür sorgen, daß ihre Urteile finanziert werden können, zeigt dies, in welcher Sackgasse wir stecken.

(Zurufe von der CDU)

Es gibt einen Erlaß, in dem es heißt, Jugendrichter müssen, wenn sie eine Weisung erteilen – zum Beispiel für die ambulante Betreuung von jugendlichen Straftätern –, vorher die Kosten klären und notfalls einen Prozeß führen. Das zeigt, in welche merkwürdige Entwicklung wir gekommen sind. Wir brauchen ein Konzept, in dem alle diese Möglichkeiten umfassend dargestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das sollte im Ausschuß beraten werden. Damit möchte ich meine Ausführungen an dieser Stelle auch schon schließen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Kurt Hamer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, diesen Antrag dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen.

(Einige Abgeordnete verlassen den Plenarsaal)

– Haben Sie bitte noch einen Augenblick Geduld, meine Damen und Herren!

Ich schlage Ihnen vor, daß wir – auch diesmal abweichend von der Geschäftsordnung – die Überweisung zur abschließenden Beratung beschließen, was dem Innenausschuß dennoch die Möglichkeit gibt, Empfehlungen an die Landesregeierung zu beschließen oder auch nicht.

Ist das Haus so einverstanden?

(Peter Aniol [CDU]: Einverstanden!)

– Ich höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, weil wir noch eine reichlich gefüllte Tagesordnung haben, möchte ich jetzt noch Punkt 25 der Tagesordnung aufrufen.

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1987

Bericht des Eingabenausschusses

Drucksache 10/2111

Zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Eingabenausschusses das Wort.

(Rudolf Johna [SPD]: Herr Präsident, ich verweise auf den Bericht und bitte um Bestätigung durch das Parlament! – Beifall bei der SPD)

– Schönen Dank! Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, daß der Landtag Kenntnis vom dem Bericht des Eingabenausschusses genommen hat und die Erledigung der Eingaben bestätigt.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Wir beginnen morgen um 10.00 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18.54 Uhr

6854